DIE NEUE ORDNUNG

begründet von Laurentius Siemer OP
und Eberhard Welty OP

Nr. 4/2000 August 54. Jahrgang

Editorial
Wolfgang Ockenfels, Dekadenz als Prämierung der Unfruchtbarkeit

US-Bischöfe, Das Evangelium des Lebens leben

Andreas Püttmann, Jugend und Politik

Harald Bergsdorf, Die „Republikaner“ und das „Dritte Reich“

Giselher Schmidt, Zum Demokratieverständnis der PDS

Bericht und Gespräch
Alexander Saberschinsky, Arbeitswelt im Wandel. Zur Sozialethiker-Tagung 2000

Christoph Böhr, Gemeinsinn und Eigennutz. Weg in die Ellenbogengesellschaft?

Andreas M. Rauch, Katholisches Engagement in Berlin

Ireneusz Stolarczyk, Nach dem Vorbild Mönchengladbach. Die KOSS in Polen

Stefan Raabe, Demokratie braucht
politische Bildung

Besprechungen

Editorial

Dekadenz als Prämierung der Unfruchtbarkeit

Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die rechtliche Situation, die die Regierung für ihn schaffen will, könnte man im Anklang an *Rosa von Praunheims* Filmtitel meinen. In ihrem emanzipatorischen Kampf haben es die Homosexuellen weit gebracht: Von der Diskriminierung über die Tolerierung zur Privilegierung. Ein langer Weg, auf dem die sogenannten „Schwulen“ und „Lesben“ ihre Schimpfnamen in Ehrentitel verwandelten und den Anschein moralischer Unschuld annahmen. Als moralisch verwerflich wird homosexuelle Praxis (nicht die Veranlagung) fast nur noch von den Kirchen bezeichnet, wenn sie nicht das öffentliche Schweigen darüber vorziehen, um nicht den Vorwurf der Intoleranz auf sich zu ziehen. Für die katholische Kirche kann man sicher sein: Homosexuelle Handlungen sind ihr eher ein Fall für den Beichtstuhl als für den Traualtar, und die Verwandlung einer alten Sünde in ein neues Sakrament findet nicht statt.

Aber was können die sündigen Mitbürger dafür, daß sie - zumindest als Wählerpotential - so schön und attraktiv erscheinen, daß sich eine rot-grüne Regenbogenkoalition an sie heranmacht und ihnen eine eheähnliche Verbindung nahelegt? Die meisten von ihnen sehen ihr Geschlechtsleben als reine Privatsache an, manche auch als persönlich zu tragendes Schicksal. Sie legen jedenfalls keinen gesteigerten Wert darauf, sich in einer Institution öffentlich zu „outen“ und auf Dauer lächerlich zu machen, die als Karikatur von Ehe und Familie gelten kann. Im Gegenteil haben sie allen Grund, jene heterosexuelle, meist eheliche Verbindung zu achten, der sie ihre eigene Existenz verdanken, und jene Familien zu schützen, aus der auch der homosexuelle Nachwuchs hervorgeht.

Einige tun freilich so, als könnten sie sich mit ihresgleichen fortpflanzen. Sie leben in eheähnlichen Beziehungen, die aber einer „klassischen“, auf Kinder ausgerichteten Ehe eher unähnlich sind. Eine gewisse Ähnlichkeit zeigt sich lediglich zu jenen „modernen Ehen“, die - aus welchen Gründen auch immer - unfruchtbar bleiben und sich in bloß liebender Partnerschaft schnell erschöpfen können. Inzwischen gibt es immer mehr Ehen, die nie zu Familien heranwachsen. Denn der Schritt von der Ehe zur Familie ist mit mancherlei Risiken und Kosten verbunden, die der Staat nicht mittragen will, obwohl er dazu grundgesetzlich verpflichtet ist, weil seine Existenz davon abhängt. Nachdem der Staat die Familien (un)gehörig ausgeplündert hat, um die Kinderlosen zu fördern, geht er nun dazu über, diesen - insofern sie homosexuell sind - ein Gemeinschaftsleben schmackhaft zu machen, das wieder auf Kosten der Familien geht.

Die Dekadenz unserer Zeit besteht nicht darin, daß es Leute gibt, die sich auf Kosten anderer selbstverwirklichen wollen oder sich in sexueller Hinsicht moralisch zweifelhaft verhalten. Die hat es immer gegeben, auch im „christlichen Abendland“. Die neue Dekadenz trägt einen regierungsamtlichen Stempel: Sie will rechtliche Privilegien und finanzielle Anreize für ein sozial- und sexualmoralisch problematisches Verhalten bereitstellen und die programmierte Unfruchtbarkeit prämieren. Das ist bei weitem mehr, als Toleranz und liberale Rechtsstaatlichkeit gebieten. Es ist ein Attentat auf die Verfassung, die den *besonderen* Schutz von Ehe und Familie durch den Staat zwingend vorschreibt.

Die geistig-moralische Wende als Rolle rückwärts, die nun politisch eingeübt und juristisch vorgeturnt wird, wirft uns in die dekadente Spätphase der griechischen und römischen Antike zurück. Nach *Alexander Demandt* läßt sich die Auflösung des römischen Reiches auch mit der Verlotterung der Sprache und der Vulgarisierung des Rechts erklären. Die alltagssprachliche und verfassungsrechtliche Bedeutung der Begriffe „Ehe“ und „Familie“ steht heute zur Disposition von ideologischen Interpreten, die die publizistische und politische Macht haben.

Leider haben auch die christdemokratischen Regierungen die grundgesetzlich klar gebotene Bevorzugung von Ehe und Familie, die wesentlich einander zugeordnet sind, nie besonders ernst genommen. Das hat den Niedergang dieser Institutionen beschleunigt und läßt eine rapide Schrumpfung und Überalterung der Bevölkerung erwarten. Was nun die rot-grüne Regierung im Schilde führt, läuft auf eine rechtliche Gleichstellung homosexueller Beziehungen mit Ehe und Familie hinaus. Daß diese Gleichstellung mit einer moralischen und rechtlichen Entwertung von Ehe und Familie einhergeht, ergibt sich aus dem Umstand, daß diese ihre Privilegien mit den Homosexuellen teilen sollen. Wer aber Privilegien verallgemeinert, schafft sie ab. Die zur Förderung homosexeller Partnerschaften bereitgestellten Mittel stehen den Familien nicht mehr zur Verfügung.

Begründet wird dieser Anschlag mit dem Hinweis auf eine angebliche Diskriminierung homosexueller Beziehungen. Aus der rot-grünen Perspektive ist der Mangel an Privilegierung bereits als eine Diskriminierung zu deuten. Das liegt ganz in der Interessenlogik jener 68er Polit-Avantgarde, die aus ihrem Haß auf die

„bürgerlichen“ Institutionen von Ehe und Familie keinen Hehl machte. Ob diese verspätete Ideologie auch vor dem Bundesverfassungsgericht bestehen kann, hängt nicht zuletzt von der Opposition und von den Kirchen ab. Diese sind gegenwärtig moralisch auf Schlingerkurs und politisch auf Schleichwegen. Und jene ist immer noch in einen Parteispendenskandal verwickelt, der sich immer mehr als ein gewaltiges Ablenkungsmanöver entpuppt.

Das geplante „Gesetz zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften“ hat nur die homosexuellen Partnerschaften im Blick und nicht jene, die sich gerade wegen sexueller Unterlassung am besten bewähren. Das kommt von der schlechten Phantasie, bei gleichgeschlechtlichen Freunden gleich an geschlechtliche Aktivität zu denken. Um nicht diskriminiert zu werden, müssen sie künftig wohl den Nachweis unsittlicher Beziehungen erbringen.

Wolfgang Ockenfels

Hirtenbrief der katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten

Das Evangelium des Lebens leben

Eine Herausforderung für die amerikanischen Katholiken

Das Wort des Herrn erging an mich: Noch ehe ich dich im Mutterleib formte, habe ich dich ausersehen, noch ehe du aus dem Mutterschoß hervorkamst, habe ich die geheiligt, zum Propheten für die Völker habe ich dich bestimmt. (Jeremias 1, 5)

Brüder und Schwestern im Herrn: Zum Abschluß der *ad limina*-Besuche der Bischöfe der Vereinigten Staaten sprach der Heilige Vater 1998 folgende Worte: „Heute glaube ich, daß der Herr zu uns allen sagt: zögere nicht, sei nicht ängstlich, den guten Kampf des Glaubens zu kämpfen (1 Tim 6;12). Wenn wir die befreiende Botschaft Jesu Christi predigen, bieten wir der Welt die Worte des Lebens an. Unser prophetisches Zeugnis ist ein dringlicher und unentbehrlicher Dienst, nicht nur für die katholische Gemeinschaft, sondern für die gesamte Menschheits-Familie.“ Mit diesem Hirtenbrief versuchen wir unsere Rolle als Lehrer und Priester in der Verkündigung des Evangeliums der Liebe zu erfüllen. Wir sind uns sicher, daß die Verkündung der Wahrheit in Liebe ein unverzichtbarer Weg ist, unsere pastorale Verantwortung wahrzunehmen.

I. Das amerikanische Jahrhundert

„Ihr Land wird von der Welt als Modell für eine demokratische Gesellschaft und fortgeschrittene Entwicklung betrachtet. Die Macht ihres Beispiels bringt hohe Verantwortlichkeiten mit sich. Nutze diese gut, Amerika!“ (Papst *Johannes Paul II.*, Newark, 1995)

1. Als *Henry Luce* 1941 seinen Aufruf für ein „amerikanisches Jahrhundert“ veröffentlichte, konnte er nicht wissen, daß die kommende Realität seinen Traum klein erscheinen lassen würde. *Luce* hoffte, daß „Ingenieure, Wissenschaftler, Ärzte ... Straßenbauer (und) Lehrer“ aus den Vereinigten Staaten sich über den Globus verbreiten, zur Förderung wirtschaftlichen Erfolgs und amerikanischer Ideale: „Liebe zur Freiheit, ein Gespür für die Bedeutung des Augenblicks, eine

Tradition in Selbstvertrauen, Unabhängigkeit und Kooperation.“[1] Exakt dieses - und viel mehr - ist in den Jahrzehnten seitdem eingetreten. Aber, die Nobless des amerikanischen Experiments entspringt seinen Gründungsprinzipien, nicht seiner wirtschaftlichen Kraft. Allein in diesem Jahrhundert starben hundertausende Amerikaner in Verteidigung dieser Prinzipien. Weitere hundertausende lebten ihr Leben im Dienst für diese Grundsätze - sowohl in der Heimat, als auch auf anderen Kontinenten. Wie Papst *Johannes Paul* feststellte: „Im Zentrum der moralischen Vision der amerikanischen Gründungsdokumente steht die Anerkennung der Rechte der menschlichen Person ...“ Die Größe der Vereinigten Staaten ruht „insbesondere in der Achtung vor der Würde und Heiligkeit des menschlichen Lebens in all seinen Erscheinungsformen und in jeder Phase seiner Entwicklung.“[2]

2. Dieser Edelmut amerikanischen Geistes wird heute weitergetragen von jenen, die für die Benachteiligten um soziale Gerechtigkeit und gleiche Rechte streiten. Die Vereinigten Staaten gediehen, weil sie - zu ihrem Nutzen - in sich eine Verpflichtung zur menschlichen Freiheit, den Menschenrechten und der Menschenwürde verkörpern. Darum sagt uns der Heilige Vater: „Als Amerikaner sind Sie zu recht stolz auf die großen Leistungen Ihres Landes.“[3]

3. Erfolg birgt aber oft auch die Saat des Versagens. Amerikanische Wirtschafts- und Militärmacht hat manchmal auswärts zu schwerwiegender Ungerechtigkeit geführt. Zu Hause nährten sie Selbstbeschäftigung, Gleichgültigkeit und Kult des Konsums. Die Überschätzung unserer Leistungsfähigkeit - gefördert durch Fortschritte in Wissenschaft und Technologie - hat die Illusion von einem Leben ohne natürliche Grenzen und einem Handeln ohne Konsequenzen geschaffen. Die Standards des Marktes, anstatt von vernünftiger Sittlichkeit geleitet, drohen diese zu verdrängen. Wir sind Zeugen einer graduellen Umstrukturierung der amerikanischen Kultur nach Idealen der Nützlichkeit, der Produktivität und des Kosten-Nutzen-Kalküls. Es ist eine Kultur, in welcher moralische Fragen einem Strom von Gütern und Dienstleistungen untergeordnet werden und wo der Mißbrauch von Marketing und Werbung das öffentliche Leben zerrüttet.

4. Die Verlierer dieser Entwicklung sind die Alten, die Armen, die Behinderten und die politisch an den Rand Gedrängten. Keiner von ihnen wird den Nützlichkeitstest bestehen; aber dennoch, sie sind wenigstens vorhanden. Sie haben zumindest die Möglichkeit, sich zu organisieren und gehört zu werden. Jene, die ungeboren, gebrechlich oder unheilbar erkrankt sind, haben diesen Vorteil nicht. Sie haben keinen „Nutzen“ und - schlimmer noch - sie haben keine Stimme. In dem Maße, in dem wir mit dem Anfang, dem Ende und sogar der intimen Zellstruktur des Lebens flickschustern, pfuschen wir in unserer eigenen Identität als einer der Würde der menschlichen Person verpflichteten freien Nation herum. Wenn das politische Leben Amerikas eher ein Experiment mit als für und von Menschen wird, wird es nicht mehr wert sein, gelebt zu werden. Wir können mit Recht behaupten, daß wir uns heute diesem Zustand annähern. Während heute die unveräußerlichen Rechte der Person proklamiert werden und man öffentlich den Wert des Lebens bestätigt, wird das wichtigste Menschenrecht, „das Recht auf Leben, geleugnet oder mit Füßen getreten, besonders in den entscheidenderen Augenblicken der Existenz, dem Augenblick der Geburt und dem Augenblick des Todes.“ (Papst *Johannes Paul II*., Evangelium Vitae 18)

5. Wesen und Dringlichkeit dieser Bedrohung sollten nicht mißverstanden werden. Achtung vor der Würde der menschlichen Person erfordert die Verpflichtung auf die Menschenrechte in einem weiten Feld: „Sowohl als Amerikaner als auch als Gefolgsleute Christi müssen amerikanische Katholiken der Verteidigung des Lebens in all seinen Entwicklungsphasen und jeder Erscheinungsform verpflichtet sein.“[4] Die Kultur des Todes dehnt sich jenseits

unserer Küsten aus: Not und Verhungern, Verweigerung von Gesundheitsvorsorge und Entwicklung rund um die Welt, die tödliche Gewalt bewaffneter Konflikte und der skandalöse Waffenhandel, der solche Konflikte vermehrt. Unsere Nation ist Zeuge innerer Gewalt, der Verbreitung von Drogen, sexueller Maßlosigkeiten, die eine Bedrohung für das Leben beinhalten und eines unbekümmerten Hineinpfuschens in das ökologische Gleichgewicht der Welt. Die Achtung vor dem menschlichen Leben fordert von uns, Leben vor diesen und anderen Gefährdungen zu verteidigen. Sie fordert von uns ebenso, die Bedingungen menschlichen Lebens zu verbessern durch Hilfe bei der Versorgung mit Nahrung, Unterkunft und sinnvoller Beschäftigung, angefangen bei den am meisten Bedürftigen. Wir leben das Evangelium des Lebens, wenn wir in Solidarität mit den Armen der Welt leben, uns erheben für deren Leben und Würde.

Jedoch, Abtreibung und Euthanasie sind zu hervorstechenden Gefährdungen für die Menschenwürde geworden, weil sie das Leben selbst direkt angreifen, das grundlegendste menschliche Gut und die Voraussetzung aller anderen. Sie sind gegen die Schwächsten und zur Verteidigung Unfähigsten gerichtet, jene, die wahrlich die „Ärmsten der Armen“ sind. Sie werden zunehmend ohne den Schleier der Beschönigung durchgeführt; wie Verfechter von Abtreibung und Euthanasie freimütig eingestehen, fördern sie diese indem sie töten. Bedauerlicherweise werden Abtreibung und Euthanasie in jenen Gemeinschaften ausgeübt, die normalerweise ein sicherer Hafen für die Schwachen sind - in der Familie und den Pflegeberufen. Solche direkten Angriffe auf das menschliche Leben, einst Verbrechen, werden heute von Regierungen legitimiert, die geschworen haben, die Schwachen und am Rande Stehenden zu schützen.

6. Es müßte nicht so sein. Gott, der Vater aller Nationen, hat die amerikanische Bevölkerung mit einem gewaltigen Reservoir an Tugenden gesegnet. Er stattete auch unsere Gründer mit der Weisheit aus, politische Strukturen zu errichten, welche allen Bürgern ermöglichen, teilzuhaben an der Förderung der unveräusserlichen Rechte aller. Als Amerikaner, als Katholiken und als Priester unseres Volkes schreiben wir daher heute, um unsere Mitbürger zurückzurufen zu den Gründungspinzipien unseres Landes und insbesondere zur Erneuerung unserer nationalen Achtung vor den Rechten jener, die ungeboren, schwach, behindert oder unheilbar erkrankt sind. Wirkliche Freiheit beruht in der Unverletzlichkeit jeder Person als Kind Gottes. Der menschlichem Leben innewohnende Wert in jeder Phase und unter allen Bedingungen ist ebensowenig eine sektiererische Angelegenheit, wie die Unabhängigkeitserklärung ein sektiererisches Glaubensbekenntnis ist.

7. In eindringlicher Weise rufen wir die amerikanischen Katholiken, besonders jene in Führungspositionen - seien sie kulturell, wirtschaftlich oder politisch - , auf, ihre Identität als Jünger Jesu wiederzufinden und die ersten zu sein in der Erneuerung des amerikanischen Respekts vor der Heiligkeit des Lebens. In der Verkündigung des Evangeliums engagiert zu sein ist auch eine sichere Garantie für verantwortliche Staatsbürgerschaft in amerikanischen Bürgerrechtsangelegenheiten. Jeder Katholik, ohne Ausnahme, sollte sich daran erinnern, daß er oder sie von unserem Herrn aufgerufen ist, sein Evangelium zu verkünden. Einige verkünden es durch das Wort, andere durch Handeln und alle durch das Beispiel. Aber jeder Gläubige teilt die Verantwortlichkeit für das Evangelium. Jeder Katholik ist ein Missionar der Frohen Botschaft der menschlichen Würde, eingelöst durch das Kreuz. Obwohl unsere persönliche Berufung Form und Stil unseres Zeugnisses bestimmen mögen, fordert Jesus jeden von uns auf, Sauerteig in der Gesellschaft zu sein, und wir werden gerichtet nach unseren Taten. Niemand, am wenigsten jemand, der Führung in der Gesellschaft ausübt, kann berechtigterweise beanspruchen, umfassend und

praktisch am katholischen Glauben teilzuhaben und dennoch öffentlich gegen diesen Glauben zu handeln.

8. Unsere Haltung bezüglich der Heiligkeit des Lebens wird in diesen Jahren des zu Ende gehenden „amerikanischen Jahrhunderts“ Bände sprechen über unseren wahren Charakter als Nation. Sie wird auch den Diskurs über die Heiligkeit menschlichen Lebens im nächsten Jahrhundert prägen, weil das, was hier geschieht, in unserer Nation, globale Konsequenzen haben wird. Es sind primär US-Technologie, US-Mikrochips, US-Fiberglasoptik, US-Satelliten, US-Gepflogenheiten des Denkens und der Unterhaltung, welche das Nerven-Netzwerk des neuen globalen Denkens erbauen. Was Amerika unauslöschlich der heraufkommenden globalen Kultur eingeprägt hat, ist sein Geist. Und die Doppelsinnigkeit dieses Geistes ist es, die den Papst 1995 so leidenschaftlich an die amerikanische Bevölkerung appellieren ließ: „Es ist für die menschliche Familie lebenswichtig“, sagte er, „daß in Fortführung des Strebens nach Fortschritt auf vielen unterschiedlichen Feldern - Wissenschaft, Gewerbe, Bildung und Kunst und wohin immer sonst Ihre Kreativität Sie führt - Amerika aus tiefstem Herzen in seinen Anstrengungen Mitgefühl, Großmut und Sorge für die Anderen bewahrt.“[5] Das wird keine leichte Aufgabe sein.

II. Die Vernichtung des Menschen

„In unserer Zeit sind politische Rede und Schrift weitgehend die Verteidigung des nicht zu Verteidigenden.“ (*George Orwell*. Politics and the English Language)

9. Nationen sind keine Maschinen oder Gleichungen. Sie sind wie Ökosysteme. Die Gepflogenheiten, Überzeugungen, Werte und Institutionen eines Volkes sind verflochten wie ein Wurzelsystem. Die Vergiftung eines Teils kann alle vergiften. Schlechte Gesetze und schlimme Gerichtsentscheidungen werden als Ergebnis ein entartetes politisches Denken und Verhalten hervorbringen und umgekehrt. In dem Prozeß „Roe gegen Wade“ wurde das demonstriert. *Roe* legalisierte die Abtreibung praktisch während der gesamten Schwangerschaftsdauer aus eigentlich jedem oder gar keinem Grund. Dieses Urteil ist verantwortlich für die Schädigung von Millionen Frauen und Männern und die Tötung von Millionen ungeborener Kinder im vergangenen Vierteljahrhundert. Die Schwäche des Urteils des Obersten Gerichtshofes 1973 war sehr wohl bekannt. Sie wurde vom Obersten Gerichtshof selbst in der Folgeentscheidung im Fall *Casey* 1992 zugegeben, indem er keine bessere Begründung für die Aufrechterhaltung des Urteils im Fall *Roe* finden konnte, als die durch die *Roe*-Entscheidung und deren Bestehen über 20 Jahre geschaffenen Gewohnheiten selbst.[6] Die Schwäche und Konfusion der *Casey*-Entscheidung war direkter Ausfluß der eigenen Konfusion der *Roe*-Entscheidung. Beide sind Bestandteil des gleichen Wurzelsystems. Das Überhöhen eines verdrehten ‚Rechts auf Privatsphäre‘ und die Entwicklung einer neuen Moral führen mit großer Wahrscheinlichkeit zur Rechtfertigung dieses Rechts. *Roe* hat die amerikanische politische Ökologie infiltriert - mit toxischen Ergebnissen.

10. Die ‚*Roe*-Entscheidung‘ hat tatsächlich die Definition einer menschlichen Person flexibel und verhandelbar gemacht. Unausgesprochen hat sie auch die ungeborenen Kinder vom Status des Menschen ausgeschlossen. *Roe* half ein Umfeld zu schaffen, in welchem der Infantizid - der nächste Schritt auf der Bahn des Tötens - ernsthafter Überprüfung offensteht. Dank *Roe* spekulieren heute schließlich einige öffentlich und verständnisvoll darüber, warum manche junge Amerikanerinnen ihre neugeborenen Babies töten oder einfach sterben lassen. Sogar das Wort ‚Infantizid‘ wurde durch neue und weniger emotionsgelandene Worte ersetzt, wie ‚Neonatizid‘ (Töten des Neugeborenen am Tag seiner Geburt) und ‚Filizid‘ (Töten des Babys zu einem späteren Zeitpunkt). Die Änderung des

Namens, der dem Töten gegeben wird, schwächt das Wahrnehmen der Schwere des Handelns. Das ist die Ökologie des Gesetzes, das Umsetzen im moralischen Denken und der Sprache. Schlechte Gesetze und ein defektes moralisches Denken erzeugen eine vernebelnde Sprache zur Rechtfertigung des Bösen. Nichts sonst kann die verbale und ethische Akrobatik erklären, die die gewählten Vertreter benötigen, um ihre Unterstützung für die Teilgeburts-Abtreibung zu rechtfertigen, ein Verfahren, bei welchem das Kind während der Entbindung brutal getötet wird. Die gleiche Geisteshaltung zeigt sich beim ‚ärztlich unterstützten' Selbstmord, bei Experimenten an Föten und dem Klonen von Menschen. Sie reduziert die menschliche Person auf ein Problem oder ein Objekt. Jeder kann deutlich die Linie zur *Roe*-Entscheidung zurückverfolgen.

11. Offensichtlich ist der Fall *Roe* nur einer von mehreren gesellschaftlichen Wendepunkten, welche Amerika in den späten 90ern prägten. Er ist aber ein einzigartig destruktiver. In den 25 Jahren seit der *Roe*-Entscheidung hat die Verwirrung unserer Gesellschaft über die Beziehungen zwischen Gesetz, moralischem Empfinden und Sprache einen wachsenden Zynismus in der Wählerschaft erzeugt. In dem Maße, in dem Worte von ihrer Bedeutung gelöst werden (wie z.B. in ‚Wahlfreiheit'' oder ‚Schwangerschaftsbeendigung') und die Ideen und Ideale, welche uns verbinden, erodieren, nimmt die Teilnahme am demokratischen Prozeß ab. Gleiches gilt auch für einen gesunden und angemessenen Patriotismus.

12. In den Camden-Gärten von Baltimore sprach Papst *Johannes Paul* die folgenden prophetischen Worte: „Die Herausforderung, mit der Amerika heute konfrontiert ist, ist, die Erfüllung der Freiheit in der Wahrheit zu finden, der Wahrheit, daß das menschliche Leben wirklich geschaffen ist nach Gottes Ebenbild und Gleichnis, der Wahrheit, die dem Menschen in das Herz geschrieben ist und die erkannt werden kann durch den Verstand und daher die Grundlage bildet für einen tiefgreifenden universellen Dialog zwischen den Menschen über die Richtung, welche sie ihrem Leben und Handeln geben müssen."[7]

III. Wir halten diese Wahrheit für selbstverständlich

„Denn die Macht des Menschen, aus sich zu machen, was ihm beliebt, bedeutet, wie wir sahen, die Macht einiger weniger, aus anderen zu machen, was *ihnen* beliebt." (*C.S. Lewis*, Die Abschaffung des Menschen)

13. Wir glauben, daß das universelle Verständnis von Freiheit und Wahrheit „in das menschliche Herz geschrieben" ist. Amerikas Gründer hielten dies ebenfalls für wahr. *John Dickinson*, einer der Verfassungsväter, beteuerte 1776: „Unsere Freiheiten entspringen keiner Charta, weil letztere nur die Erklärung vorgegebener Rechte enthält. Sie sind nicht abhängig von Pergament oder Siegel, sondern kommen vom König der Könige und dem Herren über alles auf Erden."[8] Die Unabhängigkeitserklärung spricht von dem „Naturrecht und von Gottes Natur" und proklamiert: „Wir halten diese Wahrheiten für selbstverständlich, daß alle Menschen gleich geschaffen sind, daß sie von ihrem Schöpfer mit bestimmten, unveräußerlichen Rechten ausgestattet wurden, darunter Leben, Freiheit und Streben nach Glück ..." Heute sind mehr als zwei Jahrhunderte des amerikanischen Experiments vergangen. Wir neigen dazu, diese Worte als Garantie zu verstehen. Aber für unsere Gründer, die sie am Vorabend einer bewaffneten Revolution schrieben, waren diese Formulierungen nicht einfach nur durch ihre Philosophie, sondern durch ihr Leben getragen. Aus diesem Grund bauten sie auch mit einem „sicheren Vertrauen auf den Schutz der göttlichen Vorsehung". Die Worte der Unabhängigkeitserklärung beleuchten die Gründungsprinzipien der

amerikanischen Republik, Prinzipien, die in der unabänderlichen Wahrheit über die menschliche Person verankert sind.

14. Die Prinzipien der Unabhängigkeitserklärung spiegelten sich nicht vollkommen in der gesellschaftlichen oder politischen Struktur ihrer Zeit. Sklaverei und andere soziale Ungerechtigkeiten standen in einem Spannungsverhältnis zu den von den Gründern artikulierten hohen Idealen. Erst nach langer Zeit und mit viel Mühe wurden diese Widersprüche reduziert. In bemerkenswerter Weise erleben wir heute eine Steigerung der Spannung zwischen den Grundsätzen unserer Staatsgründer und der politischen Wirklichkeit. Wir sehen dies in dem schwindenden Respekt vor dem unveräußerlichen Recht auf Leben und in der Eliminierung des rechtlichen Schutzes für jene, die am verwundbarsten sind. Es kann keine wirkliche Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft geben, solange die Wahrheiten, auf denen unsere Nation gegründet wurde, nicht effektiver in unserer Kultur und unseren Gesetzen verwirklicht werden.

15. Eine dieser Wahrheiten ist die Tatsache, daß wir uns nicht selbst erzeugen können. Virtuelle Wirklichkeit und genetische Wissenschaft mögen uns die Illusion der Macht vermitteln, aber wir sind nicht Gott. Wir sind weder unser Eigentum oder sonst jemandes Schöpfer; noch zu unserer eigenen Sicherheit sollten wir jemals danach trachten, es zu sein. Sogar Eltern, die mit einer besonderen Sorge für das neue Leben betraut sind, „besitzen“ ihre Kinder nicht mehr als ein Erwachsener einen anderen besitzen kann. Und hierin liegt unsere einzige Sicherheit. Niemand, außer dem Schöpfer, ist der Souverän über grundsätzliche Menschenrechte - angefangen mit dem Recht auf Leben. Wir sind Töchter und Söhne des einen Gottes, der, außerhalb und über uns allen, die Freiheit, Würde und Persönlichkeitsrechte garantiert, die uns niemand nehmen kann. Einzig in diesem Zusammenhang, dem Kontext eines Schöpfers, der Urheber unserer menschlichen Würde ist, finden Worte wie „Wahrheit“ und „selbstverständlich“ ihre endgültige Bedeutung. Ohne die Annahme, daß ein Schöpfer existiert, der bestimmte, unwiderrufbare Wahrheiten über die menschliche Person festgelegt hat, gibt es keine „unveräußerlichen“ Rechte und keine unumstößliche menschliche Würde.

16. Dies macht Amerika nicht sektiererisch. Es unterstreicht aber, welch entscheidende Rolle Gottes Allmacht bei der Architektur der amerikanischen Politik gespielt hat. Weil die Gründer unter sich Rationalisten der Aufklärung und traditionelle Christen vereinten, haben Generationen von Juden, Muslimen, anderen religiösen Gruppen und Nichtgläubigen eine Heimat in den Vereinigten Staaten gefunden. Das ist so, weil die Toleranz unseres Systems in den jüdisch-christlichen Prinzipien verwurzelt ist, so daß sogar jene, welche sich in Kultur, Erscheinung und Glauben von anderen unterscheiden, immer noch die gleichen Rechte teilen. Wir glauben, daß diese Grundsätze noch immer die Kraft besitzen, unser nationales Streben zu erleuchten.

17. Das II. Vatikanische Konzil lobt in seiner Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute „Gaudium et Spes“ jene Frauen und Männer, welche eine Berufung für ein öffentliches Amt haben. Es ermuntert zu aktiver Staatsbürgerschaft. Es erinnert uns auch: „Die politische Gemeinschaft besteht also um des Gemeinwohles willen; in ihm hat sie ihre letztgültige Rechtfertigung und Sinn, aus ihm leitet sie ihr ursprüngliches Eigenrecht ab. ... Das Gemeinwohl begreift aber in sich die Summe aller jener Bedingungen gesellschaftlichen Lebens, die den Einzelnen, den Familien und gesellschaftlichen Gruppen ihre eigene Vervollkommnung voller und ungehinderter zu erreichen gestatten.“(74) In Verfolgung des Gemeinwohls sollten Staatsbürger „eine hocherzige und treue Vaterlandsliebe pflegen, freilich ohne geistige Enge. ... Sie sollen beispielgebend dafür sein, insofern sie pflichtbewußt handeln und sich für das Gemeinwohl einsetzen.“(75)

18. Zur Rolle der Kirche in der Politik sagt das Konzil: „Die politische Gemeinde und die Kirche sind auf je ihrem Gebiet voneinander unabhängig und autonom. Beide aber dienen, wenn auch in verschiedener Begründung, der persönlichen und gesellschaftlichen Berufung der gleichen Menschen. ... Immer und überall nimmt sie das Recht in Anspruch, in wahrer Freiheit den Glauben zu verkünden, ihre Soziallehre kundzumachen, ihren Auftrag unter den Menschen unbehindert zu erfüllen und auch politische Angelegenheiten einer sittlichen Beurteilung zu unterstellen, wenn die Grundrechte der menschlichen Person oder das Heil der Seelen es verlangen.“(76)

19. Papst *Johannes Paul II.* erklärte zur politischen Verantwortung in seinem Apostolischen Schreiben über die Berufung und Sendung der Laien in Kirche und Welt „Christifideles Laici“ 1988: „Die Unantastbarkeit der Person, die Wiederschein der absoluten Unantastbarkeit Gottes selbst ist, findet ihren ersten und fundamentalsten Ausdruck in der *Unantastbarkeit menschlichen Lebens.* Wenn das *Recht auf Leben* nicht als erstes und fundamentalstes Recht mit größter Entschiedenheit als Bedingung für alle anderen Rechte der Person verteidigt wird, bleibt auch das berechtigte, wiederholte Hinweisen auf die Menschenrechte - das Recht auf Gesundheit, Wohnung, Arbeit, Gründung einer Familie, Kultur usw. - trügerisch und illusorisch. ... Jeder Mensch ist in allen Phasen seiner Entwicklung, von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod, Träger dieses Rechts; er bleibt es *in jeder Situation*: Gesundheit oder Krankheit, Vollkommenheit oder Behinderung, Reichtum oder Armut. ... Die Sendung und die Verantwortung für die Anerkennung der Personenwürde jedes Menschen und für die Verteidigung des Rechts auf das Leben sind jedem übergeben. Einige Laien sind aber aufgrund ihrer spezifischen Eigenschaften in besonderer Weise dazu berufen: Eltern, Erzieher, im Gesundheitswesen Arbeitende und Träger der wirtschaftlichen und politischen Macht.“ (38)

20. Wir glauben, daß das Evangelium Jesu Christi ein „Evangelium des Lebens“ ist. Es lädt alle Menschen und Gesellschaften zu einem neuen Leben ein, gelebt in völliger Achtung vor der menschlichen Würde. Wir glauben, daß dieses Evangelium nicht nur eine Ergänzung der politischen Grundsätze Amerikas ist, sondern auch ein Heilmittel für die intellektuelle Erkrankung, welche unsere Gesellschaft jetzt infiziert. Wie uns die Schrift sagt: Jedes Reich, das in sich gespalten ist, wird veröden, und ein Haus ums andere stürzt ein. (Lk 11;17) Wir können nicht gleichzeitig uns selbst den Menschenrechten verpflichten und fortentwickeln, solange wir die Schwächsten unter uns beseitigen oder an den Rand drängen. Auch können wir das Evangelium des Lebens nicht als eine private Frömmigkeit leben. Amerikanische Katholiken müssen es tatkräftig und öffentlich leben, als eine Angelegenheit nationaler Führung und ein Zeugnis, oder wir werden es überhaupt nicht leben.

IV. Das Evangelium des Lebens leben: die Tugend, die wir brauchen

„Es ist unmöglich, dem Gemeinwohl zu dienen, ohne dem Recht auf Leben zuzustimmen und es zu verteidigen, das Recht auf welchem all die anderen unveräußerlichen Rechte der Einzelnen begründet sind und aus denen heraus sie sich entwickeln.“ (Papst *Johannes Paul II.*, Evangelium Vitae)

21. Die Achtung vor der menschlichen Würde in praktische Politik umzusetzen, kann eine beängstigende Aufgabe sein. Es gibt ein so breites Spektrum an Themen, welche den Schutz des menschlichen Lebens und die Förderung der menschliche Würde berühren. Auch Menschen mit gutem Willen stimmen nicht überein, welchem Problem man sich widmen soll, welche Politik man ergreifen soll

und wie diese am besten umzusetzen wäre. Für Bürger und gewählte Mandatsträger gleichermaßen aber ist das grundlegende Prinzip sehr einfach: Wir müssen mit einer Verpflichtung beginnen, niemals absichtlich zu töten oder insgeheim mit der Tötung unschuldigen menschlichen Lebens einverstanden zu sein, unabhängig davon, wie gebrechlich, mißgestaltet, behindert oder verzweifelt dieses Leben erscheint. Mit anderen Worten, die Entscheidung für solche Handlungsweisen ist immer und radikal unvereinbar mit der Liebe zu Gott und der Würde des nach seinem Bild geschaffenen Menschen. Eigenmächtige Abtreibung ist niemals eine moralisch vertretbare Option. Sie ist immer ein schwerwiegender Akt der Gewalt gegen die Frau und ihr ungeborenes Kind. Das ist sogar dann so, wenn die Frau die Wahrheit wegen des Drucks nicht sieht, dem sie häufig durch den Vater des Kindes, die Eltern oder Freunde ausgesetzt ist. Ebenso sind Euthanasie und Beihilfe zum Selbstmord niemals akzeptable Akte des Mitleids. Stets beuten sie einfach Leid und Verzweiflung aus, Leben selbst im Namen der „Lebensqualität“ auslöschend. Dieselbe Lehre gegen das eigenmächtige Töten der Unschuldigen verurteilt auch alle eigenmächtigen Angriffe auf unschuldige Zivilisten in Zeiten des Krieges.

22. Papst *Johannes Paul II.* hat uns daran erinnert, daß wir jedes Leben achten müssen, selbst das von Kriminellen und ungerechten Aggressoren. Zunehmend wird in modernen Gesellschaften deutlich, daß die Todesstrafe nicht erforderlich ist, um die Sicherheit der Menschen und die öffentliche Ordnung zu schützen, so daß Fälle, wo sie gerechtfertigt erscheinen mag, „sehr selten, wenn nicht praktisch nicht-existent“ sind. Egal wie ernst ein Verbrechen ist, Strafe, welche nicht das Leben nimmt, ist „mehr in Übereinstimmung mit der Würde der menschlichen Person“ (Evangelium Vitae 56-57). Unser Zeugnis für die Achtung vor dem Leben leuchtet am hellsten, wenn wir Achtung für alles und jedes menschliche Leben fordern, einschließlich des Lebens jener, die anderen diese Achtung versagen. Der Gegenpol der Gewalt ist Liebe, nicht mehr Gewalt.

23. In unserer Erklärung über ‚Politische Verantwortung‘ betonten wir 1995: „Die Anwendung der Werte des Evangeliums auf reale Situationen ist eine unentbehrliche Arbeit der christlichen Gemeinde.“ Mit der Übernahme einer konsequenten Ethik des Lebens fördert die katholische Kirche ein weites Spektrum von Themen, „bestrebt das menschliche Leben zu schützen und die menschliche Würde zu fördern, vom Beginn des Lebens bis zu seinem letzten Moment.“[9] Opposition gegen Abtreibung und Euthanasie entschuldigt nicht Gleichgültigkeit jenen gegenüber, die unter Armut, Gewalt und Ungerechtigkeit leiden. Jede Politik für das menschliche Leben muß der Gewalt des Krieges und der skandalösen Todesstrafe widerstehen. Jede Politik für Menschenwürde muß ernsthaft die Probleme des Rassismus, der Armut, des Hungers, der Beschäftigung, der Ausbildung, der Wohnung und der Gesundheitsvorsorge angehen. Daher sollten Katholiken sich selbst eifrig als Fürsprecher der Schwachen und an den Rand Gedrängten einbringen. Katholische Abgeordnete sind verpflichtet, alle diese Probleme anzupacken in dem Bemühen um eine beständige Politik der Förderung des Respekts vor der menschlichen Person in allen Phasen des Lebens. Aber in solchen Belangen engagiert zu sein, kann niemals eine falsche Entscheidung bezüglich direkter Angriffe auf unschuldiges menschliches Leben entschuldigen. Tatsächlich ruft das Versagen, menschliches Leben in seinen verletzlichsten Phasen zu schützen, Zweifel an der ‚Rechtschaffenheit‘ in allen anderen Angelegenheiten hervor, die die Ärmsten und Schwächsten der menschlichen Gemeinschaft betreffen. Wenn wir den Menschen als den „Tempel des Heiligen Geistes“ - das lebende Haus Gottes - verstehen, dann sind die letzten Themen logischerweise den Trägerbalken und Wänden dieses Hauses zuzuordnen. Alle eigenmächtigen Angriffe auf das unschuldige menschliche Leben, wie Abtreibung und Euthanasie, sind

Anschläge auf die Fundamente des Hauses. Dies ist eigenmächtige und unmittelbare Gewalt gegen das fundamentalste Recht der menschlichen Person - das Recht auf Leben. Die Mißachtung dieser Probleme ist gleichbedeutend mit einem Bau unseres Hauses auf Sand. Solche Angriffe können nicht helfen, aber sie beschwichtigen das gesellschaftliche Bewußtsein in einer letztlich für andere Menschenrechte zerstörerischen Weise. Das Gebot, niemals zu töten, ist, wie Papst *Johannes Paul II.* in Erinnerung ruft, ein Minimalgebot, das wir zu respektieren und von dem aus wir zu starten haben, „um unzählige Male ein ‚Ja' auszusprechen, so daß wir in der Lage sind, immer mehr den Gesamthorizont des Guten zu erfassen." (Evangelium Vitae 75)

24. Seit Beginn ihrer Beteiligung an der amerikanischen politischen Bewußtseinsbildung haben Gläubige um einen Ausgleich zwischen ihrem Glauben und den verständlichen Forderungen des demokratischen Pluralismus gerungen. Im Ergebnis haben einige katholische Politiker das Argument übernommen, daß sie, obwohl sie persönlich gegen ein Übel wie die Abtreibung sind, ihre persönlichen, religiösen Ansichten nicht der breiten Gesellschaft aufzwingen können. Dies ist ein ernstes Mißverständnis verschiedener Grundfragen. Erstens, bezüglich der Abtreibung: Der Zeitpunkt des Beginns menschlichen Lebens ist keine religiöse Frage, sondern ein wissenschaftliches Faktum - eine Tatsache, über welche es klare Übereinstimmung sogar unter führenden Abtreibungsbefürwortern gibt. Zweitens, die Heiligkeit des menschlichen Lebens ist nicht nur eine katholische Doktrin, sondern Teil des globalen ethischen Erbes der Menschheit und Gründungsprinzip unserer Nation. Letztlich, der Demokratie ist nicht mit Schweigen gedient. Die meisten Amerikaner würden den Widerspruch folgender Erklärung erkennen: „Obwohl ich persönlich gegen Sklaverei, Rassismus oder Sexismus bin, kann ich meine persönliche Sichtweise nicht dem Rest der Gesellschaft aufzwingen." Wirklicher Pluralismus ist abhängig von Menschen, die ernsthaft mit allen ethischen und legalen Mitteln um die Weiterentwicklung ihres Glaubens ringen.

25. Katholiken laufen heutzutage Gefahr, mit einem irrigen Pluralismus zusammenzuarbeiten. Die säkulare Gesellschaft erlaubt Gläubigen jedwede ihnen genehme moralische Überzeugung - solange sie diese in dem privaten Bereich ihres Gewissens, ihrer Häuser und Kirchen bewahren und vom öffentlichen Leben fernhalten. Demokratie ist weder ein Ersatz für Moral, noch ein Allheilmittel für Unmoral. Ihr Wert steht - oder fällt - mit den Werten, welche sie verkörpert und fördert. Nur die unermüdliche Förderung der Wahrheit über die menschliche Person kann die Demokratie mit richtigen Werten ausstatten. Das war es, was Jesus meinte, als Er uns aufforderte, Sauerteig in der Gesellschaft zu sein. Amerikanische Katholiken haben lange versucht, sich dem Leben in der US-Kultur anzupassen. In der Anpassung wurden wir aber zu oft aufgefressen. Wir wurden in unserer Kultur zu sehr geändert, und wir haben sie selbst nicht genug verändert.Wenn wir Sauerteig sind, müssen wir unserer Kultur das gesamte Evangelium bringen, welches ein Evangelium der Liebe und der Freude ist. Das ist unsere Berufung als Gläubige. Und es gibt keine bessere Art, damit zu beginnen, als die Schönheit und Heiligkeit menschlichen Lebens zu fördern. Jene, die beanspruchen, die Frage des Lebens durch Gewalt oder die Drohung mit Gewalt zu fördern, widersprechen diesem Evangelium in seinem Kern.

26. Die Schrift fordert uns auf: „Hört das Wort nicht nur an, sondern handelt danach. ... So ist der Glaube ... für sich allein tot, wenn er nicht Werke vorzuweisen hat." (Jak 1, 22; 2, 17) Jesus selbst leitet uns: „Darum geht zu allen Völkern und macht alle Menschen zu Jüngern ... lehrt sie alles zu befolgen, was ich euch geboten habe.2 (Mt 28, 19-20) Leben in Christus ist ein Leben des aktiven Zeugnisses. Es erfordert moralische Führung. Jeder einzelne von uns, der

in der Wahrheit des katholischen Glaubens getauft ist, ist Mitglied des „Volkes des Lebens“, ausgesandt von Gott, die Welt zu evangelisieren.

27. Gott ist stets bereit, uns auf unsere Gebete um Hilfe jene Kräfte zu geben, die wir benötigen, um seinen Willen zu erfüllen. Zuerst und vor allem benötigen wir den Mut und die Aufrichtigkeit, die Wahrheit über das menschliche Leben auszusprechen, unabhängig von der Höhe der Kosten für uns selbst. Die große Lüge unserer Zeit ist, daß wir angesichts der Kompromisse, Strukturen und Versuchungen der Massenkultur machtlos seien. Wir sind aber nicht ohne Macht. Wir können einen Unterschied machen. Wir gehören dem Herrn, in Ihm liegt unsere Stärke und durch seine Gnade können wir die Welt verändern. Wir brauchen auch die Demut, sowohl dem Freund, als auch dem Opponenten in der Abtreibungsfrage zuzuhören, von beiden zu lernen und uns selbst zu vergessen. Wir brauchen Ausdauer, um den Kampf für den Lebensschutz fortzuführen, egal welche Rückschläge wir erfahren. Dazu brauchen wir auch Vertrauen in Gott und in den Erfolg unseres Anliegens. Er hat uns zu dieser Aufgabe berufen. Wir bedürfen der Klugheit zu wissen, wann und wie in der öffentlichen Arena zu handeln ist. Und wir müssen auch die Angst vor dem Handeln, welche sich selbst als Vernunft ausgibt, wahrnehmen, und uns von ihr verabschieden. Und letztlich brauchen wir das große Fundament allen apostolischen Lebens: Glaube, Hoffnung und Liebe. Glaube, nicht in moralischer oder politischer Abstraktion, sondern an die personale Gegenwart Gottes; Hoffnung und Liebe, nicht auf und für unsere eigene Schläue, sondern in Seine Güte und Gnade und Liebe für den Anderen - einschließlich jener, die gegen uns sind - verwurzelt in der Liebe Gottes, die er über uns ausgießt.

28. Diese Tugenden, welche das Evangelium des Lebens zu beleben helfen, haben für jeden Christen, der sich in irgendeiner Weise am öffentlichen Leben der Nation beteiligt, ernstzunehmende Konsequenzen.

29. Als Bischöfen obliegt uns die Verantwortung, alle Amerikaner zur Umkehr aufzurufen, einschließlich der politischen Führer und insbesondere jener, die öffentlich als Katholiken bekannt sind. In der Enzyklika „Veritatis Splendor“ erinnert uns der Heilige Vater: „... es gehört zu unserem Hirtenamt, über die getreue Weitergabe dieser Morallehre der Kirche zu wachen, und die passenden Maßnahmen zu ergreifen, damit die Gläubigen vor jeder Lehre und Theorie, die ihr widersprechen, geschützt werden.“(116) Wir müssen daher als Lehrer in der Kirche jene, die Führungspositionen innehaben und durch ihr Handeln und ihre Politik dem Evangelium des Lebens widersprechen, belehren, überzeugen, berichtigen und ermahnen. Katholische Abgeordnete, welche die Lehre der Kirche über die Unverletzlichkeit der menschlichen Person mißachten, sind insgeheim einverstanden mit der Tötung unschuldigen Lebens. Eine vertrauliche Aufforderung zur Umkehr sollte immer der erste Schritt im Umgang mit ihnen sein. Durch das Gebet, das geduldige Aussprechen der Wahrheit in Liebe und das Zeugnis unseres Lebens müssen wir stets darum ringen, ihre Herzen für die gottgegebene Würde der Ungeborenen und aller Schutzlosen zu öffnen. Ebenso müssen wir diese Personen an ihre Pflicht erinnern, unverfälscht moralische Führung in der Gesellschaft auszuüben. Sie tun dies nicht durch gedankenloses Festhalten an öffentlichen Meinungsbefragungen oder das Wiederholen leerer Slogans wie „Pro Choice“, sondern durch eigene Bildung und Sensibilisierung sowie ihren Einsatz für das Menschsein des ungeborenen Kindes. Gleichzeitig müssen wir unsere Bemühungen verdoppeln, unsere Menschen zu evangelisieren und zu unterrichten über die Würde des Lebens und das Unrecht der Abtreibung. Dennoch mögen sich einige katholische Abgeordnete selbst der Wahrheit verschließen, indem sie sich weigern, ihren Sinn für das Zeugnis der Kirche zu öffnen. In allen Fällen haben Bischöfe die Pflicht und die pastorale Verantwortung, nicht nachzulassen, solche Abgeordnete zur Rede zu stellen und

beständig aufzufordern, ihr Herz zu ändern. Als Bischöfe reflektieren wir gelegentlich auf die Worte der amtlichen Lehrschreiben: „Laßt uns weder Hunde sein, die nicht bellen, noch schweigende Zuschauer oder bezahlte Dienstboten, die vor dem Wolf fliehen. Laßt uns stattdessen sorgsame Hirten sein, wachend über Christi Herde. Laßt uns Mächtigen und Demütigen, Reichen und Armen, Menschen jeden Ranges und Alters, Gottes ganzen Plan predigen, soweit uns Gott die Stärke verleiht, gelegen oder ungelegen, wie der Hl. Gregor in seiner pastoralen Instruktion schreibt."[10]

30. Priester, Ordensleute, Katecheten, katholische Lehrer, Familienpfleger und Theologen haben in der ihnen jeweils eigenen Weise alle Teil an dem Auftrag der Kirche, die Katholiken gewissenhaft in der Heiligkeit des Lebens zu unterweisen. Wir fordern sie alle zu einer Erneuerung der Verpflichtung auf diese Aufgabe hin auf. Mit ihren Worten und ihrem Beispiel sollten sie loyal und freudig Zeugen der Wahrheit sein, daß jedes menschliche Leben in jeder Entwicklungsstufe ein Geschenk Gottes ist. Ärzte, Krankenschwestern und Pflegepersonal können durch praktischen Beistand, Beratung und Adoptionshilfen das Leben von Frauen und Mädchen beeinflussen, die eine Abtreibung erwägen. Gleich wichtig ist, daß sie bewußt ihren eigenen Beruf evangelisieren und durch Wort und Beispiel bezeugen, daß Gott der Herr des Lebens ist.

31. Katholiken, die das Privileg haben, in öffentlichen Führungspositionen zu dienen, sind verpflichtet, aus ganzem Herzen ihren Glauben in ihren öffentlichen Dienst einzubringen, insbesondere in Fragen bezüglich der Heiligkeit und der Würde des menschlichen Lebens. *Thomas Morus*, der ehemalige Kanzler Englands, der lieber sein Leben gab, als seine katholische Überzeugung zu leugnen, ging zu seiner Enthauptung mit den Worten: „Ich sterbe als des Königs guter Diener, aber zuerst als Diener Gottes." Ende der 90er Jahre können Abgeordnete in den Vereinigten Staaten sicher sein, ihre Köpfe zu behalten. Einige sehen sich aber politischen Sanktionen ausgesetzt, weil sie ihr Mandat im Einklang mit ihrer Lebensrechts-Überzeugung wahrnehmen. Jenen, die diesen Weg gewählt haben, versichern wir, daß ihr Kurs gerecht ist; sie retten Leben durch ihr Zeugnis, und Gott und die Geschichte werden sie nicht vergessen. Überdies, das Risiko des Zeugnisses sollte nicht überbewertet, die Kraft des Zeugnisses nicht unterschätzt werden. In einer künstlichen Welt hungern viele Wähler nach Substanz. Sie bewundern und unterstützen Politiker, die aufrichtig ihre moralische Überzeugung aussprechen. Für unseren Teil empfehlen wir katholischen und anderen Politikern, ihre Positionen zur Förderung der Achtung vor dem Leben zu nutzen.

32. Jene katholischen Politiker, welche sich dafür entscheiden, gegen die katholische Lehre von der Unverletzlichkeit menschlichen Lebens zu handeln, bitten wir zu ihrem eigenen geistlichen Wohl eindringlich, die Konsequenzen zu bedenken, ebenso den Skandal, den sie riskieren, indem sie andere zu schwerer Sünde veranlassen. Wir richten an sie die Aufforderung, den ernsten Widerspruch zwischen der Übernahme einer öffentlichen Funktion und ihrer Selbstdarstellung als glaubwürdige Katholiken zu überdenken, wenn ihr Handeln in der fundamentalen Frage des menschlichen Lebens nicht in Übereinstimmung mit der kirchlichen Lehre steht. Kein Politiker, insbesondere wenn er beansprucht, ein gläubiger und seriöser Katholik zu sein, kann verantwortbar aktive, eigenmächtige Angriffe auf das unschuldige menschliche Leben befürworten. Sicherlich gibt es Zeiten, in denen es unmöglich ist, Gesetze zu verhindern oder zu überwinden, welche moralisch Böses erlauben oder fördern - beispielsweise ein Gesetz, welches die Zerstörung ungeborenen menschlichen Lebens erlaubt. In solchen Fällen könnte ein Abgeordneter, dessen Haltung für das Leben bekannt ist, legitimer Weise versuchen, den Schaden, der durch das Gesetz verursacht wird, zu begrenzen. Niemals aber kann eine politische Aufforderung, ein

Verfahren, der Mehrheitswille oder Pluralismus einen Abgeordneten entschuldigen, wenn er das Leben nicht in größtmöglichem Maße verteidigt. So wie es für jeden Schritt im Leben einer Führungsperson zutrifft, kann kein Politiker der Verantwortung für die von ihm geführte Machtausübung entfliehen. (Evangelium Vitae 73f.) Jene, die ihre Passivität darauf stützen, daß Abtreibung Landesgesetz sei, müssen zur Kenntnis nehmen, daß es ein höheres Gesetz gibt, das Gesetz Gottes. Kein menschliches Gesetz kann rechtskräftig dem Gebot widersprechen „Du sollst nicht töten!"

33. Das Evangelium des Lebens muß verkündet und menschliches Leben verteidigt werden - an allen Orten und zu jeder Zeit. Zur Arena für moralische Verantwortung gehören nicht nur Regierungsgebäude, sondern ebenso die Wahlkabine. Gesetze, die Abtreibung, Euthanasie und Beihilfe zum Selbstmord erlauben, sind zutiefst Unrecht, und wir sollten friedlich und unermüdlich daran arbeiten, ihnen zu widerstehen und sie zu ändern. Weil sie Unrecht sind, kann der Staatsbürger nicht im Gewissen verpflichtet werden, sie zu unterstützen, zu dulden oder als gültig zu betrachten. Unsere Nation kann nicht die fortdauernde Existenz solch fundamentaler Verletzungen der Menschenrechte in unserer Gesellschaft gutheißen.

34. Wir ermutigen alle Staatsbürger, insbesondere Katholiken, ihre Staatsbürgerschaft nicht nur als Pflicht und Privileg zu begreifen, sondern als Gelegenheit, am Aufbau der Kultur des Lebens teilzunehmen. Jede Stimme im öffentlichen Leben ist von Gewicht. Jede Wählerstimme zählt. Jeder Akt verantwortlicher Staatsbürgerschaft ist eine Ausübung bedeutender individueller Macht. Wir müssen diese Macht in einer Weise ausüben, die menschliches Leben verteidigt, besonders jenes der Kinder Gottes, die ungeboren, behindert oder auf andere Weise verwundbar sind. Wir erhalten die Abgeordneten, die wir verdienen. Deren Tugend - oder Laster - ist nicht nur ein Urteil über sie, sondern auch über uns. Weil dies so ist, fordern wir unsere Mitbürger auf, über die Grenzen der Parteipolitik hinauszuschauen, Kampagnen-Rhetorik kritisch zu analysieren und ihre politischen Führer nach Übereinstimmung mit Prinzipien, nicht nach Parteizugehörigkeit oder bloßem Eigeninteresse, zu wählen.

35. Wir fordern Eltern auf, sich an die Worte des Zweiten Vatikanischen Konzils und unseres Heiligen Vaters über die Familie in seinem Apostolischen Brief „Familiaris Consortio" zu erinnern, daß die Familie „die Grund- und Lebenszelle der Gesellschaft" (42) ist.[11] Wie die Familie, so ist unsere Kultur. Eltern sind die primären Erzieher ihrer Kinder, insbesondere in den wichtigen Bereichen der menschlichen Sexualität und der Weitergabe menschlichen Lebens. Sie prägen die Gesellschaft durch die Erziehung ihrer Kinder zur Achtung menschlichen Lebens, indem sie sich selbst zuerst neuem Leben öffnen - durch persönliches Beispiel - mit Ehrfurcht vor den Armen, den Alten und dem im Mutterleib sich entwickelnden Leben. Familien, die das Evangelium des Lebens leben, sind durch ihr Zeugnis in der Evangelisierung bedeutende Handelnde. Aber zusätzlich sollten sie darauf bedacht sein, „daß die Gesetze und Einrichtungen des Staates die Rechte und Pflichten der Familie nicht nur nicht beeinträchtigen, sondern positiv stützen und verteidigen" zur Veränderung der Gesellschaft und zur Förderung der Heiligkeit des Lebens (44).

36. Frauen haben eine einmalige Rolle bei der Weitergabe und Pflege menschlichen Lebens. Sie können bestens das bittere Trauma der Abtreibung verstehen sowie die Leere und Sterilität der Herzen im Begriff der „Abtreibungsfreiheit" (Pro-Choice). Daher bitten wir die Frauen, mit einem neuen Feminismus für das Leben bei der Förderung des Evangeliums des Lebens eine besondere Rolle zu übernehmen. Frauen sind in einzigartiger Weise qualifiziert, andere Frauen zu beraten und zu unterstützen, die sich mit einer unerwarteten Schwangerschaft konfrontiert sehen, und sie waren auch in dem Weinberg des

Aufbaus und der Ausstattung der mehr als 3000 Schwangerenhilfe-Zentren der Vereinigten Staaten. Sie können besser als irgend jemand sonst Abgeordneten helfen zu verstehen, daß jede politische Agenda, die gleiche Rechte für alle aufrecht erhalten will, gleichen Rechten für alle Kinder, geborene und ungeborene, zustimmen muß. Sie können uns daran erinnern, daß die Erklärung unserer Nation über von Gott gegebene Rechte, gebunden an das Gebot „Du sollst nicht töten", Ausgangspunkt wahrer Freiheit ist. Einen anderen Weg zu wählen heißt, unserer eigenen Identität als Nation, die sich „dem Leben, der Freiheit und dem Streben nach Glück" gewidmet hat, zu widersprechen.

37. Wir loben alle, die das Evangelium des Lebens verkünden und ihm dienen. In ihrem friedlichen Handeln, Erziehen und Gebet sind sie Zeugen für Gottes Wahrheit und verkörpern das Gebot, einander zu lieben, wie er uns geliebt hat. In ihrem Dienst an Frauen, die Erfahrungen mit der Abtreibung gemacht haben, bringen sie seinen Frieden und Trost. Wir spornen sie an, in dieser schwierigen Aufgabe zu verharren und nicht entmutigt zu sein. Wie das Kreuz unseres Herrn ist eine vertrauensvolle Weihe an das Evangelium des Lebens ein „Zeichen des Widerspruchs" in unserer Zeit.

38. Papst *Johannes Paul II.* sagte amerikanischen Bischöfen bei ihrem *ad limina*-Besuch 1998: „Es ist eine Anerkennung für die Kirche und die Offenheit der amerikanischen Gesellschaft, daß so viele Katholiken in den Vereinigten Staaten am politischen Leben beteiligt sind." Er erinnerte uns daran, daß „Demokratie ... ein moralisches Abenteuer ist, eine andauernde Prüfung der Fähigkeit von Menschen, sich selbst in einer Weise zu regieren, die dem Gemeinwohl und dem Nutzen des einzelnen Staatsbürgers dient. Das Überleben der einzelnen Demokratie ist nicht nur abhängig von ihren Institutionen, sondern in weit größerem Ausmaß von dem Geist, der ihre Verfahren der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtssprechung durchdringt. Die Zukunft der Demokratie ist in der Tat abhängig von einer Kultur, die fähig ist, Menschen zur Verteidigung bestimmter Wahrheiten und Werte auszubilden."[12]

39. So wie wir das amerikanische Jahrhundert beenden und uns einer neuen Ära unserer eigenen Nation und der Welt nähern, glauben wir, daß das Ziel der Vereinigten Staaten hoffnungsvoll und wertvoll bleibt. Mit den Worten von *Robert Frost* ist es unsere Berufung, „die weniger befahrene Straße" zu nehmen, die Straße der im Recht verankerten menschlichen Freiheit; dem Recht, das wiederum verwurzelt ist in der Wahrheit über die Heiligkeit der menschlichen Person. Die Zukunft einer Nation wird aber von jeder neuen Generation entschieden. Freiheit beinhaltet immer die Möglichkeit, zwischen verschiedenen Straßen zu wählen: solchen, die zum Leben führen und anderen, die zum Tod führen. (Dt 30, 19) Es ist jetzt an uns zu wählen. Wir appelieren an alle Menschen in den Vereinigten Staaten, insbesondere jene mit politischem Auftrag, und unter ihnen ganz besonders an Katholiken, diese entscheidende Wahl zu treffen. Wir spornen alle Personen guten Willens an, aufrichtig daran zu arbeiten, die kulturelle Veränderung, die wir benötigen, in Angriff zu nehmen: eine wahre Erneuerung in unserem öffentlichen Leben und in den Institutionen, gegründet auf die Heiligkeit allen menschlichen Lebens. Und endlich, wie Gott seinen Sohn vor nahezu 2000 Jahren *Maria* zur Erlösung der Welt anvertraute, schließen wir diesen Brief heute, indem wir *Maria* all unsere menschlichen Bemühungen anvertrauen, das Evangelium des Lebens wirksam in der Öffentlichkeit zu bezeugen: *Maria*, Patronin Amerikas, erneuere uns in der Liebe für die Schönheit und Heiligkeit der menschlichen Person von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod; und wie dein Sohn Sein Leben gab für uns, so hilf uns, unsere Leben im Dienst für den Anderen zu leben. Mutter der Kirche, Mutter unseres Erlösers, öffne unsere Herzen für das Evangelium des Lebens, schütze unser Volk und mache es zum Zeugen der Wahrheit.

Anmerkungen

Das Dokument trägt das Datum vom 24. 11. 1998. Anm. der Übersetzer: Im folgenden sind die Originalverweise des Hirtenbriefes angeführt. Soweit im Originaltext auf amtliche Lehrschreiben verwiesen wird, wurde für die Übersetzung die jeweilige deutsche Fassung der vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz herausgegeben Schriftenreihe zugrundegelegt. Für die im Original angeführten Zitate und Verweise auf die Heilige Schrift wurde „Die Bibel - Einheitsübersetzung - Altes und Neues Testament“ 1980 Katholische Bibelanstalt Stuttgart, bei Herder, Freiburg herangezogen.

1) Henry Luce, „The American Century“, Life (February 17, 1941).

2) Papst Johannes Paul II., 08. Oktober 1995, Anmerkungen beim Abflug von Baltimore/ Washington, International Airport, 25 Origins, p. 318 (October 19, 1995).

3) Papst Johannes Paul II., Homily in Giants Stadium, 05. Oktober 1995, 25 Origins, p. 305 (October 19, 1995).

4) Papst Johannes Paul II, Homily in Giants Stadium, 05. Oktober 1995, 25 Origins, p. 303 (October 19, 1995).

5) Papst Johannes Paul II., Ankunft in Newark, Airport Anmerkungen, 04. Oktober 1995; 25 Origins, p. 301 (October 19, 1995).

6) Im Fall Planned Parenthood gegen Casey (Az.: 505 U.S. 833 (1992)) unterstützte der Oberste Gerichtshof die meisten der beklagten Bestimmungen eines die Abtreibung regelnden Gesetzes in Pennsylvania. Das Gericht fühlte sich wie auch immer nicht in der Lage zu überwinden, was es selbst als den „zentralen Bestand“ des Falles Roe gegen Wade nannte und erklärte: „In zwei Jahrzehnten der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung haben Menschen intime Verhältnisse aufgebaut und Entscheidungen getroffen, welche ihre Sichtweise von sich selbst und ihren Platz in der Gesellschaft im Vertrauen auf die Möglichkeit der Abtreibung im Fall einer mißglückten Verhütung bestimmen.“ 505 U.S. bei 856.

7) Papst Johannes Paul II., Homily at Camden Yards, „Was Freiheit ist“, 08. Oktober 8, 1995; 25 Origins, p. 314 (October 19, 1995).

8) Papst Johannes Paul II. aus Anlaß der Annahme des Beglaubigungsschreibens des U.S. Botschafters beim Heiligen Stuhl, 16. Dezember 1997, Origins, p. 488 (8. Januar 1998) (zitiert in: C. Herman Pritchett, The American Constitution (McGraw-Hill 1977), p. 2).

9) Verwaltungsausschuß der Katholischen Konferenz der Vereinigten Staaten, Political Responsibility: Proclaiming the Gospel of Life, Protecting the Least Among Us, and Pursuing the Common Good (1995), p. 12.

10. Boniface, Ep. 78: MGH, Epistolae, 3, 352, 354; aus Liturgy of the Hours According to the Roman Rite (New York: Catholic Book Publishing Co. 1975).

11. Cf. also Decree on the Apostolate of Lay People (Apostolicam Actuositatem), 11.

12. Papst Johannes Paul II., Ad Limina Anmerkungen an die Bischöfe von Texas, Oklahoma und Arkansas (27. Juni 1998); 28 Origins, p. 282 (October 1, 1998).

Übersetzung von *Roland Rösler* und *Manfred Spieker*

Andreas Püttmann

Jugend und Politik

1. „Die Jugend“ im Spannungsfeld widerstreitender subjektiver Wirklichkeiten

Die Frage* nach dem politischen und ethischen Profil der „Jugend von heute“ ist aus mancherlei Gründen traditionell klischee- und affektbeladen. Da meint jeder mitreden zu können, und ein jeder ist tatsächlich betroffen: als Jugendlicher oder ehemals Jugendlicher, als Erzieher von Kindern, Schülern, Auszubildenden und Studenten, als Staatsbürger, der Indizien für die „Zukunftstauglichkeit“ seines Volkes sucht.

In die „Kompetenz der Betroffenheit“ mischen sich - unter Konservativen - althergebrachte Topoi wie „Jugend hat keine Tugend“, bei gleichzeitiger Verklärung der eigenen Jugendjahre, hier und da vielleicht auch uneingestandene Bitterkeit oder Wehmut im Blick auf jene, die ihre Persönlichkeit und ihre Talente in einer Zeit vielfältigerer Möglichkeiten und geringerer Widerstände entfalten können. Demgegenüber leitet die Optimisten der Wunsch, auf der Seite der Jugend zu stehen, um irgendwie dabei zu bleiben, sich nicht vom Zug der Zeit abzukoppeln, sich selbst und anderen Flexibilität, Lernfähigkeit, Fortschrittlichkeit, Toleranz zu beweisen, in der Hoffnung, daß „die Jugend“ - vor allem die eigenen Kinder, die zukünftigen Mitglieder, Käufer und Wähler - es zu schätzen wisse und daß sie es einem schon danken werde. So tummeln sich Kassandras und Gesundbeter an Stammtischen und auf wissenschaftlichen Symposien, um Datensatz und Kaffeesatz zu lesen, und der Jugendforschung mangelt es nicht an Auftraggebern aus Wirtschaft, Politik und Medien. Dabei irritiert im Gesamteindruck die Widersprüchlichkeit von überwiegend negativen, alarmistischen Zeitungsschlagzeilen und eher positiven, differenzierten Bewertungen in den meisten Jugendstudien sowie die Verwischung, teilweise gar Verkehrung der alten Fronten zwischen traditionell jugendkritisch gestimmten Konservativen und jugendfreundlichen Progressiven.

Unterstellte man, daß Medienberichte die Realität abbilden, so müßte einem angst und bange werden: „In Bremen ist jeder dritte Schüler bewaffnet. Sympathie für rechtsextreme Positionen verbreitet“ (Süddeutsche Zeitung); „Schlachtfeld große Pause. Das Ausmaß des Bullying, des Terrors unter Schülern“ (Focus); „Aggressive Jugend: Für schöne Worte ist es jetzt zu spät“ (Rheinischer Merkur); „Strafe muß manchmal sein. Kehrtwende der Pädagogen: Man müsse dem Tyrann Kind Grenzen setzen“ (Focus); „Null Bock auf Staat. Politik nein Danke“ (Die Woche); „Wenn Jugendliche überhaupt wählen, dann vor allem extrem“ (Der Tagesspiegel) - so lauten die Schlagzeilen von Zeitungen und Nachrichtenmagazinen. Auf der anderen Seite beschreiben Wissenschaftler die jungen Leute als „eher angepaßt und normal, ehrlich und tolerant, leistungsbereit, kreativ und risikofreudig“ (Infas 1994), rebellisch nur in Reaktion „auf gesellschaftlich ungelöste Konflikte“[1] - mit einem Wort: „Die Jugend ist besser als ihr Ruf“[2] und hat ganz recht, wenn sie meint: „Wir sind o.k.!“[3] (so der Titel der IBM-Jugendstudie, 1995). Doch blenden wir kurz zurück:

2. Generationenbruch nach der deutschen „Kulturrevolution“

Als *Elisabeth Noelle-Neumann* und *Renate Köcher* bei einer internationalen Wertestudie[4] in zehn europäischen Staaten und den USA zu Beginn der 80er Jahre entdeckten, daß die Kluft in den Wertvorstellungen der Generationen in keinem Land so groß war wie in Deutschland, erfaßte die Krisenstimmung zunächst nur jene Kreise in Politik und Gesellschaft, die ohnehin schon von der Notwendigkeit einer „geistig-moralischen Wende“ überzeugt waren. Der Anteil von 20% der westdeutschen Jugendlichen, die damals in keinem der fünf Bereiche Religion, Politik, Moral, Umgang mit anderen Menschen und Sexualität

Übereinstimmung mit ihren Eltern bekundeten, stieg bis Anfang der 90er Jahre weiter an bis auf 27%. In den USA kam eine solche Antwort nur von 10%, in Europa von durchschnittlich 15% der unter 30jährigen[5]. Die geringste Übereinstimmung zwischen deutschen Jugendlichen und ihren Eltern zeigte sich im Bereich der Sexualität (9%), die größte bei der Einstellung gegenüber anderen Menschen (46%). Ein knappes Drittel bekundete „ähnliche Ansichten“ in bezug auf Religion (33%), Moralvorstellungen (32%) und Politik (29%). Zur näheren zeitlichen Bestimmung dieses exzeptionellen Generationenbruches konnten die Demoskopinnen auf den reichen Fundus des 1947 gegründeten Allensbacher Archivs zurückgreifen. So war in nur 5 Jahren zwischen 1967 und 1972 bei den unter 30jährigen die Zustimmung zu den traditionellen Erziehungszielen „Höflichkeit und gutes Benehmen“ von 81% auf 50% gefallen; „die Arbeit ordentlich und gewissenhaft zu tun“, von 71% auf 52%. Die Einstellung: „Ich betrachte mein Leben als eine Aufgabe, für die ich da bin und für die ich alle Kräfte einsetze. Ich möchte in meinem Leben etwas leisten, auch wenn das oft schwer und mühsam ist“, sank in der Bevölkerung von 60 auf 48% (1995: 43%), während die Gegenposition: „Ich möchte mein Leben genießen und mich nicht mehr abmühen als nötig. Man lebt schließlich nur einmal, und die Hauptsache ist doch, daß man etwas von seinem Leben hat“, von 29% auf 35% (1995: 38%) zunahm.

Mit der Distanzierung von den Wertvorstellungen der Eltern entsprach die 68er-Studentengeneration der Überzeugung *Theodor Adornos* und seiner „Frankfurter Schule“, daß die Tradierung solcher Werte und „Sekundärtugenden“ in Deutschland verhindert werden müsse, um eine Wiederkehr des „Faschismus“ unmöglich zu machen. Elterliche Erziehung - soweit dieser Begriff überhaupt noch akzeptabel erschien - sollte die Kinder fortan nur noch zur „Selbstbestimmung“ und „Kritikfähigkeit“ anleiten. An die Stelle von tradierter Weltanschauung und Wertorientierung sollte die Vermittlung wissenschaftlichen und soziotechnischen Know-hows treten. Der elterliche Prägewille erlosch in der Devise: „Mein Kind soll später selbst entscheiden“. Tatsächlich dominieren im Selbstbild der deutschen Jugendlichen bis heute die Eigenschaften: „freizügig“, „selbstbewußt“, „selbständig“, „kritisch“[6].

Anfang der 90er Jahre konstatierten *Gerhard Schmidtchen* und *Lothar Roos* in einer Untersuchung über Moralbilder und Wertkonflikte junger Menschen[7]: „Über die Hälfte der Eltern haben als Erzieher normativ abgedankt“[8]. Einen „reifen“ Erziehungsstil, der normative Forderungen mit emotionaler Geborgenheit verbindet, praktizierten demnach nur 31 Prozent der Eltern, 14 Prozent stellten Forderungen, ohne emotionale Zuwendung zu geben („paradoxer/autoritärer“ Erziehungsstil); demgegenüber erzogen ein Drittel der Eltern ihre Kinder „naiv“ (emotional, aber nicht normativ) und 22 Prozent „gleichgültig“: hier fehlte beides. *Elisabeth Noelle-Neumann* zählte zu ihren „traurigsten Umfrageergebnissen (...) die Antworten der Eltern auf die Frage, worin sie ihre Kinder beeinflussen wollen. Unter zwanzig Vorgaben standen Äußerlichkeiten wie Tischmanieren und Sauberkeit ganz oben. Am wenigsten wollten die Eltern ihre Kinder beeinflussen in ihrem Glauben, in dem, was sie lesen und in ihren politischen Überzeugungen - also knapp gesagt, in ihren Werten“[9]. Zwar ist der Prägewille der Eltern inzwischen wieder leicht angestiegen, doch die eigene Unsicherheit, welche Werte man den Kindern einprägen will und wie, ist damit noch nicht beseitigt.

Die Annahme, daß die Diskreditierung von traditionellen Werten und Tugenden durch ihre Pervertierung im Nationalsozialismus die eigentliche Ursache für die Tradierungskrise darstelle, läßt sich insofern schwer aufrecht erhalten, als der Befund in Ostdeutschland in einer nachgeholten Umfrage zur internationalen Wertestudie 1992 ganz anders ausfiel als im Westen: Die Übereinstimmung mit den Eltern lag hier in allen fünf Einstellungsbereichen über den westdeutschen

Werten. Nur jeder sechste fand „in keinem Bereich“ ähnliche Ansichten wie seine Eltern, womit die ostdeutschen Jugendlichen genau im europäischen Durchschnitt, aber 10% unter dem westdeutschen Wert lagen. Die mit deutscher Konsequenz und Vehemenz vollzogene Kulturrevolution im Westen mußte demnach entscheidender für den „Wertewandel“ gewesen sein als die gemeinsame Vergangenheit der Deutschen.

3. Gewalt von rechts - Wende in der Wertedebatte

In eine neue Phase trat die Wertedebatte, als „Ausländerhaß mit Volksfestcharakter“ (Die Welt) weltweit für Schlagzeilen sorgte und in Deutschland - meist durch Jugendliche - hunderte von Ausländerwohnheimen angezündet wurden. Jetzt, wo die Gewalt erstmals in nennenswertem Ausmaß von rechts kam, schreckte auch das linksliberale Establishment auf, das die ökopazifistisch motivierte Gewalt und die Gewaltexzesse der Autonomen noch relativ nachsichtig betrachtet hatte, zumindest nicht übermäßig beunruhigt darüber erschienen war. Nun aber erklangen gerade aus dieser Richtung Rufe nach staatlicher „Repression“, und eine neue Nachdenklichkeit über die Ursachen breitete sich aus. „Warum morden wir? Was macht den Menschen zum Unmenschen?“, fragte *Erich Böhme* seine Sat 1-Talkrunde, wobei Verhaltensforscher, Psychotherapeuten und Sozialpädagogen einen ziemlich ratlosen Eindruck hinterließen. Im Landtag von Nordrhein-Westfalen gründeten Abgeordnete aus allen Fraktionen eine parteiübergreifende „Werteinitiative 93“, mit dem Ziel, „Werte und Bindungen nicht als Angebot eines Supermarktes zu begreifen, sondern sie in einem mühseligen Prozeß immer wieder gemeinsam zu definieren, zu akzeptieren und sie uns anzueignen“[10]. Zuvor hatte die Grünen-Abgeordnete *Beate Scheffler* im Landtag im Rückblick auf die Erziehungsreformziele der 68er gefragt, wie es kommen konnte, daß „statt der mündigen, sozial und ökologisch engagierten, politisch hoch motivierten Jugend unsere Erziehung eine Spezies hervorgebracht hat, die zum überwiegenden Teil egozentrisch, konsumorientiert und, im schlimmsten Fall, sogar gewalttätig und fremdenfeindlich ist“[11]. Der familiäre Hintergrund eines der Mörder von Solingen schien ihr Recht zu geben, als die staunende Öffentlichkeit erfuhr: Der Vater ist Mitglied der pazifistischen „Ärzte gegen den Atomkrieg“, die Mutter bekämpfte mit der Ökologiebewegung Kernkraftwerke, beide sind überzeugte Linke, Ostermarschierer und selbstverständlich „Antifaschisten“ - der Sohn aber zündet Ausländer an[12]. Der spöttische Spruch: „Wir sind die, vor denen uns unsere Eltern immer gewarnt haben,“ hatte die rebellische Kindergeneration von einst in ihren eigenen Früchten auf ungeahnte Weise eingeholt.

Sorgenvoll erklärte auch der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende *Hans-Ulrich Klose* im Deutschen Bundestag: „Mich beschäftigt schon seit längerem die Frage, ob wir nicht, im Zuge der insgesamt erfolgreichen Bildungsreform, allzu konsequent vom Erziehungsgedanken Abschied genommen haben. Ist nicht Erziehung zu Anstand und Toleranz, zur Achtung vor den Mitmenschen und zu wechselseitiger Rücksichtnahme doch von zentraler Bedeutung, genauso wichtig wie die Selbstfindung und -entwicklung des einzelnen Menschen? Sind nicht einige der Sekundärtugenden, wie Höflichkeit und Fairplay, doch primäre Werte für das friedliche Zusammenleben unserer Gesellschaft?“ Und *Joschka Fischer* fand in seiner Programmschrift „Die Linke nach dem Sozialismus“[13] zu der uralten Einsicht zurück: „Eine Ethik, die sich nicht auf die tiefer reichende, normative Kraft einer verbindlichen Religion (...) stützen kann, wird es schwer haben, sich in der Gesellschaft durchzusetzen und von Dauer zu sein. (...) Das offene Glaubensproblem der Moderne wird sich nicht durch eine handlungsorientierte Verantwortungsethik auflösen lassen, (...) denn ihre gesellschaftliche Wirkung könnte sie erst auf dem Hintergrund neuer und akzeptierter religiöser Tabus und davon abgeleiteter Normierungen entfalten. Eine Verantwortungsethik ohne

religiöse Fundierung scheint (...) einfach nicht zu funktionieren." Gleichzeitig erklärten sich in Umfragen 70% der Bevölkerung beunruhigt darüber, „daß das Gefühl für Recht und Unrecht in unserem Land zurückgeht" und „daß die Menschen immer schneller bereit sind, Gewalt anzuwenden". Eine Zweidrittelmehrheit äußerte sich überzeugt, „daß wir eine moralische Wende brauchen", und 49% stimmten der Ansicht zu, „daß die traditionellen christlichen Werte wieder wichtiger werden müssen"[14]. Die Dekadenzbefürchtungen waren also weit mehr als ein Lamento konservativer Milieus.

4. Konsequenzen der Entchristlichung

Die gesellschaftlichen Konsequenzen der Entchristlichung werden im Sinne von *Joschka Fischer* und Papst *Johannes Paul II.* - der sich ganz ähnlich in *Centesimus annus* (44/2) äußerte, freilich ein Jahr früher - durchaus gravierend sein. Die empirisch nachgewiesenen Zusammenhänge von Konfession, Kirchennähe und Bürgerethos können hier nicht ausführlich dargelegt werden[15]. Summarisch sei nur darauf hingewiesen, daß die Neigung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zum individuellen und organisierten Regelverstoß, zu Betrugsdelikten und Gewaltanwendung, zum Mißtrauen gegen Institutionen und ganz allgemein gegenüber Mitmenschen, zur Verachtung von Politikern und Sympathie für radikale Parteien sowie zur Ablehnung unserer Gesellschaftsordnung mit der Distanz zur Kirche zunimmt. Zwischenmenschliche Grundsätze und soziale Tugenden wie „immer die Wahrheit sagen", „bescheiden sein", „höflich zu anderen sein", „Dankbarkeit zeigen", „auch mal verzichten können", „anderen vergeben" sowie „einer großen Sache dienen" finden bei kirchennahen Jugendlichen nach der schon zitierten Studie von *Schmidtchen* um durchschnittlich 16 Prozentpunkte mehr Zustimmung als bei gleichaltrigen ohne Kirchenbindung[16]. Die Überzeugung, das Leben sei „eine Aufgabe, für die sich der Einsatz aller Kräfte lohnt, auch wenn das oft schwer und mühsam ist", fand bei mehreren Allensbacher Umfragen bei einer absoluten Mehrheit (1995: 55%) der Gläubigen, aber nur bei einer Minderheit (44%) der Nichtgläubigen Zustimmung; „das Leben genießen und sich nicht mehr abmühen als nötig", ist dagegen die Option einer relativen Mehrheit der Nichtgläubigen (38%) und nur eines Viertels (25%) der gläubigen Christen[17]. Die anspruchsvolle Maxime: „Ich will nicht fragen: Was tut der Staat für mich, sondern: Was tue ich für den Staat", wird immerhin von 30% der unter 40jährigen kirchennahen Katholiken befürwortet, aber nur von 15% der Konfessionslosen[18]. Zu den sozialethischen Schlußfolgerungen der Jugendstudie von *Schmidtchen, Seitz* und *Roos* zählt gleichermaßen die Einschätzung, „daß eine am christlichen Menschenbild orientierte Erziehung weniger den larmoyanten Typ hervorbringt, der lediglich über die Verhältnisse klagt, statt sein Leben selbst in die Hand zu nehmen und auch die eigenen Fehler und Versäumnisse einzugestehen. Die im Kontext der kirchlichen Soziallehre vertretene Theorie einer subsidiären Gesellschaft, die zunächst die Aktivierung der eigenen Kräfte verlangt, bevor man nach dem Staat ruft, zeigt sich hier als besonders wirksam"[19].

Wenn all diese Einstellungen sich auch nur teilweise in tatsächlichen Verhaltensweisen niederschlagen[20], so erweisen die Kirchen - ganz abgesehen von der organisierten Caritas bzw. Diakonie - Staat und Gesellschaft einen sozialethischen Dienst, der gar nicht hoch genug geschätzt werden kann.

5. Erosion des Rechtsbewußtseins

Wie sehr unser Gemeinwesen solcher Einstellungen bedarf, zeigen auch Umfragen zum Rechtsbewußtsein. Die Meinung, es gehöre „unbedingt zur Demokratie, daß alle die Gesetze achten", wird nicht einmal mehr von jedem zweiten unter 30jährigen Deutschen geteilt, die Permissivität gegenüber den diversen Formen der sogenannten Alltagskriminalität von Schwarzfahren bis zum Versicherungsbetrug nimmt zu. Die Bereitschaft junger Journalisten (18-

34jährige), sich illegaler Praktiken der Recherche zu bedienen, liegt um 20-30% höher als bei ihren älteren Kollegen (über 45jährige)[21]. Die Neigung zum zivilen Ungehorsam (illegale Demonstrationen, Miet- und Steuerverweigerung, wilde Streiks, Verkehrsblockaden) ist vor allem im Westen deutlich gestiegen, während sie im Osten nach hohen Werten in den frühen neunziger Jahren wieder rückläufig und inzwischen geringer als im Westen ist[22]. Die Gewaltbereitschaft veranschlagt *Gerhard Schmidtchen* auf 33 Prozent im Osten und 21 Prozent im Westen[23] ; laut IPOS liegt das Potential für illegalen Protest bundesweit bei 30 Prozent, für Gewalt gegen Personen oder Sachen bei 6 Prozent[24]. Das Ost-West-Gefälle spiegelt sich übrigens im Image der Jugend bei der Gesamtbevölkerung wieder: Zu den typischen Eigenschaften der heutigen Jugend zählen 11% der Ostdeutschen die Gewalttätigkeit, aber nur 4% der Westdeutschen[25].

Generell hat sich die Bandbreite des Zulässigen erheblich erweitert. „Die Scheu vor der vorbehaltlosen, nicht stets die Ausnahme einbeziehenden Anerkennung von Normen wird zunehmend das hervorstechende Charakteristikum der modernen Moral“[26]. Der „Abschied vom Prinzipiellen“ (*Odo Marquard*) geht mit einer Art „situativer Ethik“ einher, nach der alles von den „gegebenen Umständen“ abhängt und nichts als unbedingtes Gebot und Verbot immer und überall gilt. Weniger als ein Fünftel der Jugendlichen anerkennen noch „klare Maßstäbe für gut und böse“. Ethisches Handeln reduziert sich weitgehend auf ein Bestehen können vor sich selbst oder auf ein Wohlfühlen in der eigenen Haut, nach dem Motto: „Wenn es Dir gut damit geht, ist es o.k.“.

6. „Mein Wohl“ statt Gemeinwohl: Das Ende der partizipatorischen Illusion

Eine an objektiven Maßstäben zu orientierende Ethik wird - transformiert durch den großen „Weichmacher“ des Subjektivismus - vom Interesse verdrängt, entsprechend den Denkschemata von Marxismus-Leninismus und Kapitalismus. Die Engagementform der Selbsthilfegruppen - vereint durch gemeinsame Interessen - löst die uneigennützige Hilfe für die „ganz anderen“ ab. Und: „was der Staat macht, interessiert mich nur, wenn es mich betrifft“ (37%) oder „ist mir egal“ (9%)[27]. An die Stelle von Gemeinwohl ist „mein Wohl“ getreten. Auf die Frage: „Warum sind Sie auf der Welt?“, optierte 1994 die absolute Mehrheit (53%) der unter 30jährigen für die hedonistische Antwort: „Ich möchte das Leben genießen.“ Nur jeder Neunte meinte dagegen: „Ich bin auf der Welt, um etwas Gutes zu tun“[28]. Der Anteil der jungen Deutschen, die laut Allensbach das Leben als „eine Aufgabe“ betrachten, halbierte sich seit 1956 von 52 auf 27 Prozent, während die Option: „das Leben genießen und sich nicht mehr abmühen als nötig“ von 30 auf 51 Prozent an Zustimmung gewann. Entsprechend schätzen sich auch nur noch 8% als „gesellschaftlich/sozial stark engagiert“ ein[29], 60% bescheinigen sich selbst ein zu geringes Engagement[30]. Der Unverbindlichkeit einer individualistischen Jugendkultur entspricht die Verweigerung des dauerhaften Gestaltungsengagements zugunsten eines spontanen Verhinderungsengagements. Aktive, kontinuierliche Mitarbeit in Parteien spielt im potentiellen Verhaltensrepertoire nur eine geringe Rolle: Die erklärte Bereitschaft liegt bei 20%, die tatsächliche Mitwirkung - nach der Shell-Jugendstudie 2000 - bei unter 2%[31]. Aber auch der von 43% der jungen Deutschen geäußerten Bereitschaft, in einer Bürgerinitiative mitzuarbeiten, steht ein tatsächliches Engagement von weniger als 5% gegenüber. Die partizipatorische Illusion der 68er ist damit ad absurdum geführt. *Jochen Buchsteiner* brachte das Profil der deutschen Jugend in der „Zeit“ auf den Punkt: „Statt Standpunkte zu beziehen, schlendern sie ziellos herum; statt Visionen entwickeln sie Urlaubsphotos. Rückgrat zeigen sie nur im Fitnessraum“[32].

Erfolgreicher war die 68er-Ideologie dagegen mit ihrer teilweise zur Entlarvungsmanie gesteigerten Hermeneutik der Verdächtigung gegenüber den staatlichen Institutionen. Der kontinuierliche Vertrauensschwund in der

Gesamtbevölkerung ist auf stark unterdurchschnittliche Werte bei den 18-49jährigen zurückzuführen; dabei nimmt mit steigender formaler Bildung und längerer Verweildauer in den „erfahrungsverdünnten Räumen“[33] höherer Schulen und Universitäten das Vertrauen in die verfassungsmäßig legitimierten Institutionen und der Regelgehorsam gegenüber staatlichen Normen keineswegs zu[34]. Die Verweigerung einer investiven oder zumindest affirmativen Einstellung gegenüber den Einrichtungen des Staates schließt aber eine konsumtive Anspruchshaltung nicht aus. Forderungen an den Staat, mehr für die Jugend zu tun, finden eine Dreiviertelmehrheit; nur jeder Zehnte ist hier mit den Leistungen des Wohlfahrtsstaats Bundesrepublik zufrieden[35]. Besonders die ostdeutschen und die weiblichen Befragten zeigen sich stark auf den Staat fixiert[36].

7. Politisches Desinteresse und Parteienverdrossenheit

Bei der Dringlichkeit der zu bewältigenden politischen Probleme haben die Arbeitslosigkeit (76% „besonders wichtig“), die Ausbildungssituation (56%) und die Kriminalität (51%) dem Umweltschutz (37%) längst den Rang abgelaufen[37]. Bei der Lösung der „wichtigsten Probleme in den nächsten zehn Jahren“ trauen die Jugendlichen (14-24jährige) Wissenschaft und Technik, Wirtschaftsunternehmen und Bürgerinitiativen weit mehr Kompetenz zu als den Parteien[38]. Als kompetenteste Partei galt den jungen Menschen im Frühjahr 1999 die Union (32%) vor der SPD (24%) und den Grünen mit 6%. Von der rot-grünen Bundesregierung hatten nur 25 Prozent im Westen und 16 Prozent im Osten Deutschlands einen „guten Eindruck“[39].

Die politische Sympathie galt schon vor der Spendenaffäre der CDU mehrheitlich den Parteien der Linken (SPD 41%, Grüne 13%, PDS 4%); etwas mehr als jeder dritte Jugendliche stand der CDU/CSU (36%) nahe, die FDP rangierte wie die Rechtsradikalen bei etwa 2-3%[40]. Die Grünen werden als Umweltpartei ohne Kompetenz für das Materielle wahrgenommen und sitzen angesichts eines starken Rückgangs der Atomkraftgegner sowie gewachsener Technikfreundlichkeit auf dem absteigenden Ast. Nach der Shell-Jugendstudie 2000 liegen die großen Volksparteien zwar etwa gleichauf, doch die CDU verfügt über deutlich mehr Parteimitglieder unter 40 Jahren (30%) als die SPD (21%) und stellte in der letzten Legislaturperiode auch mehr jüngere Bundestagsabgeordnete (unter 45 Jahren: CDU 22%, SPD: 14%)[41].

Der Anteil der 18-29jährigen ohne Parteipräferenz (etwa ein Drittel) und der Wechselwähler (zwei Drittel) hat stark zugenommen; zwischen 1995 und 1996 änderten beispielsweise 41 Prozent der jungen Deutschen ihre Parteipräferenz[42]. Das liegt schon daran, daß die Parteien wenig differenziert wahrgenommen werden; seit *Schröder* und *Fischer* in den Balkankrieg zogen, *Trittin* sein Veto gegen die europäische Altautoverordnung legte, *Schily* das Asylrecht verschärfen will, *Eichel* schärfer spart als *Waigel* und *Riester* die Renten kürzen will und die CDU dagegen mobilisiert, *Rüttgers* die Gesamtschulen erhalten und die Junge Union nichteheliche Partnerschaften schützen will, scheinen die Parteiprofile vollends in Auflösung begriffen.

Politiker sind für 54 Prozent der Jugendlichen „out“, unterboten nur noch von Kirche (77%) und Tanzkursen (61%)[43]. Eine Zweidrittelmehrheit meint, „keinen fähigen Politiker“ zu kennen[44]. Vor die Wahl gestellt, wem die Jugendlichen lieber mal eine Woche über die Schulter schauen würden, einem Unternehmer oder einem Politiker, entscheiden sich 44% für den Unternehmer und 28 Prozent für den Politiker (22%: „keinem von beiden“); daß man viel leisten müsse und vor hohe Anforderungen gestellt sei, vermuten über 60% der jungen Deutschen von einem Job in der Wirtschaft, aber nicht einmal 30% von einer Tätigkeit in der Politik[45]. Das Wirtschaftssystem wird inzwischen besser beurteilt (40% „gut“, 24% „nicht gut“) als das politische System der Bundesrepublik Deutschland (34% „gut“, 37% „nicht gut“)[46]. Bei den vertrauenswürdigen Institutionen, unter die 1999

beispielsweise Greenpeace zu 54%, Amnesty International zu 44% und die Polizei zu 36% gezählt werden, landen Politiker mit 6% und Parteien mit 3% ganz hinten[47].

Politik gilt den meisten Jugendlichen als trocken, langweilig, komplex, abstrakt, mit viel unnötigem Streit befrachtet und geringen Chancen, eigene Ideen zu verwirklichen. Der Anteil politisch interessierter Jugendlicher (unter 24jährige) hat in den letzten zehn Jahren von 44 auf 33 Prozent abgenommen, wohingegen sich heute 52% der gesamten Bevölkerung für Politik interessieren, 7 Prozent mehr als vor 10 Jahren[48]. Entsprechend unterdurchschnittlich ist die Wahlbeteiligung der Jugendlichen. Die Senkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen von 18 auf 16 Jahre wird von den 16 bis 17jährigen selbst nur mit knapper Mehrheit (55 zu 45 Prozent) befürwortet; für Landtagswahlen (46 zu 54%) und Bundestagswahlen (41 zu 59%) wird sie abgelehnt; von den jungen Erwachsenen zwischen 18 und 24 wird die Senkung des Wahlalters generell abgelehnt: für Kommunalwahlen mit 55 zu 44%, für Landtagswahlen mit Zweidrittelmehrheit (65:35) und für Bundestagswahlen mit 71 zu 29%[49].

Und das, obwohl die wachsende Wählermasse der älteren Generation handfeste Interessen der jungen Leute gefährdet. Beispiel: Die „Rente mit 60"-Diskussion. Selbst der als Oppositionsblatt unverdächtige Stern kommentierte: „Da müssen doch Scharen verwirrter junger Jobeinsteiger E-Mails mit wütenden Fragen an das Kanzleramt schicken: Hat nicht Gerhard Schröder vor zwei Wochen auf dem Gewerkschaftstag verkündet, die Rente mit 60 sei unbezahlbar? Wieso sagt sein Minister ein paar Tage später, der Zwickel-Plan sei richtig? Glaubt ihr eigentlich immer noch, dass ein Rentner mehr einen Arbeitslosen weniger bedeutet? Wieso soll ich in diesen komischen Tariffonds einzahlen, obwohl der Riester mich aufgefordert hat, jetzt schon jeden Monat Geld für meine private Altersvorsorge abzuzwacken? Wolltet ihr nicht die Lohnnebenkosten senken, anstatt neue Abgaben zu erfinden? Glaubt ihr, dass ihr mit dieser Symbol-Politik, erdacht und gemacht für weißhaarige Wähler, junge Leute für die SPD oder die Gewerkschaften gewinnen könnt? Laufen eigentlich alle Politiker nur noch mit einem Flaggensatz auf dem Spielfeld hin und her, um ja im richtigen Moment auf der richtigen Seite ihre Fahne zu schwenken? Sind die Politiker-Meinungen nur noch Wegwerfprodukte, deren Halbwertzeit gerade mal bis zur nächsten Nachrichtensendung reicht?"[50].

Auf die politische Systemzufriedenheit ist die Parteienverdrossenheit bislang (noch) nicht sehr stark durchgeschlagen, denn für die Mehrheit der jungen Deutschen (unter 30 Jahren) ist unsere demokratische Gesellschaftsordnung es „wert, verteidigt zu werden"[51] - allerdings bei sinkender Tendenz und gefährlicher Entfremdung unter arbeitslosen Jugendlichen, die überdurchschnittlich zu den rechtsradikalen Parteien und zur PDS tendieren. Beim Nationalgefühl unterscheiden sich West- und Ostdeutsche stark: von den 14-27jährigen in den alten Bundesländern ist nur jeder zweite „stolz darauf, Deutscher zu sein", in den neuen Ländern aber eine Zweidrittelmehrheit. Dort geht das ausgeprägtere Nationalgefühl auch mit einer distanzierteren Haltung gegenüber Ausländern einher: 23% der jungen Ostdeutschen gegenüber nur 7% der jungen Westdeutschen erklären: „Ich mag Ausländer nicht besonders"[52].

8. Ist mit der Jugend Staat zu machen? - Wider die beflissene Selbstkritik der Politik

Von Pessimismus im Hinblick auf ihre persönliche Zukunft zeigt sich Deutschlands Jugend nicht angekränkelt. Auf die engagierten Optimisten der frühen 70er Jahre und die engagierten Pessimisten der „No-Future"-Generation der frühen 80er Jahre ist spätestens mit Beginn der 90er Jahre eine „Go-Future"-Generation der relativ unengagierten Optimisten[53] gefolgt, die mit ihrem Leben zufrieden sind[54], „eher zuversichtlich" statt „düster" in ihre persönliche Zukunft schauen und sich selbst zu 84% als „Optimisten" bezeichnen. Doch dieses

Meinungsbild muß nuanciert werden. Wenn jeder Vierte in den alten und jeder Dritte in den neuen Bundesländern „eine schwere Krise“ unserer Gesellschaft konstatiert oder unsere Gesellschaft gar „auf eine Katastrophe“ zusteuern sieht (West: 8%, Ost: 7%), dann besteht zum Überschwang offenbar kein Anlaß[55]. Die Generation der „89er“ (*Claus Leggewie*) ist eben auch eine skeptische, nüchtern kalkulierende Jugend, obgleich der von ihren engagiert-pessimistischen Vorläufern in den frühen 80er Jahren beschworene Weltuntergang einstweilen abgesagt werden mußte.

Ob sie die grundgesetzliche Demokratie, die von ihren Großeltern „in Verantwortung vor Gott und den Menschen“ gegründet wurde, bewahren, gegen innere und äußere Feinde verteidigen und mit Vitalität und Humanität erfüllen kann, mag bezweifeln, wer glaubt, daß ein Rechtsstaat letzten Endes auf klare Maßstäbe für gut und böse angewiesen ist, die ihre volle Geltungskraft nur aus einer transzendenten Rückbindung gewinnen können.

Alle bekundete Demokratiebejahung, Gewaltablehnung, Ausländer- und sonstige Menschenfreundlichkeit nützt wenig, wenn Sie nicht kognitiv wie emotional tief begründet ist. „Ein naives Bewußtsein ist ausreichend, solange Windstille herrscht. Stellen die Stürme der Zeit es jedoch in Frage, dann erweist es sich als hilflos gegenüber dem Ansturm der Dissidenten, weil es in sich nicht gefestigt ist“[56]. Solche Stürme blieben der Bundesrepublik bisher erspart. *Wolfgang Schäuble* meint: „Vor die existentielle Notwendigkeit, sich zusammenzureißen, sich aufzurappeln, sahen sich die Deutschen zuletzt nach dem Krieg gestellt, als es galt, daß Land nach der völligen Zerstörung mit vereinten Kräften wieder aufzubauen“; den folgenden Generationen „ging es so gut, daß sie kaum Widerstände zu überwinden hatten, sich kaum gegen etwas durchsetzen mußten. Wenn man sich vergegenwärtigt, was Leute in früheren Zeiten geleistet haben, unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen, was sie und wogegen sie sich durchsetzen mußten, dann kommen wir um das Eingeständnis nicht herum: dagegen sind wir arme Würstchen. Wer könnte denn heute etwa die Kraft eines *Dietrich Bonhoeffer* oder Graf Stauffenberg aufbringen?“[57]. Apropos *Schäuble*. Eine deutsche Szene im Herbst 1997: Der CDU-Politiker trifft eine Hundertschaft Schülerzeitungsredakteure, die auf Einladung der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach Bonn gekommen sind. Einer, der demnächst sein „Reifezeugnis“ erhalten soll, lehnt sich lässig zurück und fragt den Spitzenpolitiker (der sich anderthalb Stunden Zeit für die Gruppe nimmt): „Was wollen Sie tun, um mich im nächsten Jahr zur Wahl zu kriegen?“ *Schäuble* antwortet sachlich kühl: „Sie tun mir keinen Gefallen, wenn Sie zur Wahl gehen, sondern sich selbst. Sie regeln Ihre eigenen Angelegenheiten“.

Mit einer Abfuhr hatte diese acht Jahre lang gehegte Blüte einer höheren Bildungseinrichtung der Bundesrepublik Deutschland offenbar nicht gerechnet. Statt einer beflissen werbenden Aufzählung von familien-, jugend-, bildungs-, sozial- und wirtschaftspolitischen Leistungen und Vorhaben der CDU/CSU ein Rückverweis auf die eigene Freiheit und Verantwortung! Das paßt so gar nicht in die gewohnte Übung der Parteien, die „Menschen“ (klingt empathischer als „Bürger“ und erspart die weibliche Verdoppelung) und insbesondere die „jungen Menschen“, weil sie ja Zukunft sind, zu umwerben, vor Verständnis für ihre wechselnde Gemütsverfassung zu strotzen und nach den Wahlen artig für ihre Stimme zu danken oder bei Liebesentzug an der Urne in Sack und Asche zu gehen, nach dem Motto: Die Menschen haben immer Recht. So kann sich mit der Zeit leicht der Eindruck verbreiten, die Bringschuld für die Wahrnehmung staatsbürgerlicher Verantwortung liege nicht etwa bei den Staatsbürgern, sondern beim Animationsteam auf der politischen Bühne. Eben wie man’s in der Schulpädagogik gelernt hat: „Herr Lehrer, motivieren Sie mich mal, sonst mache ich nicht mit!“

Konrad Adam hat die ganz Misere der Politik(er)verdrossenheit auf den Nenner gebracht: „Vor vielen Jahren konnte man Politiker in Rage bringen, wenn man über ihren Köpfen ein Plakat mit dem Slogan entrollte: ‚Diese Idioten regieren uns'. Heute würden sie ihre Betroffenheit signalisieren und versichern, die Botschaft sei angekommen"[58]. Oder sie schlagen sich selbst, wie *Richard von Weizsäcker* oder *Regine Hildebrand*, auf die Seite der Verdrossenheit - entsprechend *Odo Marquards* Wort von dem „Tribunal, dem man entkommt, indem man es wird". Man könnte auch sagen, solcher moralisierender Opportunismus mache von einer Art Kronzeugenregelung Gebrauch. Besonders gefährlich ist es, wenn Politiker dabei auch noch eine radikalisierte Sprache verwenden: Begriffe wie „verkommene Republik", „Flaschen" im Parlament, „Raubzug" durch den Sozialstaat oder Appelle gegen die „Gewalt der Armut" verschaffen womöglich sogar zur „Gegengewalt" tendierendem Ressentiment gegen demokratische Politik die Legitimation. Politiker betätigen sich als Brandstifter statt als Problemlöser.

9. Verständnissüchtige Sozialforscher ohne Politikbegriff

Das gute Gewissen für die politische Passivität der Jugendlichen (bei gleichzeitiger Aggressivität des Urteils über Politiker) liefern manche „Jugendforscher". So kam die Shell-Jugendstudie 1997 zu dem Schluß: „Jugendliche sind zwar durchaus engagementbereit. Aber die Strukturen und Akteure des politischen Systems sowie die darin gegebenen Möglichkeiten scheinen ihnen offenkundig nicht geeignet, um ein für sie befriedigendes Ergebnis erwarten zu lassen"[59]; die Bereitschaft zum Engagement setze voraus, „daß die Jugendlichen von dessen Wirksamkeit überzeugt sind" und „das Ziel in angemessener Form erreicht werden" kann[60]. Mit anderen Worten: Unsere parlamentarische Parteiendemokratie genügt den hohen Ansprüchen der jungen Damen und Herren nicht. Sie verlangen möglichst schnelle, „befriedigende" Ergebnisse zu sehen, die ihrer Überzeugungsegozentrik genüge tun, sonst ziehen sie sich in den Schmollwinkel der „Ohnmacht und des Ausgeliefertsein gegenüber der Politik"[61] zurück. Daß Politik aber „ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich"[62] ist, haben sie im Sozialkundeunterricht offenbar nicht gelernt. Monatelange, jahrelange Mitarbeit in demokratischen Institutionen und Suche nach Verbündeten und Kompromissen mit Gegnern - bei ungewissem Erfolg - ist ihr Ding nicht. Lieber einen Nachmittag Lichterkette oder ein medienwirksames Go-In mit Sitzblockade.

Spontanes Verhinderungsengagement statt dauerhaftes Gestaltungsengagement - die Shell-Jugendstudie verschleiert die Unterschiede. „Jugendliche betätigen sich nicht weniger als früher in der Politik, aber weniger langfristig und projektgebundener, etwa gegen die Schließung eines Schwimmbads"[63] (also: wenn es um eigene Interessen geht) oder in Selbsthilfegruppen (also: wenn es um die gemeinsamen eigenen Interessen geht). Wo aber bleiben das uneigennützige Engagement für andere Menschen in Not und das Interesse für die Koordination und Lenkung des Ganzen, der Dienst am Gemeinwohl? Beides scheitert allzu oft am Zeitgeist-Kriterium par excellence: „Was bringt mir das?" Gibt das genügend „fun"? Sogar das „Mittelstandsmagazin" der CDU fragt mit dem typischen Shellstudien-Jugendlichen: „Warum sollte ein ganz normaler Mensch sich freiwillig für etwas einsetzen, was ihm keinen Spaß macht?" und findet das auch noch „menschlich und ganz normal"[64]. Man will halt auch jugendfreundlich sein. Da sprach Bundeskanzler *Kohl* eine andere Sprache: „Die Freizeit, die Selbstverwirklichung ist ein neuer Gott geworden für viele"[65], kritisierte er die versiegende Quantität und Qualität des politischen Nachwuchses.

Schließlich stoßen sich die Jugendlichen an der „Ästhetik" des Politischen, etwa an der Art des ritualisierten Schlagabtausches im Parlament. Eine alte deutsche Krankheit: „Politisch Lied, ein garstig Lied", Ekel vor dem Parteiengezänk. Die ästhetische Perspektive wiegt um so schwerer, als die früher vorherrschenden

ethisch-sozialen Leitbilder der Jugend längst von ästhetisch-psychologischen abgelöst worden sind. Akzeptiert wird, was und wer sich rollen- und reaktionssicher, nervenstark, locker und kühl - eben „cool“ - darzustellen versteht. Politik ist aber schrecklich „uncool“: Nicht einmal jeder Fünfte (19%) findet es cool, „politisch aktiv zu sein“; Zungenpiercing (34%), die Harald-Schmidt-Show (42%) und „Markenklamotten tragen“ (47%) ist wesentlich cooler[66]. Dagegen ist auch mit „Schnuppermitgliedschaften“ und ähnlichen Mätzchen nichts zu machen. Politik läßt sich nicht beliebig umgestalten. Zumindest überwiegen ihre unveränderlichen Themen, Regeln und Stilelemente die veränderlichen. Für eine ganz andere Form von Politik - ohne die „unästhetischen“ Begleiterscheinungen - müßte man erst den ganz anderen Menschen schaffen.

Hier liegt auch die Crux einer empirischen Sozialforschung, die ein falsches oder gar kein politik- und staatswissenschaftliches Koordinatensystem und erst recht kein realistisches Menschenbild hat. Sie vermag ihre Ergebnisse nicht korrekt einzuordnen und bleibt in wirklichkeitsfremder Erbsenzählerei stecken. Ihren methodischen Offenbarungseid leisteten die Shell-Jugendforscher mit dem Bekenntnis: „Es wurde vermieden, vorab zu definieren und festzulegen, was unter gesellschaftlichem oder politischem Engagement zu verstehen sei, wer als engagiert oder desengagiert zu gelten habe (...). Vielmehr sollten die Jugendlichen größtmögliche Chancen haben, ihr Verständnis selber zu äußern“[67]. Man will also Einstellungen zur Politik untersuchen, ohne einen Begriff von Politik zugrunde zu legen. Dabei kommt dann heraus: „Nicht die Jugendlichen sind an Politik desinteressiert, sondern sie unterstellen im Gegenteil, daß die Politik an ihnen nicht interessiert ist. Nicht die Politikverdrossenheit der Jugend, sondern die Jugendverdrossenheit der Politik wird hier zum Thema“[68]. Alles klar? So schnell ist der Spieß herumgedreht. Wenn die Ideen (von Politik) nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmen: Pech für die Wirklichkeit!

10. Pflichtenethos: Fundament des Gemeinwohls und Quelle persönlichen Glücks

Auch wenn es altmodisch klingt: Wer den Trend zum deutschen „Ohne-Michel“ umkehren will, der kommt wohl um eine Rückbesinnung auf das staatsbürgerliche Pflichtenethos nicht herum. Seine geistigen Kraftquellen in Europa liegen vor allem im Christentum mit seinem Auftrag zu „bescheidener Weltverbesserung“[69] in der Bewährung vor Gott, aber auch in der aufklärerischen Vision des Bürgers als *citoyen*, der die Sache des Staates zu seiner eigenen Sache macht, statt sich als *bourgeois* in bloß private Sorgen einzuspinnen und dabei die Grundlagen seiner Freiheit aus dem Auge zu verlieren. Christliche und aufgeklärte Staatsideen lehren, daß die Verwirklichung von Werten Voraussetzungen hat: die Akzeptanz von Normen und Institutionen und die Aneignung - das heißt vor allem: Anerziehung - von Tugenden. Und dazu gehören eben auch Bürgertugenden wie Selbstdisziplin und Opferbereitschaft, Fleiß und Ordnungsliebe, Treue, Pietät und Respekt vor Autorität, Bereitschaft zum Dienen und zum Amt. Ohne sie ist kein Staat zu machen. Das hat inzwischen sogar *Oskar Lafontaine* erkannt, der einige der 1982 von ihm geschmähten „Sekundärtugenden“ fünfzehn Jahre später auf dem „Innovationskongreß“ seiner Partei wieder gefordert hat, bevor diese in der Inszenierung seines Rücktritts zum Opfer der mangelnden Sekundärtugenden ihres Vorsitzenden wurde.

Eine neue Bereitschaft, sich den Mühen der Politik aus Verantwortungsbewußtsein zu unterziehen, mag kurzfristig weniger „Spaß“ bedeuten. *Hans Magnus Enzensberger* spricht in seinem lesenswerten Essay: „Erbarmen mit den Politikern. Eine Handreichung“[70] sogar vom Eintritt in die Politik als dem „Kuß des Todes“. Langfristige Untersuchungen der Glücksforschung zeigen aber: Menschliches Lebensglück und Zufriedenheit entstehen nicht durch die Verschonung von Problemen und Anstregungen,

sondern indem man diese meistert, sich mühevoll gegen Widerstände durchsetzt. Am Ende ziehen nicht die Vergnügungssüchtigen und Bequemen, sondern die Kämpfer und Gestalter das bessere Los. Der Einsatz für eine gute Sache, das Streiten für eigene Überzeugungen und die praktische Hilfe für schwächere Mitmenschen mögen kurzfristig lästig, zeitraubend und frustrierend erscheinen, können aber langfristig eine Quelle des Glücks, der Vitalität, der inneren Zufriedenheit und nicht zuletzt der Freundschaft werden. Eine Ahnung davon gilt es jungen Menschen zu vermitteln - am besten durch persönliches Vorbild.

Anmerkungen

* Redigierte und gekürzte Fassung eines Vortrags im Hessischen Landtag in Wiesbaden am 17.10.1999.

1) Alfred-Herrhausen-Gesellschaft für internationalen Dialog: Jugend und Gesellschaft. Ergebnisse einer Erhebung unter Jugendlichen im Alter von 14 bis 24 Jahren, Frankfurt am Main 1994, 9 (infas-Institut).

2) So der Titel eines Beitrags von Jürgen Em, in: Der Arbeitgeber 21/1995 (47. Jg.), 744-750.

3) Institut für empirische Psychologie (Hg.): „Wir sind o.k.!“ Stimmungen, Einstellungen, Orientierungen der Jugend in den neunziger Jahren. Die IBM-Jugendstudie, Köln 1995.

4) Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher: Die verletzte Nation. Über den Versuch der Deutschen, ihren Charakter zu ändern, Stuttgart 1987.

5) Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage Nr. 5092 (Februar 1994): Westdeutsche: 24%, Ostdeutsche: 17%.

6) Walter Tacke: Die Jugend gibt es weder national noch international, in: Umfrage & Analyse 3-4/1999 (Emnid), 29-39, 38.

7) Gerhard Schmidtchen: Ethik und Protest. Moralbilder und Wertkonflikte junger Menschen. Mit Kommentaren von Lothar Roos und Manfred Seitz, Opladen 1992.

8) Lothar Roos: Wertüberzeugungen und Wertkonflikte junger Menschen. Ergebnisse einer Strukturuntersuchung (Kirche und Gesellschaft, hg. von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach, Nr. 196), Köln 1993, 6.

9) Interview in: Die Welt vom 12.9.1994.

10) Heidi Busch: Eine neue Wertedebatte. Die parteiübergreifende „Werteinitiative 93“, in: Gesellschaftspolitische Kommentare 12/1993 (34. Jg.), 365 f.

11) Zitat n. Herbert Reul: Gewalt unter Jugendlichen. Das Scheitern der antiautoritären Erziehungsideologie, in: Die Welt vom 20.4.1993, 7.

12) Siehe FAZ vom 14. und 15.4.1994.

13) Hamburg 1992, 191.

14) Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage Nr. 5087 (November 1993).

15) Andreas Püttmann: Ziviler Ungehorsam und christliche Bürgerloyalität. Konfession und Staatsgesinnung in der Demokratie des Grundgesetzes, Paderborn u.a. 1994, bes. 251 ff; Bernhard Grom: Soziales Engagement und Konfessionsverbundenheit. Was neuere Umfragen lehren, in: FAZ vom 22.6.1994, 8.

16) Schmidtchen, Ethik und Protest, 171.

17) Allensbacher Archiv: IfD-Bericht Nr. 3728: Weitergabe des Glauben Einflüsse auf die Tradierungschancen des Glaubens in der Familie, Allensbach 1988, 38.

18) Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage Nr. 5066 vom Juni 1992 (nur Westdeutsche).

19) Roos, Wertüberzeugungen, 295f.

20) Vgl. Andreas Püttmann: Leben Christen anders? Befunde der empirischen Sozialforschung (Kirche und Gesellschaft, hg. von der KSZ, Nr. 248), Köln 1998.

21) Beate Schneider/Klaus Schönbach/Dieter Stürzebecher: Journalisten im vereinigten Deutschland. Strukturen, Arbeitsweisen und Einstellungen im Ost-West-Vergleich, in: Publizistik 3/1993 (38. Jg.), 353-382, hier 375.

22) Meredith W. Watts: Politische Beteiligung außerhalb der Institutionen, in: Rainer K. Silbereisen/ Laszlo A. Vaskovic/Jürgen Zinnecker (Hg.): Jungsein in Deutschland. Jugendliche und junge Erwachsene 1991 und 1996, Opladen 1996, 105, 107.
23) Gerhard Schmidtchen: Wie weit ist der Weg nach Deutschland? Sozialpsychologie der Jugend in der postsozialistischen Welt, Opladen 1997.
24) Institut für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS): Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1995 in Deutschland. Ergebnisse jeweils einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in den alten und neuen Bundesländern, Mannheim 1995, 55ff.
25) Tacke, Die Jugend, 32.
26) Renate Köcher: Individuum gegen Gesellschaft, in: Die Polizei 2/1986, 53-58, hier 54.
27) Spiegel-Jugendumfrage 1994 (Emnid), in: Spiegel special 11/1994, 60-68, hier: 63.
28) Ebd., 60.
29) IBM-Studie, 66.
30) Helmut Jung: Ist mit unserer Jugend Staat zu machen? - Erkenntnisse aus einer Umfrage in Bayern, in: Mit der Jugend Staat machen. Dokumentation eines Expertengespräch Mit der INRA-Jugendstudie der Hanns-Seidel-Stiftung, München 1996, 12-27, hier: 23.
31) Arthur Fischer: Jugend und Politik, in: ders./Yvonne Fritzsche/Werner Fuchs-Heinritz (Hg.): Jugend 2000. 13. Shell-Jugendstudie, Bd. 1, Opladen 2000, 261-282, hier: 276; vgl. Helmut Schneider: Politische Partizipation - zwischen Krise und Wandel, in: Ursula Hoffmann-Lange (Hg.): Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI-Jugendsurvey I., Opladen 1995, 275-336, hier 304, 306.
32) Buchsteiner, Jochen: ... und kein bißchen bissig. Die Dreißigjährigen gelten als unpolitisch. Zu Recht. Das Erbe ihrer Väter läßt ihnen keine andere Wahl, in: Die Zeit 9/1997 vom 21.2.1997, 65.
33) Hermann Lübbe: Der Mythos der „kritischen Generation“. Ein Rückblick, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 20/1988 (38. Jg.), 17-25, hier: 20.
34) Siehe Gerhard Schmidtchen/Hans-Martin Uehlinger: Jugend und Staat. Übergänge von Bürger-Aktivität zu Illegalität. Eine empirische Untersuchung zur Sozialpsychologie der Demokratie, in: Ulrich Matz/Gerhard Schmidtchen: Gewalt und Legitimität (Analysen zum Terrorismus 4/1, hg. vom Bundesminister des Innern), Opladen 1983, 106-437, hier: 213 und 251, sowie den von Max Kaase und Friedhelm Neidhardt erstellten vierten Berichtband der „Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt“: Politische Gewalt und Repression. Ergebnisse von Bevölkerungsumfragen, Berlin 1990, 33. Die Gewaltkommission kritisierte, daß in Schulbüchern „die politische Gewaltproblematik insgesamt und auch die Frage der Definition von Gewalt teils überhaupt nicht, teils unzureichend und teils in problematischer Weise (im Sinne des Galtung’schen Konzeptes struktureller Gewalt) behandelt werden“ (Bd. II, 385).
35) IBM-Studie, 150.
36) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in den alten und neuen Bundesländern, durchgeführt vom Institut für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS), Mannheim 1995, 87.
37) Hervorragende Aussichten. Allensbacher Jugendstudie, in: Wirtschaftswoche 18/1999 vom 29.4.1999, 32-40, hier: 35.
38) Herrhausen-Gesellschaft (Infas): Jugend und Gesellschaft, 43.
39) Allensbacher Jugendstudie, in: Wirtschaftswoche 18/1999, 34.
40) Ebd.
41) WamS vom 29.3.1998, 6.
42) Gerd Hefler/Klaus Boehnke: CDU kontra Grün: Über den Einfluß von Sozialisationsbedingungen auf die Partizipationsbereitschaft und die Parteipräferenzen von Jugendlichen, in: Heiner Timmermann/Eva Wessela (Hg.): Jugendforschung in Deutschland. Eine Zwischenbilanz, Opladen 1999, 25-46, hier: 33.
43) Allensbacher Jugendstudie, in: Wirtschaftswoche 18/1999, 34.
44) IBM-Studie, 106f.

45) Allensbacher Jugendstudie, in: Wirtschaftswoche 18/1999, 34.
46) Ebd., 35.
47) Generation BRAVO, in: Umfrage & Analyse 5-6/1999 (Emnid), 25-29, hier: 28.
48) Allensbacher Jugendstudie, in: Wirtschaftswoche 18/1999, 34.
49) INRA-Repräsentativumfrage, in: Focus 31/1996 (29.7.1996), 35; vgl. Christian Palentien/Klaus Hurrelmann (Hg.): Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis. Mit Beiträgen von Rolf Oerter u.a., Neuwied 1997, bes. 238ff.
50) Andreas Petzold: Editorial, in: Stern 43/1999 (21.10.1999), 3.
51) Spiegel-Jugendumfrage 1994 (Emnid), in: Spiegel special 11/1994, 62.
52) IBM-Studie, 23.
53) Vgl. den Focus-Titel vom 15. Mai 1995 sowie den Sammelband: Informedia-Stiftung für Gesellschaftswissenschaften und Publizistik (Hg.): Go Future. Wir brauchen eine optimistische Generation, Köln 1995.
54) IPOS, Jugendliche und junge Erwachsene, 5.
55) Ebd., 91.
56) Rudolf Wassermann: Die Zuschauerdemokratie. München/Zürich 1989, 62.
57) Wolfgang Schäuble: Und der Zukunft zugewandt. Berlin 1994, 57.
58) FAZ vom 20.1.1997.
59) Arthur Fischer/Richard Münchmeier: Die gesellschaftliche Krise hat die Jugend erreicht. Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der 12. Shell Jugendstudie, in: Jugendwerk der deutschen Shell (Hg.): Jugend ’97. Zukunftsperspektiven, Gesellschaftliches Engagement, Politische Orientierungen, Opladen 1997, 11-23, hier: 19f.
60) Arthur Fischer: Engagement und Politik, in: Jugendwerk der deutschen Shell: Jugend ’97, 303-341, hier: 315 und 327.
61) Ebd., 316.
62) Max Weber: Politik als Beruf (1919), in: ders.: Gesammelte Politische Schriften, hg. von Johannes Winkelmann, 5. Aufl., Tübingen 1988, 505-560, hier: 560.
63) Heike Schmoll: Ist die Jugend politikverdrossen? Ein Streitgespräch über die Shell-Studie, in: FAZ vom 14.6.1997.
64) Ohne Spaß kein Engagement. Ergebnisse der 12. Shell-Jugendstudie, in: MIT 10/1997 (46. Jg.), 36.
65) Interview im Rheinischen Merkur vom 18.10.1996.
66) Allensbacher Jugendstudie, in: Wirtschaftswoche 18/1999, 34.
67) Fischer/Münchmeier: Zusammenfassung, a.a.O., 12.
68) Ebd., 17.
69) Karl Raimund Popper: Das Elend des Historizismus (Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften. Studien in den Grenzbereichen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Bd. 3), hg. von Erik Böttcher, 5., verb. Aufl., Tübingen 1979, VIII.
70) FAZ vom 5.9.1992.

Dr. phil. Andreas Püttmann, Bonn, ist Politikwissenschaftler und Referent für Begabtenförderung bei der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Harald Bergsdorf

Die „Republikaner“ und das „Dritte Reich“

Bei den letzten Wahlen haben rechtsextremistische Parteien, insbesondere auch die „Republikaner“ (REP), kaum Erfolge errungen. Was die Zukunft bringt, ist schwer vorauszusagen. Denn Prognosen haben den Nachteil, in die Zukunft gerichtet zu sein, wie bereits *Mark Twain* befand. Klar ist aber: Parteien wie die REP könnten künftig von bestimmten Bedingungen und Entwicklungen profitieren. Erstens bleiben Kriege etwa im Kosovo und damit möglicherweise auch größere Flüchtlingszahlen, die nach Frankreich bzw. Deutschland kommen, eine Herausforderung für die verfassungstreuen Parteien. Hier gilt es abzuwägen zwischen humanitären und rechtlichen Pflichten einerseits sowie der Aufnahmebereitschaft bzw. -fähigkeit der deutschen bzw. französischen Bevölkerung andererseits. Auch die Zuwanderung bleibt wohl vorerst eine Herausforderung für die deutsche und französische Politik ebenso wie der islamische Fundamentalismus. Diese Herausforderungen könnten das Agitationspotential der REP bzw. des FN mehren.

Zweitens verstärkt sich im Zuge von Europäisierung und Globalisierung die Komplexität der Politik, die von den Massenmedien, insbesondere vom Fernsehen, nur schwerlich adäquat vermittelbar ist. Insbesondere die anstehende Erweiterung der EU läßt einige Länder Mitteleuropas zwar nach Europa „zurückkehren“, erfordert aber eine stärkere Durchsetzung des Mehrheitsprinzips in der EU, will diese, zumal nach ihrer Erweiterung, handlungsfähig und damit glaubwürdig werden bzw. bleiben. Die große Frage, die sich hier stellt, lautet: Wie reagieren jene, die nun in politischen Entscheidungsprozessen auf EU-Ebene nicht von eigenen Landsleuten überstimmt werden, sondern sogar von Repräsentanten anderer Nationen? Hier droht eine Mehrung des Agitationspotentiales für Parteien wie die REP und den FN.

Drittens erfordert die vieldiskutierte Globalisierung, die in den letzten Jahren an Rasanz gewonnen hat und wahrscheinlich auch künftig gewinnen wird, weiteren Strukturwandel. Denn die Globalisierung verringert die Trenn-, aber auch Schutzwirkung von Grenzen - für Informationen, Kapital, Investitionen, Arbeit, Verkehrsströme und Waren. Damit verschärft die Globalisierung den weltweiten Wettbewerb letztlich um Wohlstand. Darauf müssen die verfassungstreuen Parteien und die Tarifpartner reagieren. Einerseits gilt es, die Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Volkswirtschaften, die kaum noch Nationalökonomien sind, permanent zu stärken. Andererseits ist dieser Wandel einfühlsam und wirksam zu begleiten, damit kein zusätzlich Agitationspotential gegen Fremde bzw. die verfassungstreuen Parteien wächst und keine weiteren subjektiven bzw. objektiven Modernisierungsopfer zu REP- bzw. FN-Wählern werden.

Es ist also erforderlich, die Agitation der Partei gründlich zu durchleuchten. Die Agitation der REP richtet sich vor allem gegen Ausländer und die „etablierten“ Parteien. Zudem verharmlosen die REP schwerpunktmäßig das „Dritte Reich“. Zwar bezeichnete *Schönhuber* 1994 das „Dritte Reich“ als „Unrechtsstaat“[1]. In der Agitation und im Programm der REP finden sich aber auch deutliche Tendenzen, das „Dritte Reich“ zu beschönigen. Daß *Hitler* Polen überfallen und den Zweiten Weltkrieg „entfesselt“ (*Walter Hofer*) hat und 6 Millionen Juden ermorden ließ, bezweifelt *Schönhuber* in perfider Art mit einer Frage: „Waren es sechs, vier, zwei Millionen oder gar ‚nur‘ dreihunderttausend tote Juden? Wer hat wann und wo zuerst geschossen? Solche Fragen müssen von den Historikern sicherlich gestellt und nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet werden.“[2] Bezeichnenderweise hatte auch *Hitler* selbst bekanntlich versucht, den Angriff als Notwehrmaßnahme zu stilisieren. *Schönhuber*, der bei den „Republikanern“ nach seinem Sturz 1994 wieder an Einfluß gewinnt, spricht hier bezeichnenderweise auch von toten statt ermordeten Juden.

Schönhuber erklärte bereits 1987, *Hitler* habe sich „schon sechs Jahre nach der Machtergreifung in einen Krieg treiben lassen“.[3] Damit ignoriert bzw. negiert *Schönhuber* in einer geradezu klassischen, für rechtsextremistische Politiker in Deutschland seit 1945 charakteristischen Weise, daß *Hitler* den Zweiten Weltkrieg „entfesselt“ hat. Daran gibt es keinen begründeten Zweifel. *Hitler* wollte vor allem - nach den Erfahrungen im Ersten Weltkrieg[4] - im Zweiten Weltkrieges einen Zweifrontenkrieg möglichst vermeiden. *Stalin* hat zwar mit dem *Hitler-Stalin*-Pakt dem Diktator *Hitler* für einige Monate die bevorzugte Rückenfreiheit auch verschafft, wobei der sowjetische Diktator meinte, *Hitlers* Krieg im Westen werde ähnlich wie der Erste Weltkrieg lange dauern. Im „Geheimen Zusatzprotokoll“ des Nichtangriffspaktes vereinbarten beide Diktatoren auch, wie heute bekannt ist, territoriale Landnahmen ihrer Länder in Osteuropa. Der Diktator *Stalin* hatte vor allem kein Interesse daran, den Krieg zu verhindern.[5] So galt seit dem 1. September 1939: „Die ‚imperialistischen‘ Staaten lagen nunmehr miteinander im Krieg, und die Sowjetunion konnte die Entwicklung als tertius gaudens abwarten.“[6] Auch haben lethargische Tendenzen in der Politik der Westmächte *Hitlers* Kriegskurs begünstigt.[7]

Keineswegs aber wurde *Hitler* in den Krieg getrieben. Festgeschrieben waren vielmehr seit den 1920er Jahren in „Mein Kampf“, dem „wohl am wenigsten gelesenen Bestseller“,[8] seine beiden Hauptziele: „Lebensraum“ im Osten und Lösung der „Judenfrage“.[9] Der letztlich beinahe bedingungslosen Durchsetzung dieser beiden Hauptziele sollte der Zweite Weltkrieg dienen.[10] Wer an derartiges erinnert, wird von Funktionären der REP gerne als „Nestbeschmutzer“[11] betitelt. Über das zwar nicht nationalsozialistische, aber immerhin faschistische Italien der 20er Jahre[12] befand *Schönhuber* beschönigend: „Ich würde mich heute nicht scheuen, zu sagen, daß ich in diesem Modell, dem faschistischen Modell der Jahre 1926 bis 1930, durchaus positive Ansätze sehe.“[13] In Anspielung auf *Mussolinis* Marsch auf Rom von 1922 und *Hitlers* Marsch von 1923, womit *Hitler Mussolini* imitierte, erklärte *Schönhuber* seinerseits 1992 nach dem Wahlerfolg der REP in Baden-Württemberg vor ausländischen Journalisten: „Dies ist der Beginn eines neuen rechten Marsches in Deutschland.“[14] *Mussolini* habe, so *Schönhuber*, ohnehin lediglich „ein paar Mafiosi auf eine Insel verbannt, aber nicht ganze Bevölkerungsteile terrorisiert“.[15] Immerhin war der italienische Faschismus auch *Hitlers* Vorbild.[16] *Neubauer* berichtete im übrigen, nach der Konsumierung mehrerer Gläser Rotweins habe *Schönhuber* als Parteichef zeitweilig gerne „Führerhauptquartier“ gespielt, seine Parteifreunde mit „*Goebbels*“, „*Keitel*“, „*Himmler*“, „*Jodl*“ bzw. „*Bormann*“ angesprochen und sein Haus am Tegernsee als „Berghof am Obersalzberg“ bezeichnet.[17]

Insbesondere leugnen Funktionäre der REP die besondere Verantwortung Deutschlands - statt Kollektivschuld, die es keinesfalls geben kann - gegenüber den Juden. Mehr noch erklangen sogar klar judenfeindliche Äußerungen von Spitzenfunktionären der REP. *Schönhuber* selbst äußerte 1994: „Wenn ich wüßte, daß wirklich 20% des deutschen Volkes Antisemiten sind, und wenn ich wüßte, daß uns 5% davon wählen werden, dann könnten wir in der Judenfrage schärfer rangehen. Denn die Juden sind wirklich Stinker.“[18] Nebenbei zeigt sich hier in geradezu klassischer Weise der Populismus *Schönhubers*. Andererseits distanzierte und distanziert sich die Partei formal von Judenfeindschaft.[19] Jedoch agitieren Funktionäre der Partei gegen eine „jüdische Indoktrination“.[20] Der Zentralrat der Juden in Deutschland wird als „fünfte Besatzungsmacht“[21] diffamiert. Zudem insinuieren die REP, Juden wären in Deutschland notorische Gesetzesbrecher: „Wer als Jude in diesem Land lebt, muß sich auch unseren Gesetzen unterwerfen.“[22] Außerdem unterstellt *Schönhuber:* „Wer in die politische Arena geht, darf keine Sonderrechte beanspruchen...“[23] Im übrigen fordert die Partei, um von Verbrechen des „Dritten Reiches“ abzulenken und

Forderungen nach einem Holocaust-Denkmal zu konterkarieren, ein Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Diktatur[24] - ohne anzumerken, daß ein solches in Berlin bereits existiert.

Seine judenfeindlichen Äußerungen suchte *Schönhuber* mit Äußerungen abzuschwächen, er schätze beispielsweise die Musik des ohnehin verstorbenen Komponisten *Mendelssohn* und Gemälde des ebenfalls schon verstorbenen Malers *Chagall,* die beide Juden waren. Im übrigen sei seine erste Ehefrau eine Jüdin gewesen. Daher wäre die gemeinsame Tochter aus dieser Ehe nach den Nürnberger Rassegesetzen als „lebensunwertes Leben" bezeichnet worden.[25] Außerdem werde er von „Ultra-Nationalisten" wegen seiner Ehe mit einer „Halbjüdin" verbal attackiert und der „Rassenschande" sowie der Teilnahme an einer „Weltverschwörung" bezichtigt.[26] Nebenbei versucht *Schönhuber* hier, einen Gegensatz zu konstruieren zwischen seiner Agitation und der Agitation von „Ultra-Nationalisten". Auch um von seinen judenfeindlichen Äußerungen abzulenken, verwies *Schönhuber* auf seinen bayerischen Verdienstorden[27] und warnte vor einem angeblich übersteigerten Philosemitismus: „Es geht nicht an, daß jeder Deutsche so tut, als hätte er schon von Kindesbeinen an Juden versteckt ..."[28] *Schönhuber* bekundet zudem seine Sympathien für den jüdischen Satiriker *Kishon,* „der sich im WDR klipp und klar dagegen wandte, unsere Partei und mich als Braune zu stigmatisieren."[29] Im übrigen wirke *Hans Hirzel,* angeblich einst Mitglied der „Weißen Rose",[30] als Spitzenfunktionär der REP.[31] Kaum aufwiegen lassen sich judenfeindliche Äußerungen *Schönhubers* auch durch „gelegentliche Respektbekundungen für dezidiert deutsch-nationale oder ausgeprägt philogermanische ausländische Juden."[32] Denn *Schönhuber* bekundete eben auch: „Ich mag Herrn *Galinski* nicht mögen müssen",[33] als ob er - von wem? - gezwungen werde, *Galinski* zu mögen und es überhaupt einen Zwang geben könne, einen Menschen zu mögen. Vor allem verweigerte *Schönhuber* hier seine Sympathie eben gerade dem damaligen Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland. Einen Gipfel erreichte *Schönhubers* judenfeindliche Agitation, als er versuchte, in einer großangelegten Inversion den Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, *Galinski,* für Judenfeindschaft verantwortlich zu machen.[34] Funktionäre der Partei sollen 1994 über den Zentralrat der Juden in Deutschland geäußert haben, darin wirkten „jüdische Verbrecher, denen man eine Bombe unter den Hintern legen sollte".[35] Auch auf dem Bundesparteitag 1994 in Sindelfingen, auf dem *Schönhuber* als Bundesvorsitzender abgelöst und *Schlierer* mit knapper Mehrheit gegen *Krause* zu seinem Nachfolger gewählt wurde, wählte *Schönhuber* eine antiklerikale und judenfeindliche Diktion: „Gegen Weihrauch und Knoblauch soll man nichts unternehmen."[36] Zudem insinuierte *Schönhuber* mit Hilfe einer Inversion, „die" Deutschen befänden sich in einer Opfer-Rolle: „Dieses Land ist unser aller Land, und nicht *Friedmann*- und *Bubis*-Land".[37] Im übrigen meinte *Schönhuber:* „Ich glaube, daß eines Tages ein israelitisches Killerkommando gegen mich auftaucht."[38] Schließlich verteilen die REP Aufkleber mit der Aufschrift: „Israel - nein Danke!"[39]

Ausführlich insinuiert Schönhuber auch, Juden seien angeblich als Kommunisten und Kapitalisten für das Ausbrechen von Kriegen stark mitverantwortlich. Im Dritten Reich jedenfalls habe er gelernt, „Juden würden sogar Kriege wegen der zu erwartenden Rüstungsgewinne inszenieren. Wir Kinder und Halbwüchsige haben dies damals verinnerlicht. Wer heute das Unwesen von Baulöwen und skrupellosen Börsianern erlebt, weiß, daß üble Tricks kein jüdisches Privileg sind."[40] Ergo sind, so Schönhubers unterschwellige Agitation, „üble Tricks" nicht nur, aber eben auch ein jüdisches Privileg - wobei ohnehin unklar bleibt, wen Schönhuber neben Juden derart verbal attackieren will. Generell negiert Schönhuber die Tatsache, daß die große Mehrzahl der kommunistischen Kader

jüdischer „Herkunft“ sich als Atheisten verstanden. Zwar ist Zitelmann zuzustimmen, wenn er mahnt: „Auch erscheint die Methode zweifelhaft, ‚problematische‘ Schönhuber-Zitate ‚herauszupicken‘ und gleichzeitig Äußerungen, in denen er sich eindeutig vom Antisemitismus distanziert, unerwähnt zu lassen.“[41] Doch einzelne Äußerungen, mit denen sich Schönhuber oder auch Schlierer angeblich „eindeutig“ von Juden- bzw. auch Ausländerfeindlichkeit distanzieren, sollten auch keineswegs überbewertet werden, zielen solche Auslassungen doch offenbar primär auf Irreführung.
Zudem idealisierte 1992 ein hoher Funktionär der Partei, Uwe Goller, der Landesvorsitzende der REP in Nordrhein-Westfalen, in NSDAP-Manier die „Volksgemeinschaft, in der Solidarität nicht ein verschwommenes sozialistisches Gebilde ist, sondern tagtägliche Wirklichkeit.“[42] Von daher sei eine egalitäre „Volksgemeinschaft“ anzustreben - ein auf Antipluralismus zielender Begriff, der auch *Schönhuber* nach dessen Angaben bis heute „fasziniert“.[43] Beeindruckt sei er, so *Schönhuber,* insbesondere vom Wirken der NS-Organisation „Kraft durch Freude“.[44] Diese habe egalisierend gewirkt, insbesondere dann, „wenn der Herr Generaldirektor plötzlich neben seiner Tipse durch die Gegend gondelt.“[45] Ähnlich wie *Hitler* - zumindest in diesem Punkt - plädierten die REP außerdem für „die Erhaltung des Bestandes und der Gesundheit des deutschen Volkes“[46] und bekunden zudem in apokalyptischer Manier, ihre „historische Mission“ liege in der angeblich erforderlichen „Rettung des deutschen Vaterlandes“.[47] So werden überzogene Krisenszenarien präsentiert, um drastische Gegenmaßnahmen zu rechtfertigen. *Schönhuber* betonte 1993: „Ich bin vom Schicksal ausersehen, dem deutschen Volk zu helfen.“[48] Ähnliche Töne äußerte *Hitler* in den 1930er Jahren, allerdings unter dafür für ihn wohl deutlich günstigeren Zeitumständen.

Darüber hinaus gebrauchen Funktionäre der REP weitere Begriffe, die für die Agitation rechtsextremistischer Parteien seit 1945 charakteristisch sind. Der hierzulande übliche Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit ziele auf „Umerziehung“[49] und „dauerhafte Bußfertigkeit“.[50] Das Bundesverwaltungsgericht hat 1982 zum Begriff „Umerziehung“ u.a. bemerkt, daß „die Verwendung dieses Begriffs für die Wiederbegründung der deutschen Demokratie unter dem Einfluß der westalliierten Besatzungsmächte nach 1945 zu einem Verhalten gehört, das zeigt, daß der Verwender mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbare Ziele verfolgt.“[51] Wenn sie mit dem Begriff „Umerziehung“ agitierten, ignorieren bzw. unterschlagen die REP auch die Arbeit des Parlamentarischen Rates. Im Programm von 1987 fordert die Partei die angeblich erforderliche „Entkriminalisierung deutscher Kultur, Geschichte und ihrer Menschen“.[52] Deutschland schmachte angeblich, so *Schönhuber,* am „Marterpfahl der Vergangenheitsbewältigung“.[53] Daher betonte *Schönhuber:* „Die Umerziehung der Deutschen ist beendet, der Fahrkartenschalter nach Canossa ist für allemal geschlossen.“[54] Anders sei der angeblich verbreitete „Nationalmasochismus“[55] kaum zu überwinden.

Deutschland habe ohnehin in der Weltgeschichte nur ein Verbrechen begangen, nämlich zwei Weltkriege verloren zu haben,[56] womit auch Unterschiede zwischen den beiden Weltkriegen nivelliert werden sollen und das „Dritte Reich“ beschönigt wird. Also gelte: „Wir beugen uns nicht mehr vor der Allmacht der Sieger. 50 Jahre sind genug.“[57] Daher fordern Funktionäre der Partei sogar eine „Beendigung der Vergangenheitsbewältigung“,[58] die für einige Funktionäre ohnehin „nichts als eine heimtückische Strategie zur Knebelung Deutschlands“[59] ist. Daraus folgert ein Autor: „Die Deutschen werden so die eigentlichen Opfern von Auschwitz, und aus diesem Opferstatus verspricht *Schönhuber* sie zu befreien.“[60] Denn Ergebnisse zeithistorischer Forschungen, so heißt es im Parteiprogramm von 1987 ohne Konkretisierung, gründeten auf „Kriegspropaganda der Siegermächte“ und sogar „Fälschungen“.[61] Um von

nationalsozialistischen Verbrechen abzulenken, um den Begriff „Holocaust“ zu verwässern und - während sich die Aussöhnungsanstrengungen mit Tschechien schwierig gestalten - um in das Stammwählerpotential der Unionsparteien einzudringen, schreiben und sprechen Spitzenfunktionäre der REP wie *Schönhuber* auch vom „Holocaust der Sudetendeutschen“[62], denen allerdings gewiß während der Vertreibung Unrecht widerfahren ist.

Diffamierung der freiheitlichen Rechtsordnung

Im REP-Programm von 1983 dagegen wird lediglich ein „Ende der juristischen Vergangenheitsbewältigung“[63] gefordert, um zu „einer Versöhnung der Generationen in der Bundesrepublik Deutschland beizutragen.“[64] Ein Spitzenfunktionär der Partei, *Franz Glasauer*, versuchte jedoch 1989, die Verantwortung Deutschlands für Verbrechen des Dritten Reiches zu verwischen und dieses teilweise zu beschönigen, indem er eine rhetorische Frage stellte: „Vielleicht waren unsere Väter immerhin besser als die Hiroshima-Amis“?[65] Selbstverständlich müssen Vergleiche - statt Gleichsetzungen, die gemeinhin als grobe Vereinfachungen leicht zu widerlegen und damit kaum ernstzunehmen sind - auch von großen Verbrechen möglich bleiben, um zu einer möglichst differenzierten Beurteilung der Geschehnisse gelangen zu können. Ohne Vergleiche läßt sich ohnehin keine „Singularität“ der Verbrechen des „Dritten Reiches“ begründen. Hinweise auf Verbrechen auch der Alliierten - etwa die Bombardierung Dresdens 1945 - können allerdings keineswegs darüber hinwegtäuschen, daß *Hitler* derjenige war, der den Zweiten Weltkrieg entfesselt hat. Vor allem werden große Verbrechen keineswegs beschönigt, wenn sie zweimal in vergleichbarer Qualität und auch Quantität begangen wurden oder werden. Doch die REP zielen üblicherweise eben gerade darauf, durch Nivellierung zu verharmlosen statt zu differenzieren. Zugleich bezichtigen die REP andere Parteien der „Volksverdummung“[66] und fordern die Einrichtung von Hochschulinstituten zur „Erforschung von Geschichtsfälschung“[67] - eine Forderung, die an unterstellende Forderungen der westdeutschen 1968er-Bewegung erinnert, es sollten „kritische“ Universitäten gegründet werden.

Funktionäre der Partei distanzieren sich vielfach von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wenn sie - wie auch andere rechtsextremistische Agitatoren seit 1945 - die Gründung der Bundesrepublik Deutschland als fremdbeherrschten Vorgang und die bundesdeutsche Republik auch 1996 noch als stark fremdregiertes Gemeinwesen darzustellen suchen: „Die Siegermächte haben noch heute Interessen, die mittels der von ihnen gegründeten und lizenzierten Parteien umgesetzt werden sollen. Änderung ist erst zu erwarten, wenn die Altparteien entmachtet und deren Büttel entfernt sind...“[68] Wie die SRP agitieren die REP gegen die verfassungstreuen Parteien daher auch gerne mit dem Begriff „Lizenzparteien“, womit diese Parteien als fremdgesteuerte Parteien dargestellt werden sollen. *Schönhuber* betonte zudem 1994: „Wir sind und bleiben ein fremdbestimmtes Land. Die Geschichte wurde mit den Stiefelabsätzen der Sieger geschrieben.“[69] Auch hier werden im Hinblick auf das Dritte Reich apologetische Interpretationsansätze deutlich. Schließlich wird das Attentat auf den Diktator *Hitler* vom 20.07.1944 schlicht vor allem aus Sicht des Frontsoldaten *Schönhuber* als „Sauerei“[70] bzw. „Militärputsch“[71] diffamiert. Den Begriff „Putsch“ gebrauchte *Schönhuber* im übrigen auch, um politische Aktivitäten innerparteilicher Kontrahenten zu diskreditieren. Im übrigen betonte Parteichef *Schönhuber*, daß „uns der 17. Juni 1953 näher steht als der 20.07.1944“.[72] Die Nürnberger Prozesse qualifizierte *Schönhuber* als „Rachetribunal“.[73]

Verbale Entgleisungen führender Funktionäre der Partei lassen sich auch keineswegs damit rechtfertigen, solche oder ähnliche Entgleisungen seien auch

bereits in den Reihen von klar verfassungstreuen Parteien erklungen und dort auch von Spitzenfunktionären. So wird etwa dem bayerischen Ministerpräsidenten *Stoiber* - auch von *Schönhuber*[74] - vorgehalten, gelegentlich von einer „durchrassten Gesellschaft“[75] gesprochen zu haben, wofür sich *Stoiber* im übrigen immerhin, was *Schönhuber* aber auszublenden pflegt, ausdrücklich entschuldigt hat. Solche Einwände gehen fehl und sollen wiederum Unterschiede zwischen klar verfassungstreuen und extremistischen Parteien vernebeln. 1998 verstieg sich *Schlierer* gar zu der hintersinnig nivellierenden Behauptung, der „Rechtsruck der Union ... darf nicht dazu führen, daß die Unterschiede verwischt werden“.[76] Auf entsprechende Einwände der SRP antwortete das Bundesverfassungsgericht bereits im SRP-Urteil von 1952: „Nicht auf die Einzelheiten als solche kommt es an, sondern auf die Grundhaltung, aus der sie hervorgehen. Erst die Fülle der Einzelheiten - der Worte und Taten der Führenden und ihrer Anhänger - eröffnet den Weg zur Erkenntnis des Wesens der Partei und des hintergründigen Sinnes ihres Programmes.“[77]

Im Unterschied zu den verfassungstreuen Parteien finden sich Äußerungen der skizzierten Qualität in den Reihen der REP in Hülle und Fülle. Irreführend scheinen daher Vorwürfe, die sinngemäß im übrigen auch von den REP selbst erhoben werden,[78] auch Unionspolitiker könnten „mit gewissem Recht darauf verweisen, daß die Republikaner bei ihnen abgeschrieben haben.“[79] Mit dieser „La democratie c’est nous“-Attitüde wird der antiextremistisch-antitotalitäre Grundkonsens der Bundesrepublik Deutschland untergraben und werden wiederum Unterschiede zwischen verfassungstreuen und extremistischen Parteien verwischt.

In Debatten über die Frage, inwieweit die REP intern bzw. nach außen verfassungsfeindlich sind, verweisen Vertreter der Partei gerne darauf, daß auch in verfassungstreuen Parteien angeblich ehemalige Nationalsozialisten tätig waren oder sind. Ähnlich argumentierte bereits die SRP, um die Unterschiede zwischen klar verfassungstreuen und extremistischen Parteien zu verwischen.[80] Gerade *Schönhuber* attackierte anläßlich einer Rede in Bad Godesberg den zeitweiligen Landesminister von Nordrhein-Westfalen, *Girgensohn*, sowie den Oberbürgermeister von Dortmund, *Samtlebe*: „Die SPD ... hat völlig vergessen, daß es bei der SPD nicht weit von hier einen Obersturmbannführer der Waffen-SS gibt, und das war ein in der Wolle gefärbter Waffen-SSler, der heißt Samtlebe, der Genosse - nur war er zu feige, um sich dazu zu bekennen, der Herr Samtlebe aus Dortmund. Es gibt einen Genossen, der heißt Girgensohn, der war damals Kultusminister - auch ein Sozi.“[81] Auch 1993, auf dem Bundesprogrammparteitag der REP, meinte der damalige Bundesvorsitzende: „Die CDU hat es zugelassen, daß Verbrecher wie Globke, ... zu Adenauers engsten Beratern aufstiegen, daß ein ausgewachsener NS-Propagandist wie Dr. Kurt Kiesinger deutscher Bundeskanzler werden konnte.“[82] Ähnlich argumentierte 1998 *Schlierer*.[83] Das Bundesverfassungsgericht antwortete jedoch bereits 1952 auf derartige Einwände der SRP: „Es wird ihr nicht zum Vorwurf gemacht, daß sie sich um frühere Nationalsozialisten bemüht, sondern daß sie gerade die Unbelehrbaren sammelt, die ‚sich treu geblieben sind‘, nicht um positive Kräfte für die Demokratie zu gewinnen, sondern um die nationalsozialistischen Ideen zu erhalten und zu verbreiten.“[84] Allerdings hat die SRP eben systematisch unbelehrbare NSDAP-Aktivisten gesammelt, nicht obwohl, sondern weil sie solche gewesen waren. Dazu haben die REP schon deshalb kaum eine Chance, weil die Mehrzahl der Mitglieder dieser Generation heute bereits verstorben ist. Sicherlich ist zumindest formal der Einwand der REP berechtigt, daß auch ehemaligen NPD- oder DVU-Aktivisten wie *Neubauer*, *Glasauer* u.a. im Verlaufe ihres politischen Lebens die Chance gegeben werden muß, sich der freiheitlichen Demokratie zu nähern. Gerade deshalb macht es aber durchaus einen Unterschied, ob ein solcher Bürger

sich in den Reihen der REP oder in einer klar verfassungstreuen Partei politisch betätigt.

Zugleich nachhaltige und nüchterne Anstrengungen, Auseinandersetzungen über die Vergangenheit des „Dritten Reiches“ zu führen, sind geeignet, die freiheitliche Demokratie in Deutschland zu festigen. Im Unterschied zur DDR, die auch finanziell keine „Wiedergutmachung“ leistete, zielt die Bundesrepublik auf einen wirklichen, zumal antitotalitär-antiextremistischen Grundkonsens. Doch im Zuge der „Vergangenheitsbewältigung“ drohen sowohl der Begriff „Faschismus“[85] als auch der „Widerstands“-Begriff[86] in die Beliebigkeit abzugleiten. In der Geschichts- und Politikwissenschaft ist es erforderlich, so *Thamer*, bei der Erforschung des „Dritten Reiches“ eine noch stärkere „Normalisierung der Methoden, nicht aber des Gegenstandes“[87] zu erreichen. Dagegen ist, so *Thamers* Warnung, die „Vorstellung, die demokratische Verfassungsordnung sei nichts als eine Summe von Rechten für die Bürger, ... nichts als eine einfache Umkehrung der Erfahrung der Diktatur als eines Zustandes völliger Rechtlosigkeit des einzelnen in ihr genaues Gegenteil.“[88] Hier liegen Gefahren für die freiheitliche Demokratie.

Insgesamt bezeugen die diversen Versuche der REP, einerseits das „Dritte Reich“ zu verharmlosen, andererseits die freiheitliche Demokratie und Soziale Marktwirtschaft, die nach 1949 aufgebaut wurden und sich seither grundsätzlich bewährt haben, zu diffamieren, daß es der Partei auch an Nationalbewußtsein statt Nationalismus mangelt. Daneben nutzen die REP das „Dritte Reich“ auch zur Selbstinszenierung und -profilierung, um sich aufsehenerregend als angeblich einzig wahre, angeblich enttabuisierende Alternativen von den verfassungstreuen Parteien klarer abzugrenzen, die vermeintlich ununterscheidbar seien. Neben Anstrengungen, verharmlosende Äußerungen der REP als solche zu enttarnen, müssen aber auch die Probleme möglichst gelöst werden, die den Wählern rechtsextremistischer Parteien naheliegen.

Anmerkungen

1) Zit. in Bundesverfassungsschutzbericht 1994, S. 139.

2) Zit. in Richard Stöss, Die „Republikaner“. Woher sie kommen, Was sie wollen. Wer sie wählt. Was zu tun ist, Köln 1990, S. 74.

3) Franz Schönhuber, Trotz allem Deutschland, München/Wien 1987, S. 63.

4) Diesen hat Deutschland entgegen dem Artikel 231 des Versailler Vertrages über die deutsche Alleinschuld und der Auffassung von Fritz Fischer nicht „entfesselt“. Vgl. Karl Dietrich Erdmann, Hat Deutschland auch den ersten Weltkrieg „entfesselt“? in: Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein (Hrsg.), Europa 1914 - Krieg oder Frieden?, Kiel 1985, S. 19ff.

5) Kommunisten haben schon zur Machtergreifung am 30.01.1933 beigetragen: „Hitlers wichtigster Verbündeter war nicht das ‚Monopolkapital‘, sondern die Angst vor dem Bürgerkrieg. Es waren die Kommunisten, die diese Angst schürten...“ (Heinrich August Winkler, Angst vor Bürgerkrieg war Hitlers Verbündete, in: Focus, 46/1997, S. 122).

6) Klaus Hildebrand, Das Dritte Reich, München 1987, S. 42.

7) Vgl. Andreas Hillgruber, Der 2. Weltkrieg. Kriegsziele und Strategie der großen Mächte, Stuttgart/Berlin/Köln 1989.

8) Karl Dietrich Erdmann, Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, München 1987 (6. Aufl.), S. 41.

9) Vgl. Hildebrand, 1987, a.a.O. S. 16ff.

10) Zwar konnte Hitler nach 1933 in Deutschland an Kontinuitäten im politischen Denken und Handeln anknüpfen. Ohnehin existierte Judenfeindschaft gerade auch in Frankreich. Der erste Judenstatut der „Vichy“-Zeit vom 02.10.1940 basierte „nicht auf Druck der Besatzungsmacht“. (René Rémond, Frankreich im 20. Jahrhundert, Erster Teil. 1918 - 1958, Stuttgart 1994, S. 359) Doch für „Hitler und den Nationalsozialismus gilt, daß er an

diese Kontinuitäten anknüpft und sie doch zerbricht ... Hitlers Konzeption einer Weltmacht auf Rassenbasis stellte einen Bruch der klassischen Großmachtskonzeption dar. Den Unterschied zwischen Bismarck, Bethmann und Stresemann einerseits, und Hitler andererseits, kann nicht relativieren. Hier ist nicht ein quantitatives Mehr, sondern ein qualitatives Anderes." (Thomas Nipperdey, Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays, München 1986, S. 195).

11) Vgl. Norbert Lepszy, Die Republikaner im Abwind, St. Augustin 1994, S. 36.

12) Vgl. Konrad Repgen, Von der Reformation zur Gegenwart. Beiträge zu Grundfragen der neuzeitlichen Geschichte, Paderborn/München/Wien/Zürich 1988, S. 129ff.

13) Zit. in TAZ, 19.05.1992.

14) Zit. in CSU-Landesleitung, Republikaner-Politik. Schaden für Deutschland, Chronologie des Versagens, München 1994, S. 14.

15) Zit. in CDU-Bundesgeschäftsstelle, Gefahr von rechts. Die REP, Bonn 1992, S. 20.

16) Vgl. Erdmann, 1987 (a), a.a.O. S. 25.

17) Vgl. SZ, 17./18.12.1994.

18) Zit. in Verfassungsschutzbericht Bayern 1994, S. 18; einige wohl gezielte Äußerungen Schönhubers waren sogar justiziabel und wurden von Gerichten geahndet, wobei Schönhuber mit einer Geldstrafe belegt wurde. Andererseits konnte Schönhuber zumindest seinen Bekanntheitsgrad erhöhen, waren er und seine Äußerungen doch wochenlanges Thema in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung.

19) Vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 1996, S. 119.

20) Zit. in Bundesverfassungsschutzbericht 1996, S. 119.

21) Zit. in Stöss, 1990, a.a.O. S. 74.

22) Zit. in ebd., S. 74.

23) Franz Schönhuber, 1994 - ein gigantischer Wahlbetrug droht; in: Der Republikaner, 10/1993, S. 1.

24) Die Republikaner, Pressemitteilung, 17.06.1998.

25) Vgl. Claus Leggewie, Die Republikaner. Ein Phantom nimmt Gestalt an, Berlin 1990, S. 117.

26) Vgl. Franz Schönhuber, Die verbogene Gesellschaft. Mein Leben zwischen NS-Erziehung und US-Umerziehung, Berg am See 1996, S. 232.

27) Vgl. Bild, 20.06.1989.

28) Franz Schönhuber, Rede am 05.04.1989 in Bad Godesberg.

29) Ders.: Rede am 13.06.1992 in Deggendorf.

30) Kein Hinweis auf Hirzel findet sich allerdings bei Peter Steinbach; Johannes Tuchel (Hrsg.), Lexikon des Widerstandes 1933 - 1945, München 1994.

31) Franz Schönhuber, Für einen vernünftigen Nationalstolz; in: Das Parlament, 29.4. 1994.

32) Giselher Schmidt, Nationalismus und Fremdenhaß. Zur Ideologie rechtsextremistischer Parteien ; in: Die Neue Ordnung, 3/1997, S. 190.

33) Zit. in Ulrich Bröckling, Die ‚Methode' Schönhuber, in: Kritik und Krise, 2-3/1990, S. 40.

34) Vgl. Lepszy, 1994, a.a.O. S. 63.

35) Zit. in FAZ, 08.06.1994.

36) Zit. in SZ, 19.12.1994.

37) Zit. in ebd.

38) Zit. in Der Spiegel, 25/1994, S. 23.

39) Zit. in ebd.

40) Schönhuber, 1996 (b), a.a.O. S. 80.

41) Rainer Zitelmann, Die Republikaner - „Nazis" - „Rechtsextremisten" - „Populisten"?; in: ZfP, 4/1989, S. 414.

42) Zit. in Bundesverfassungsschutzbericht 1993, S. 139.

43) Zit. in Leggewie 1990, S. 119.

44) Diese wurde nach dem Vorbild der italienischen Organisation „Dopo Lavore" gegründet. Vgl. Erdmann, 1987, a.a.O. S. 116.

45) Zit. in Leggewie, 1990, a.a.O. S. 119.
46) Parteiprogramm 1987, S. 2.
47) Zit. in Bundesverfassungsschutzbericht 1993, S. 140.
48) Zit. in Verfassungsschutzbericht Bayern 1994, S. 19.
49) Parteiprogramm 1987, S. 1.
50) Zit. in Bundesverfassungsschutzbericht 1993, S. 137.
51) Vgl. Verfassungsschutzbericht Sachsen 1995, S. 53.
52) Parteiprogramm 1987, S. 1.
53) Zit. in Berliner Zeitung, 06.08.1998.
54) Zit. in Norbert Lepszy; Peter Mnich; Hans-Joachim Veen, Die Republikaner-Partei zu Beginn der 90er Jahre, St. Augustin 1991, S. 18.
55) Zit. in ebd., S. 19.
56) Vgl. Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 1994, S. 43; auch der FN betrachtet den Zweiten Weltkrieg als klassischen statt Weltanschauungs-Krieg. Die REP bzw. der FN erwecken vielfach den Eindruck, die Niederlage 1940 bzw. 1945 seien das dunkelste Kapitel des Krieges statt die Massenverbrechen an Minderheiten. Vgl. Christiane Florin, Philippe Pétain und Pierre Laval: das Bild zweier Kollaborateure im französischen Gedächtnis, Frankfurt am Main 1997, S. 279.
57) Zit. in Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 1994, S. 43.
58) Zit. in Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 1993, S. 49.
59) Bröckling, 1990, a.a.O. S. 40.
60) Ebd.
61) Parteiprogramm 1987, S. 1.
62) Zit. in Stöss, 1990, a.a.O. S. 24.
63) Parteiprogramm 1983, S. 36.
64) Parteiprogramm 1983, S. 36.
65) Zit. in Leggewie, 1990, a.a.O. S. 106.
66) Zit. in Lepszy, 1994, a.a.O. S. 42.
67) Zit. in Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 1997, S. 59.
68) Zit. in Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 1996, S. 72.
69) Zit. in Bundesverfassungsschutzbericht 1994, S. 140.
70) Zit. in Michael Stiller, Die Republikaner. Franz Schönhuber und seine rechrsradikale Partei, München 1989, S. 60.
71) Franz Schönhuber, Rede am 26.06.1993 in Augsburg.
72) Zit. in FAZ, 08.06.1989.
73) Schönhuber, 1996, a.a.O. S. 251.
74) Vgl. ebd., S. 79.
75) Zit. in Norbert Seitz, Der ideelle Gesamtpopulist. Notizen zu einer „historischen“ Rede Franz Schönhubers, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 2/1989, S. 112.
76) Rolf Schlierer, Rede am 21.11.1998 in Hinternkirchen.
77) BVerfGE, 23.10.1952, S. 21.
78) Vgl. Franz Schönhuber, Rede am 31.10.1993 in Rastatt.
79) Stöss, 1990, a.a.O. S. 61.
80) BVerfGE, 23.10.1952.
81) Schönhuber, Franz: Rede am 05.04.1989 in Bad Godesberg.
82) Ders.: Rede am 26.06.1993 in Augsburg.
83) Rolf Schlierer, Interview; in: Arbeitskreis christlicher Publizisten, 1-2/1998, S. 6.
84) BVerfGE, 23.10.1952, S. 39.
85) Vgl. dazu vor allem Karl Dietrich Bracher, Zeitgeschichtliche Kontroversen um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, München 1984, S. 13ff.
86) Vgl. Kielmansegg, 1989, a.a.O. S. 75ff.
87) Thamer, 1993, a.a.O. S. 21.
88) Vgl. Kielmansegg, 1989, a.a.O. S. 85.

Dr. Harald Bergsdorf ist Politikwissenschaftler und arbeitet im thüringischen Innenministerium.

Giselher Schmidt

Zum Demokratie-Verständnis der PDS

Die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS), die seit Herbst 1998 in Fraktionsstärke im Deutschen Bundestag vertreten und zudem an der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern beteiligt ist, spart nicht mit Bekenntnissen zur Demokratie. Ihrem Selbstverständnis zufolge tritt sie dafür ein, „daß das Demokratieprinzip alle politischen und gesellschaftlichen Bereiche durchdringt“.[1] Konkret werden dabei die Stärkung der „Persönlichkeits- und Freiheitsrechte des einzelnen gegen Bürokratie und Überwachungsstaat“ sowie eine Ergänzung der repräsentativen Demokratie „durch unmittelbare Demokratie“ gefordert.[2]

Selbst wenn von den heutigen PDS-Mitgliedern mehr als 80 Prozent der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) in der DDR angehörten[3], so sollten die Demokratie-Deklarationen nicht von vornherein als Etiketten-Schwindel abgetan werden. Vielmehr sollten die Fragen untersucht werden: Welches Verständnis von Demokratie ist repräsentativ für die PDS? Ist dieses mit dem Demokratie-Verständnis der freiheitlichen Demokratien wie der Bundesrepublik Deutschland vereinbar? Zur Beantwortung dieser Fragen sollten nicht - oder zumindest nicht in erster Linie - die Verlautbarungen von innerparteilichen Sektierern der „Kommunistischen Plattform“ herangezogen werden, sondern wirklich repräsentative Aussagen. Hierzu zählen neben PDS-Programmen auch Reden und Publikationen ihrer Führungs-Persönlichkeiten.

Zu den PDS-Persönlichkeiten, die wegen ihrer Intelligenz, ihrer Ausstrahlung, ihrer Konzilianz und Kompromißfähigkeit auch von Andersdenkenden - darunter selbst entschiedenen DDR-Dissidenten - geschätzt werden, gehört *Hans Modrow* - von 1973 bis Herbst 1989 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, vom 13. November bis zum 18. März 1990 Ministerpräsident der DDR, später Mitglied des Deutschen Bundestages, heute PDS-Ehrenvorsitzender. Ihm haftet der Ruf des Reformers an, und er wird vielfach dem gemäßigten Flügel auch seiner heutigen Partei zugerechnet. Ende 1998 veröffentlichte er einen persönlichen Rückblick auf die politische Transformation in den realsozialistischen Staaten.[4] Hierin übt er gewiß schonungslose Kritik an *Stalin* wie auch am Poststalinismus: „Er schuf einen gewaltigen Sicherheitsapparat, dem über Jahre Millionen Menschen zum Opfer fielen, darunter nicht wenige Kommunisten. Unter Stalin, das ist die bittere Wahrheit, wurden auch mehr deutsche kommunistische Führungskader umgebracht, als unter Hitler.“[5] „Auch wenn in den folgenden Jahrzehnten die Konsequenzen weniger mörderisch waren, so blieb es dabei: Die Zentrale besaß nicht nur das Deutungsmonopol und das Privileg des Menschheitsfortschritts,

die Züchtigungs- und Druckmittel. Sie reklamierte für sich, den einzig wahren Sozialismus darzustellen.“[6]

Modrow ist offen genug, die Schwächen des Staates, dem er jahrzehntelang treu diente, einzugestehen: „Die DDR war Mitte der 80er Jahre nahe der Pleite. Milliardenkredite aus dem Westen sicherten das Überleben.“[7] Auf der anderen Seite hält *Modrow* in seiner apokalyptischen Vision an der Überzeugung fest, „daß der demokratische Sozialismus die einzige Perspektive ist, wenn denn die Menschheit noch eine Zukunft haben soll.“[8] Dieser Sozialismus kann allem Anschein nach nicht auf *Lenin* verzichten. Die von diesem und *Trotzki* inszenierte „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ war für *Modrow* ein legitimer Versuch, die unsäglichen Verhältnisse im kriegsführenden, zaristischen Rußland umzustürzen und eine gesellschaftliche Alternative zu wagen. „Sie lieferte einen wesentlichen Impuls für die Emanzipation der Menschheit.“[9] In seiner Geschichtsklitterung ignoriert *Modrow* die Tatsache, daß der bolschewistische Putsch sich gegen die sozialrevolutionäre Regierung eines *Alexander Kerenski* richtete, der seinerseits ein halbes Jahr zuvor - bei der Februar/März-Revolution - am Sturz des Zarismus beteiligt war. *Modrow* versucht auch das der „Oktoberrevolution“ folgende Regiment *Lenins* zu rechtfertigen:

„Den ersten Abschnitt bilden die ersten fünf Jahre nach der Revolution, die im wesentlichen von Lenin geprägt wurden. Das waren die Liquidierung des zaristischen Staates und die Etablierung der Sowjets, es war die Herstellung des Friedens sowohl nach außen wie auch ... nach innen.“[10] Zur Reinwaschung *Lenins* fälscht *Modrow* wiederum die Geschichte: Die vormals radikaldemokratischen Räte - Sowjets - verkamen unter *Lenin* zur dekorativen Fassade der Parteiherrschaft. Zudem ließ *Lenin* im Januar 1918 die Nationalversammlung mit ihrer nichtbolschewistischen Mehrheit auseinanderjagen und löste so den Bürgerkrieg aus. Er praktizierte Angriffskriege nach außen hin - wie 1921 gegen die menschewistische Bauernrepublik Georgien. Vor allem schuf er mit der Tscheka eine terroristische Geheimpolizei zur millionenfachen Liquidierung politischer Gegner. Doch für *Modrow* begann der Terror im wesentlichen erst unter *Stalin*. Ebenso wird in dem Buch *Modrows* Gegensatz zu *Michail Gorbatschow* deutlich. Die Frage: „Waren Perestroika und Glasnost noch sozialistisch - oder bereits Konterrevolution, also dem Sozialismus wesensfremd?“ wird später mit dem Hinweis auf den „Widerspruch zwischen Gorbatschows Perestroika und einem demokratischen Sozialismus“ beantwortet.[11] Der Unterschied ist klar: Während *Gorbatschow* die Metamorphose vom kommunistischen Reformer zum Anhänger der westlichen liberalen Demokratie vollzog, so blieb *Modrow* - der noch im November 1989 als Ministerpräsident „einer Wiedervereinigung eine Absage erteilte“ und dafür „eine reformierte, sozialistische DDR“ anstrebte[12] - an jenem Ufer des Rubikon stehen, wo Schönheitsoperationen am Leninismus mit einer Verwerfung der einseitig als „kapitalistisch“ denunzierten liberalen Demokratien gekoppelt sind. Deswegen beklagt *Modrow* „das Schicksal aller linken Parteien, die sich auf die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie einlassen“ - daß sie „im wesentlichen pragmatisch und nicht unbedingt visionär“ werden.[13] Deswegen predigt *Modrow* eine fast unkritische Solidarität mit den heute noch bestehenden realsozialistischen Staaten: „Der ungezügelte Kapitalismus herrscht global - sieht man von China ab, das seinen eigenen Weg sucht, von Kuba und Nordkorea, die ums Überleben kämpfen, und die aus verschiedenen Gründen unsere Solidarität verdienen.“[14] Dementsprechend gibt es eine breite Solidaritätsarbeit der PDS zugunsten der autoritär-sozialistischen Staatsordnung in Kuba - insbesondere durch die PDS - „Arbeitsgemeinschaft Cuba Si“.[15]

PDS und Kommunismus

In dem bereits auf dem 3. Parteitag Ende Januar 1993 verabschiedeten, aber heute noch geltenden „Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus“ werden *Marx* und *Engels* als einzige Vordenker expressis verbis genannt.[16] Diese verfaßten bekanntlich gemeinsam im Jahre 1848 das „Manifest der Kommunistischen Partei“.[17] Darf deswegen auch die PDS als kommunistische Partei bezeichnet werden? Manches spricht dagegen. Die Angehörigen der „Kommunistischen Plattform“ signalisieren ja ihre Überzeugung, daß nicht die Gesamtpartei, sondern nur ihre eigene innerparteiliche Organisation kommunistisch genannt werden kann. Ähnliches gilt für das weitere Fortbestehen der eigenständigen „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) und deren Beziehung zur PDS. Übersehen werden darf nicht, daß sich die PDS auch Nichtkommunisten öffnet. Zudem gehörten und gehören der PDS-Bundestagsfraktion seit 1990 stets auch Nicht-Parteimitglieder an.

Dennoch konnten kritische Beobachter wohl nicht zu Unrecht konstatieren, daß der auf den ersten Blick hin faszinierende Pluralismus der PDS („Gysis bunte Truppe“) völlig plakativ ist und nichts an der „Allmacht des Parteipräsidiums“ ändert.[18] Zudem werden Assoziationen an frühere Methoden der kommunistischen Bündnispolitik lebendig. Kein geringerer als *Lenin* verwies darauf, daß die Bolschewiki bei der Duma-Wahl von 1907 „einen politischen Block“ mit den als kleinbürgerlich verachteten „Sozialrevolutionären“ bildeten und außerdem mehrere Jahre hindurch „formell in einer einheitlichen sozialdemokratischen Partei“ mit den als opportunistisch gebrandmarkten Menschewiki zusammenarbeiteten.[19]

Zwar wird *W.I. Lenin*, der noch im PDS-Programm vom Februar 1990 als Vordenker genannt wurde, im geltenden Programm vom Januar 1993 nicht mehr ausdrücklich erwähnt. Aber ein Bekenntnis zum Leninismus impliziert die Glorifizierung der Oktoberrevolution: „Dem welthistorischen Ereignis der sozialistischen Oktoberrevolution von 1917 verdankt die Menschheit grundlegende günstige Entwicklungen im 20. Jahrhundert.“[20] Die vor mehr als sieben Jahrzehnten von dem linken Sozialdemokraten *Karl Kautsky* getroffene Feststellung, daß bereits unter *Lenin* und *Trotzki* der Terror „nicht ein zufälliges Pech, sondern ein unvermeidliches Ergebnis der bolschewistischen Herrschaftsmethoden“ war[21], vermag die PDS nicht zu teilen. Ihrer Meinung nach gab es „Willkür, Grausamkeit und Bürokratie“ offensichtlich erst unter der „Herrschaft des Stalinismus“.[22]

Nicht nur das Bekenntnis zu *Marx, Engels* und *Lenin*, sondern ebenso die intensiven Beziehungen der PDS zu kommunistischen Parteien des Auslandes[23] lassen erkennen, daß sich die Kerntruppe der PDS in der Tradition des internationalen Kommunismus sieht und diesen wiederzubeleben sucht. Auch das Verhältnis zur DKP wurde verbessert. *Hans Modrow* sprach im Mai 1998 in Hannover als erster führender PDS-Funktionär auf einem DKP-Parteitag. 16 DKP-Mitglieder kandidierten bei der letzten Bundestagswahl für die PDS.[24]

Bei aller Kritik an Mißständen in der ehemaligen DDR läßt die PDS doch keinen Zweifel daran, daß sie das nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst in der Sowjetischen Besatzungszone und dann in der DDR aufgebaute Gesellschafts-Modell im Vergleich zu dem des Westens als historisch und moralisch überlegen betrachtet: „Die antifaschistischen Veränderungen im Osten Deutschlands und später das Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, standen in berechtigtem Gegensatz zur Rettung des Kapitalismus in Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichlichen Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war... Die DDR war ein Staat, der konsequent mit dem deutschen Großmachtchauvinismus gebrochen hatte ...“[25] Die westlichen Demokratien, deren Schwächen die PDS zu einem Horror-Szenario zusammenfügt, gelten als „die entwickelten kapitalistischen

Industriestaaten“ oder als die „führenden kapitalistischen Staaten“.[26] Daraus folgt als Konsequenz: Da die PDS gemäß ihrer marxistischen Weltanschauung die Staatsordnung als Überbau der Ökonomie betrachtet, so erblickt sie in den westlichen Demokratien antagonistische Gegensätze, welche nur durch eine Revolution gelöst werden können. An einer Stelle spricht sie sich auch offen dafür aus: „Die Existenzkrise der Zivilisation macht die Umwälzung der herrschenden kapitalistischen Produktions- und Lebensweise zu einer Frage menschlichen Überlebens.“[27] Das deutsche Wort „Umwälzung“ bedeutet aber nichts anderes als Revolution.

Übersehen werden sollte nicht, daß die PDS den Beitritt der neuen Bundesländer im Jahre 1990 - unter Anspielung an das Schicksal Österreichs 1938 - als „Anschluß“[28] zu diskreditieren sucht. Durch mißbräuchliche Verwendung des Begriffes „Widerstand“[29] wie durch die völlig sinnwidrige Auslegung des Widerstandsrechtes nach Artikel 20 Absatz 4 GG[30] suggeriert die PDS eine mit der NS-Zeit vergleichbare Situation in der derzeitigen Bundesrepublik.

Das Demokratie-Verständnis der PDS kann aus ihrem Bekenntnis zu *Karl Marx* abgeleitet werden. Dieser formulierte in seiner Jugendschrift „Zur Judenfrage“ von 1843 seine Ablehnung der zu Beginn der Französischen Revolution verkündeten Menschenrechte.[31] In seiner idealisierenden Darstellung der Pariser Kommune von 1871 wandte sich *Marx* gegen Gewaltenteilung und parlamentarische Repräsentation.[32] Diesem - vorstaatliche Menschenrechte wie Gewaltenteilung negierenden - identitären Demokratie-Modell verpflichtet war die Bundestags-Erklärung des PDS-Fraktionsvorsitzenden *Gregor Gysi* zugunsten einer Straffreiheit jedweder pränataler Tötung menschlichen Lebens: „Lassen Sie doch einen Volksentscheid über § 218 durchführen, und er wäre längst erledigt!“[33]

Programmatische Verlautbarungen der PDS verraten eine Geringschätzung der parlamentarischen Demokratie: „Die PDS hält den außerparlamentarischen Kampf um gesellschaftliche Veränderungen für entscheidend.“[34] Es werden neue parlamentarische Gremien vorgeschlagen, welche geeignet sind, die Stellung des Bundestages als zentrales Gesetzgebungsorgan der Bundesrepublik zu schwächen: „Wir setzen uns für ein gewähltes ostdeutsches Gremium ein, das gegenüber der Bundesregierung und dem Bundestag eigenständig die Interessen der Ostdeutschen vertritt und sich dabei gegen die Aushöhlung des Einigungsvertrages zur Wehr setzt.“[35] Die so entstandene „Ostdeutsche Kammer“ wird als eine „Dritte Kammer“ neben Bundestag und Bundesrat gesehen.[36] Zudem fordert die PDS in einem im Januar 1994 vorgelegten Entwurf für eine alternative Verfassung die „Mitwirkung von Räten bei der Gesetzgebung“ - insbesondere einen „Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrat“.[37] Ebenso tritt die PDS „für die Einrichtung einer Zweiten Europäischen Kammer ein, in der die sozialen Bewegungen der Betroffenen vertreten sein sollen.“[38] Eine Realisierung dieses Postulates würde wohl eine partielle Entmachtung des direkt gewählten Europäischen Parlaments bedeuten. Bemerkenswert ist insbesondere die Kombination der revolutionären Räte- mit der fundamental-konservativen Stände-Idee, die in den 20er Jahren von Ständestaats-Ideologen wie *Arthur Moeller van den Bruck* und *Othmar Spann* vorgetragen wurde.[39]

Zwar ist auch in anderen Parteien die Frage kontrovers, inwieweit die parlamentarische Demokratie durch Formen direkter Demokratie ergänzt werden kann. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß der Umfang des von der PDS vorgeschlagenen plebiszitären Instrumentariums leicht „eine Blockade des Parlaments herbeiführen“ würde.[40] Im „Programm der PDS Berlin zu den Abgeordnetenhaus-Wahlen 1999“ wird beispielsweise die Forderung erhoben: „Volksbegehren und Volksentscheiden (sic!) sind durch die Herabsetzung der Zulassungs- und Erfolgsquoten zu erleichtern“[41] Die Verwirklichung dieser

Forderung könnte nicht nur mit dem Parlamentarismus, sondern ebenso mit dem in jeder Demokratie geltenden Mehrheitsprinzip in Konflikt geraten und die Herrschaft einer in Permanenz aktiven und kämpferischen Minorität ermöglichen. So spricht vieles für die Vermutung: Maßgebliche Kräfte der PDS wünschen eine vom Grundgesetz abweichende, völlig andere Republik.

Anmerkungen

1) PDS-Faltblatt „konkrete Opposition“, Berlin 1994.
2) a.a.O.
3) Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 1998, Bonn, Mai 1999, S. 117.
4) Hans Modrow: Die Perestroika - Wie ich sie sehe - Persönliche Erinnerungen und Analysen eines Jahrzehnts, das die Welt veränderte. Unter Mitarbeit von Bruno Mahlow. Edition Ost. Berlin 1998.
5) a.a.O. S. 33.
6) S. 89.
7) S. 25.
8) S. 194.

9) S. 30f.
10) a.a.O. S. 32.
11) a.a.O. S. 64 und S. 158.
12) S. 101.
13) S. 197.
14) S. 195.
15) Verfassungsschutzbericht 1998, S. 123.
16) „Partei des Demokratischen Sozialismus - Programm“, Herausgeber: Dietmar Bartsch, Bundesgeschäftsführer der PDS, Berlin 1998, S. 26.
17) Siehe Karl Marx: Die Frühschriften. Herausgegeben von Siegfried Landshut. Stuttgart 1971. S. 525-560.
18) Patrick Moreau/Viola Neu: Die PDS zwischen Linksextremismus und Linkspopulismus. Sankt Augustin 1994. S. 7.
19) W.I. Lenin: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus. Berlin (Ost) 1970. S. 64.
20) Programm, S. 6.
21) Karl Kautsky: Terrorismus und Kommunismus. Ein Betrag zur Naturgeschichte der Revolution. 2. Auflage. Berlin 1925. S. 14.
22) Programm, S. 6.
23) Verfassungsschutzbericht 1998, S. 123.
24) a.a.O. S. 120f.
25) Programm, S. 5f.
26) Programm, S. 2.
27) a.a.O. S. 8.
28) S. 4.
29) Etwa S. 5.
30) Artikel 20 Absatz 4 lautet: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Die PDS fordert „die Sicherung und bewußte Wahrnehmung des durch die Verfassung garantierten Widerstandsrechts.“ (Programm, S. 9).
31) Karl Marx: Die Frühschriften, S. 191ff.
32) Karl Marx: Politische Schriften. Herausgegeben von Hans-Joachim Lieber. Stuttgart 1960. Zweiter Band. S. 923.
33) Die Erklärung erfolgte am 16. Mai 1994. Zitiert nach Vier Jahre Opposition - Veranstaltet und herausgegeben von der PDS/Linke Liste im Bundestag. Bonn, Juli 1994.
34) Programm, S. 25.

35) Programm, S. 11.
36) Vier Jahre Opposition, S. 5.
37) Deutscher Bundestag. 12. Wahlperiode. Drucksache 12/6570. Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS/Linke Liste. Entwurf eines Gesetzes über die Annahme einer neuen Verfassung nach Artikel 146 des Grundgesetzes, S. 20ff.
38) Programm, S. 24.
39) Arthur Moeller van den Bruck schrieb: „Es war nur folgerichtig, daß der Angriff gegen den Parlamentarismus, dem revolutionär der Angriff vom Rätegedanken entsprach, konservativ vom Ständegedanken aus vorgetragen wurde..." Arthur Moeller van den Bruck: Das dritte Reich. 3. Auflage. Bearbeitet von Hans Schwarz. Hamburg/Berlin/Leipzig. 1931. S. 145.
40) Siehe Armin Pfahl-Traughber: „Wandlung zur Demokratie? Die programmatische Entwicklung der PDS". In: Deutschland Archiv 4/1995, S. 368.
41) Berlin für alle: Politik für die ganze Stadt - Programm der PDS Berlin zu den Abgeordneten-Wahlen 1999, S. 65.

Giselher Schmidt arbeitet als Diplom-Politologe und freier Publizist in Bergisch Gladbach.

Bericht und Gespräch

Alexander Saberschinsky

Arbeitswelt im Wandel

Zur Sozialethiker-Tagung 2000

Die Eigendynamik der wirtschaftlichen Entwicklung unterwirft auch den Arbeitsmarkt einem rasanten Wandel: Der Beruf auf Lebenszeit bei ein und demselben Arbeitgeber ist im Schwinden begriffen. Stattdessen erfordert der Umbruch gewohnter Strukturen vom Arbeitnehmer sehr viel größere Flexibilität als bisher. Die durch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit angespannte Lage verschärft die Situation zusätzlich. Die sich hier stellenden Herausforderungen betreffen Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt. Sie waren Thema der Sozialethiker-Tagung der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach im Mai dieses Jahres.

Zu Beginn fragte *André Habisch*, Ordinarius für Christliche Gesellschaftslehre an der Katholischen Universität Eichstätt, nach einem „Recht auf Arbeit", das erst ein Produkt neuzeitlichen Denkens ist, innerhalb dessen man sich auf die individuelle Person besinnt. Dies äußert sich oft in Gestalt von Forderungen nach Freiheitsrechten. Im Anschluß an die französische Revolution wurde in Frankreich tatsächlich versucht, das Recht auf Arbeit als juristisch einklagbaren

Rechtsanspruch auf Beschäftigung zu realisieren. Anspruchsgegner war der Staat, der eigens Arbeitshäuser und Werkstätten einrichtete.

Allerdings scheiterte dieses Projekt ökonomisch, weil sich ein Rechtsanspruch auf Erwerbstätigkeit das eigene wirtschaftliche Fundament entzieht. Im Grunde genommen handelte es sich hierbei um den Versuch, Ökonomie politisch zu domestizieren. Im 20. Jahrhundert wurde dieser Versuch in sozialistischen und kommunistischen Systemen wiederholt und mißlang ebenso wie die Planwirtschaft insgesamt, die der Inbegriff des Unterfangens ist, Wirtschaft von außen steuern zu wollen.

Der Sozialismus ist inzwischen real gescheitert, doch ist damit die Frage nach einem Recht auf Arbeit nicht obsolet geworden. Auch die Katholische Soziallehre spricht von einem Recht auf Arbeit, insbesondere *Johannes Paul II*., jedoch wird es nicht als Rechtsanspruch auf Erwerbstätigkeit verstanden. Stattdessen findet sich hier ein breiteres Verständnis, das das Recht auf Arbeit als ein soziales Teilhaberecht versteht, das zwar nicht juristisch einklagbar ist, jedoch als „heuristische Leitvorstellung“, wie *A. Habisch* formuliert, alle Verantwortungsträger auf den unterschiedlichen Ebenen moralisch zur Überwindung der Arbeitslosigkeit verpflichtet. Dieses Ziel ist folglich nicht allein zentralistisch vom Staat zu realisieren, sondern erfordert subsidiäre Lösungen in den jeweiligen Kontexten. Besonders gefordert sind hier die Verbände als intermediäre Größen und bürgerschaftliches Engagement.

Die generellen Entwicklungslinien der Erwerbsarbeit untersuchte *Jörg Althammer*, Vertreter des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Universität Passau. Auch er ging von der anhaltenden und beunruhigend hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland aus. Andere Transformationsländer in Europa schneiden in dieser Hinsicht besser ab. Dennoch kann man angesichts der hohen Fluktuation von über fünf Millionen nicht von einer Verkrustung des deutschen Arbeitsmarktes sprechen. Die Struktur der Arbeitslosigkeit zeichnet sich in Deutschland durch einen zunehmenden Anteil an Langzeitarbeitslosen aus. Sie trifft v.a. Minderqualifizierte und Ältere. Sie ist jedoch nicht mehr geschlechtsspezifisch.

Hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitslosigkeit fällt auf, daß diese zwar mit jeder Rezession ansteigt, jedoch anschließend nicht mehr zurückgeht, so daß die Arbeitslosenzahl von Mal zu Mal ansteigt. Man spricht vom *Hysterese*-Effekt. Demzufolge handelt es sich um keine *Mismatch*-Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosigkeit wird durch einen zu geringen Bedarf an Erwerbstätigen bedingt. Dabei liegen die Ursachen nicht in rein ökonomischen Problemen, sondern im grundlegenden soziostrukturellen Wandel der Industrie- und Arbeitsgesellschaft. Jedoch ist die in diesem Zusammenhang oft vorgetragene These vom *jobless growth*, d.h. daß das Wirtschaftswachstum am Arbeitsmarkt vorbeiginge, ebenso widerlegt wie die Annahme, daß der technische Fortschritt ein Jobkiller sei. Im Gegenteil: Die Wachstumsschwelle hat sich sogar abgesenkt, d.h. neue Arbeitsplätze sind heute bereits mit geringerem Wachstum als früher möglich.

Allerdings wandeln sich die Beschäftigungsformen, und das sogenannte Normalarbeitsverhältnis erodiert. Anstatt lebenslänglich bei einem Arbeitgeber zu bleiben, sind die Erwerbstätigen Nomaden auf dem Arbeitsmarkt geworden. Und *U. Beck* spricht von einer Brasilianisierung der Arbeitsverhältnisse. Für diese Entwicklung gibt es sowohl ökonomische Gründe, wie die Krise des Sozialstaates, als auch soziologische Gründe, etwa die individualisierte Sicht der Arbeit, die Selbstverwirklichung über den materiellen Lohn stellt. Dennoch hat dies keinen Rückgang der Nachfrage nach Erwerbstätigkeit bewirkt.

Die Vergesellschaftung der Erwerbstätigkeit führt dazu, daß die gesellschaftliche Bestimmung über die volkswirtschaftlich relevante Lohnarbeit erfolgt. Doch stellt

sich die Frage nach der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familientätigkeit. Das klassische Modell ist das der Hausfrauenehe, nach dem die Ehefrau völlig aus dem Erwerbsleben ausscheidet und über den Ehemann sozial abgesichert ist. In den alten Bundesländern ist jedoch derzeit das Modell der sequentiellen Vereinbarkeit am verbreitetsten, d.h. nach der Erwerbsphase erfolgt Familientätigkeit und anschließend ein erneuter Eintritt in das Erwerbsleben. Das Konzept der eingeschränkten simultanen Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit ist empirisch nicht relevant und eher ein Leitbild. Das Modell der vollständigen Vereinbarkeit bedeutet, daß beide Ehepartner voll berufstätig sind, und die Erziehung außerhalb der Familie erfolgt. Tatsächlich ist es so, daß die Erwerbstätigkeit als Leitbild nicht an Bedeutung verloren hat und entsprechend auch nicht zurückgeht.

Nach dieser volkswirtschaftlichen Sicht warf *Michael Neuhaus* von der Siemens AG, München, einen Blick auf die innerbetrieblichen Veränderungen in den Arbeits- und Produktionsstrukturen. Drei Trends prägen die derzeitige Umorientierung innerhalb der Betriebe. Erstens ist festzustellen, daß die Produkte in zunehmend kürzeren Abständen aufeinander folgen, so daß das technische Wissen der Mitarbeiter immer schneller veraltet. Doch eben die Wissenswerte tragen wesentlich zum Unternehmenswert bei. Daher darf sich das Unternehmen nicht allein auf die sogenannten statischen bzw. harten Werte stützen, sondern muß sich auch auf die dynamischen bzw. weichen Werte besinnen. Zu diesen zählen v.a. kommunikative Mitarbeiter mit sozialer Intelligenz. Zwar ist auch permanente Qualifizierung erforderlich, doch darf sie nicht zu unkommunikativen Fachidioten führen.

Den zweiten Trend bildet die starke Ausweitung der weltweiten Sprach- und Datenkommunikation. Sie hat Auswirkungen auf die Zeit und den Ort der Arbeit. Die Entwicklung geht von der Anwesenheit zur Erreichbarkeit und führt zu neuen Formen der Zusammenarbeit.

Der dritte Trend betrifft die komplexer werdenden Arbeitsprozesse: Die zunehmende Vernetzung wirkt sich auf die Organisations- und Führungsstrukturen aus. Hinsichtlich der Organisationsstrukturen lauten die entscheidenden Stichworte „von der Regelarbeitszeit zur Arbeitszeitflexibilität“ (Gleitzeit) und „vom Zeitstandard zur Individualregelung“. Letzteres beschreibt die Neuorientierung der Arbeitszeit an Aufgabeninhalten und Zielen. Hinzukommen kann eine Ergebnisorientierung, die die Arbeitsleistung nicht mehr nach „Schweiß und Fleiß“ bemißt, sondern nach deren Erfolg. Hinsichtlich der Führungsstrukturen erfordert die dezentrale Arbeitsorganisation neue Führungsinstrumente, wie z.B. die gegenseitige Rückmeldung von Mitarbeitern und Führungskräften. Der Dialog, der auch eine gemeinsame Zielvereinbarung miteinschließt, motiviert v.a. den Arbeitnehmer, der sich nicht mehr als willenloser Befehlsempfänger wahrnimmt.

Über den Umbruch im Öffentlichen Sektor berichtete *Maximilian Wallerath*, Lehrstuhlinhaber für Öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaften an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Dieser Umbruch ist ein Reflex des Funktionswandels des Staates in der Neuzeit: Während die Moderne noch die Vermittlung zwischen Wertrationalität und Zweckrationalität versuchte, beschränkt sich die Postmoderne auf die ökonomische Zweckrationalität. Dabei geht es nicht nur um die Neubestimmung der Anteile von Staat und Gesellschaft, sondern auch um die Binnenorganisation staatlicher Institutionen. Die Situation ist geprägt von hohen Staatsausgaben und einem Anstieg der öffentlichen Bediensteten. Um dem im Sinne der neuen ökonomischen Zweckrationalität zu begegnen, fordert man den „schlanken Staat“. Dahinter steht die Erfahrung der wohlfahrtsstaatlichen Übersteuerung, in der z.B. das Recht seine Funktion verkehrt hat und nicht mehr Probleme löst, sondern als deren Verursacher

empfunden wird. So kommt es zu einer Privatisierungsdiskussion und Deregulierungsdebatte.

Das neue Ziel ist eine Selbstbeschränkung des Staates auf seine Kernaufgaben. Methodisch besinnt man sich dazu – gemäß der ökonomischen Zweckrationalität – auf Modelle für privatwirtschaftliche Betriebe, die nun als Referenzmodelle für den Öffentlichen Sektor und die Verwaltung herangezogen werden. Indessen besteht nach *Wallerath* kein Einvernehmen darüber, worin denn inhaltlich die originären Kernaufgaben des Staates bestehen. Jedenfalls verliert die Überzeugung, daß die unsichtbare Hand des Marktes der verantwortlichen Korrektur durch die sichtbare Hand des Staates bedürfe, zunehmend an Durchsetzungskraft. Es muß generell gefragt werden, was der Markt unter Umständen besser oder weniger gut als der Staat leisten kann. Denn nur hinsichtlich öffentlicher Aufgaben mit spezifischer und hoher Bedeutung für das Gemeinwesen sind es die öffentlichen Einrichtungen, die sowohl für die Gewährleistung als auch für die Produktion zuständig sind, so etwa in der Gesetzgebung und Rechtssprechung, eventuell auch in Fragen der inneren Sicherheit. Daher ist konkret ein Modell abgestufter Verantwortung sinnvoll: Als Typen der Verwaltungsverantwortung können die Erfüllungs-, die Gewährleistungs- und die Ausfallverantwortung unterschieden werden. In den Bereich der Ausfallverantwortung fällt der ganze private Sektor, in den der Staat nur im Notfall subsidiär eingreift. Im Rahmen der Gewährleistungsverantwortung kann der Staat Aufgaben delegieren und arbeitet mit regionalen Einrichtungen zusammen. Nur die Aufgaben, für die der Staat die Erfüllungsverantwortung trägt, sollte er in eigener Regie wahrnehmen.

Der Wandel der Arbeitswelt wirft auch Fragen nach dem zeitlichen Ende der Erwerbstätigkeit und dem Übergang in den Ruhestand auf. Daher referierte *Frank Schulz-Nieswandt* vom Seminar für Sozialpolitik der Universität Köln zur Frage „Mit 60 in Rente?“. Er stellte fest, daß wir heute vor der doppelten Herausforderung stehen, daß die Zahl der Rentner zunimmt und zugleich die Rentner auch immer länger leben. Wichtig ist zu beachten, daß Altern nicht ein einheitlicher Prozeß ist, sondern heterogen verläuft und sich in den individuellen Biographien unterscheidet. Die Altersforschung beispielsweise unterscheidet zwischen alten Alten und jungen Alten. Das wiederum wirft die Frage auf, ob die Altersgrenze für den Ruhestand nicht neu bestimmt werden muß.

Das Ausscheiden aus dem Berufsleben ist auch ein psychologisch-anthropologisches Problem, wie jeder Übergang von einer Lebensphase in eine andere. Diese sogenannten Statuspassagen bedeuten für den Betroffenen auch immer einen Rollenwechsel, der mit der entscheidenden Frage verbunden ist: „Wie rette ich meine Lebenskonzeption in die neue Rolle hinein?“ Der konkrete Fall der Verrentung ist v.a. für Männer eine solche kritische Statuspassage. Allerdings kommen die meisten Männer sogar mit der Frühverrentung gut zurecht. Jedoch ist nach den Bedingungen hierfür zu fragen, wie z.B. soziale Stützsysteme oder die Einbettung in soziale Netze. *Schulz-Nieswandt* zog zwei Konsequenzen: Zum einen muß die Altersgrenze für die Rente aufgrund der demographischen Entwicklung hochgesetzt werden. Zugleich soll sie flexibel gehandhabt werden, um den unterschiedlich verlaufenden Biographien Rechnung zu tragen. Zum anderen wird es unvermeidbar sein, in die Rentenberechnung einen demographischen Faktor einzuführen.

Die Krise des Arbeitsmarktes wirft auch die Frage auf, welche Rolle die sogenannte Schwarzarbeit spielt. Ausgerechnet sie ist der am stärksten wachsende Wirtschaftszweig in Deutschland. Daher lohnt es, nach ihren Ursachen zu fragen und nach den entsprechenden Lösungsansätzen zu forschen. Auf diesem Hintergrund sprach *Friedrich Schneider* vom Institut für Volkswirtschaftslehre an der Johannes-Kepler-Universität Linz zu

„Schattenwirtschaft – Tatbestand, Ursachen, Auswirkungen“. Der Anteil der Schwarzarbeit in Deutschland beträgt 15% und ist damit sehr hoch. Allerdings herrschen einige falsche Vorstellungen über die Struktur und die Effekte der Schwarzarbeit. Sie wird z.B. zu zwei Dritteln von Erwerbstätigen ausgeführt. Nur der Rest wird jeweils zur Hälfte von Frührentnern bzw. Arbeitslosen und von illegalen Schwarzarbeitern getätigt. Daher ist es eine Illusion, daß für vernichtete Schwarzarbeit automatisch neue Arbeitsplätze entstünden. Weiterhin gilt in der Hälfte aller Fälle der Steueranstieg als Ursache für Schwarzarbeit. Das entspricht den subjektiven Äußerungen, die 71% als Grund für Schwarzarbeit angeben, daß der Staat schon genug kassiere. Desweiteren spricht gegen die Annahme, daß Schwarzarbeit zwangsläufig Arbeitsplätze vernichte, daß 68% ohne die Möglichkeit von Schwarzarbeit aus Kostengründen ganz auf die Leistungen verzichten müßten.

In dieses Bild paßt, daß Umfragen zufolge sowohl die Bereitschaft zur Schwarzarbeit als auch deren Akzeptanz in Deutschland ständig zunimmt. Über die Hälfte der Bevölkerung wäre bereit, schwarz erbrachte Leistungen in Anspruch zu nehmen, um sich angesichts der hohen Steuer- und Abgabenlast Erleichterung zu verschaffen. Daher hängt die sich verringernde Steuermoral eng mit der Zunahme der Schwarzarbeit zusammen. Als Reaktion des „kleinen Mannes“ wird Schwarzarbeit oft als eine „Demokratisierung des Steuerwiderstandes“ verstanden.

Ein weiterer Irrtum besteht darin, daß Schwarzarbeit nur negative Folgen habe, da sie die Wirtschaft belaste. Hingegen kann Schwarzarbeit und die damit einhergehende Steuerhinterziehung wie eine Steuersenkung auf die „offizielle“ Wirtschaft wirken, die zur Stabilisierung oder gar zur Förderung des Wirtschaftslebens beitragen kann. Außerdem wird 70% des schwarz verdienten Geldes unmittelbar regulär wieder ausgegeben, so daß Schwarzarbeit auch hier stabilisierend auf die Wirtschaft wirkt.

Freilich ging es *Schneider* nicht um ein Plädoyer für die Schattenwirtschaft. Er verwies auch auf die negativen Folgen der Schwarzarbeit. Zum ersten muß der Staat erhebliche Ressourcen aufwenden, um durch Kontrolle die Schwarzarbeit einzudämmen. Zum zweiten – und dies ist noch gewichtiger – stellt Schwarzarbeit das Gemeinwohl in Frage. Die Gefahr besteht darin, daß der Sinn für das Gemeinwesen und für die soziale Verpflichtung, deren konkreter Ausdruck Steuern und Abgaben sind, verlorengeht. Schwarzarbeit steht im Spannungsfeld der Einflußfaktoren von Lohnsatz, Arbeitsmarktsituation sowie Steuer- und Abgabenlast. Hier muß auch ihre Bekämpfung ansetzen. Höhere Strafen treffen nur die Symptome. Daher sollte sinnvoller bei den Ursachen der Schwarzarbeit angesetzt werden, z.B. bei dem zunehmenden Abgaben- und Steuerdruck, den es zu mildern gilt, um den Faktor Arbeit zu entlasten. Letzteres könnte auch durch eine Reduktion der weitgehenden Regulierungen und Vorschriften bewirkt werden. Eine weitere Möglichkeit bilden Freibeträge, um auf diese Weise die Schwarzarbeit neu in die Wirtschaft zu integrieren. Schließlich sollte der Staat Arbeitsleistungen, nicht Sachleistungen fördern, damit die Anreize zur Schwarzarbeit schwinden.

Im Rückblick auf die Tagung zeigt sich, wie tiefgreifend der Wandel der Arbeitswelt ist. Doch gerade angesichts der rasanten Umbrüche drängt sich die Frage auf, ob die Lösungen der gegenwärtigen Probleme nicht auf neuen Wegen – jenseits der herkömmlichen Arbeitsgesellschaft – zu suchen sind. Einen Ansatzpunkt hierzu bietet der weite Arbeitsbegriff, wie ihn die Katholische Soziallehre kennt. So entwickelt beispielsweise „Laborem exercens“ einen viel weiteren Horizont, als das ein nur auf die Erwerbstätigkeit eingeschränkter Arbeitsbegriff zuläßt. Diese Engführung prägt aber die derzeitige Diskussion um die Arbeitslosigkeit und den Wandel der Arbeitswelt. Auch wenn die

Erwerbsarbeit heute noch im Bewußtsein der meisten über persönliche Identifikation und gesellschaftliche Integration entscheidet, kann sich die Sozialethik nicht davon dispensieren kritisch zu fragen: Brauchen wir eine neue Arbeitsgesellschaft?

Unsere Gesellschaft ist eine Arbeitsgesellschaft, die sich fast ausschließlich an der Erwerbstätigkeit orientiert. Der private Lebensbereich wird davon streng getrennt. Die Erwerbstätigkeit erfolgt über den Markt und außerhalb des privaten beziehungsweise familiären Lebensbereichs, während alle anderen Tätigkeiten als nicht marktgängig in eben diesen privaten Lebensbereich verwiesen werden. Dazu zählen im familiären Bereich die Haus- und Erziehungsarbeit, aber auch das Engagement in Vereinen, ehrenamtliche Tätigkeiten sowie Selbst- und Nachbarschaftshilfen. Allerdings sind diese Tätigkeiten im Gegensatz zur marktförmigen und wertschöpfenden Erwerbstätigkeit nicht in vergleichbarer Weise, nämlich allenfalls ideell sozial anerkannt. Hier ist kritisch zu überlegen, ob in einer neuen Arbeitsgesellschaft ein solcher Dualismus zwischen Erwerbsarbeit und erwerbsunabhängiger Arbeit nicht aufgebrochen werden müßte. Es ist beispielsweise möglich, differenzierter zwischen Erwerbsarbeit, Eigenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement zu unterscheiden. Diese unterschiedlichen Arbeitsformen müßten in eine Beziehung zueinander gesetzt werden, damit sie sich ergänzen. Das könnte konkret so aussehen, daß die Erwerbstätigkeit weiterhin wichtig bleibt, jedoch nicht mehr so dominant den Lebensrhythtmus und die gesellschaftliche Integration des einzelnen bestimmt. Sinnvoll wäre es außerdem, nicht von Freizeit, sondern von Eigenzeit zu sprechen. So wird deutlich, daß diese Zeit nicht einfach frei ist von Erwerbstätigkeit, sondern nach den privaten Erfordernissen gestaltet ist. Hierzu zählen zum Beispiel auch Bildungszeit wie etwa das Studium oder Hausarbeit, die kaum als Freizeit gelten können. Von zunehmender Bedeutung ist schließlich die Bürger- oder Sozialzeit. Sie hat eine zivilgesellschaftliche Funktion und könnte daher eventuell durch ein Bürgergeld honoriert werden, das neben das Erwerbseinkommen tritt.

Die Vorteile bestehen darin, daß im Sinne des Subsidiaritätsprinzips die gestärkte Verantwortung und Eigeninitiative der einzelnen den Staat und die Kommunen beispielsweise im sozialen Nahbereich entlasten. Gleichzeitig wächst durch das bürgerschaftliche Engagement in diesem Bereich das soziale Kapital in der Gesellschaft. Außerdem reduzieren Menschen, die sich in der Eigen- oder Bürgerzeit befinden, ihre Erwerbstätigkeit und entlasten dadurch den Arbeitsmarkt. Schließlich ist ein Vorteil, daß auch diejenigen gesellschaftlich stärker integriert sind, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen.

Freilich kann ein solche grundlegende Umstrukturierung nur gelingen, wenn möglichst viele gesellschaftlichen Größen beteiligt sind: Unternehmen, Gewerkschaften, Kommunen, Einrichtungen, Arbeitsverwaltungen usw. Doch die Sozialethik hat die Aufgabe, hier kritische Vordenkerin zu sein, die kreativ nach neuen Wegen aus den festgefahrenen Vorstellungen fragt. Denn die Frage, ob Strukturen gerecht sind, ist speziell ihr Geschäft und angesichts des Wandels der Arbeitsgesellschaft eine aktuelle Herausforderung.

Dipl. theol. Alexander Saberschinsky ist Assistent am Lehrstuhl für Christliche Sozialwissenschaft an der Theologischen Fakultät Trier.

Christoph Böhr

Gemeinsinn und Eigennutz

Sind wir auf dem Weg in die Ellenbogengesellschaft?

Zu den seit langem am meisten verbreiteten Vorhaltungen kulturkritischer Zeitgenossen zählt die Klage, das gesellschaftliche Klima in unserem Land werde zunehmend kälter. Die Gesellschaft lasse zu, daß die Starken immer stärker und die Schwachen immer schwächer würden. Solidarität sei weithin ein Fremdwort geworden. Der Weg in die Ellbogengesellschaft scheint vorgezeichnet. Ist es demnach tatsächlich so, daß unsere Gesellschaft immer kälter und das Klima immer rauher wird? Was hält am Ende eine Gesellschaft, die mehr denn je individualistisch geprägt ist, zusammen?

In der Tat scheinen sich Tendenzen der Entsolidarisierung kaum leugnen zu lassen. Die Jungen stöhnen zunehmend unter der Last, die ihnen von der Rentenversicherung aufgebürdet wird, immer mehr flüchten vor den hohen Belastungen durch Steuern und Abgaben. Oft genug schauen wir einfach weg, wenn auf der Straße am hellichten Tag jemand tätlich angegriffen und zu Boden getreten wird, der Betrug gegenüber dem Finanzamt, der Krankenversicherung, dem Staat wie der Solidargemeinschaft gilt schon lange nicht mehr als verwerflich. Geht die Solidarität vor die Hunde?

Bevor voller Selbstmitleid der Schwanengesang einer untergehenden abendländischen Kultur angestimmt wird, lohnt es sich, einmal die Ursachen und Gründe solcher Entwicklungen zu untersuchen. Dann stellt sich nämlich schnell heraus, daß der Verdruß vieler Menschen keinesfalls der Abneigung entspringt, den Schwächeren unserer Gesellschaft zu helfen, sondern verursacht ist durch ein Übermaß von Solidaritätsappellen, die an unser Gewissen rühren sollen – und doch oft das genaue Gegenteil bewirken.

Was hat zu diesem Niedergang geführt? Und was hält eine Gesellschaft zusammen, wenn die Bereitschaft zur Solidarität immer weniger vorausgesetzt werden kann? Die Gründe für den Niedergang liegen auf der Hand. Sie haben keineswegs etwas mit einem Wandel von Werteinstellungen oder einer Veränderung menschlicher Verhaltensweisen zu tun. Vielmehr hat der Niedergang der organisierten Solidarität seinen tieferen Grund in der Art und Weise, wie Menschen erleben, zu welchen Ergebnissen der in der Form von Solidarsystemen organisierte Gemeinschaftsgeist führt. Diese Solidarsysteme haben bei uns ein Ausmaß an Komplexität erreicht, die den inneren Risikoausgleich – zum Beispiel zwischen Starken und Schwachen – anonymisiert. Die Leistungsbereitschaft des Leistungsstärkeren wird dadurch untergraben. Die Verstimmung, die sich einstellt, wenn eine Steigerung des Leistungsumfangs zu einem unaufhaltsamen Anstieg der Pflichtbeiträge führt, weckt das Bedürfnis, ein Gleichgewicht zwischen Einzahlungen und Auszahlungen auf eigene Faust herbeizuführen. Also bemüht man sich nach Kräften, die Solidargemeinschaft in Anspruch zu nehmen. Das hat mit einem Verfall von Solidarität nichts zu tun. Solidarität wird zerstört, wenn sich das Gefühl einstellt, mit den eigenen Beiträgen Trittbrettfahrer zu unterstützen, wohingegen man für sich selbst regelmäßig beobachtet, daß zwischen den

erfolgten Einzahlungen und den gewährten Auszahlungen kein Gleichgewicht mehr besteht.

Der Aufruf zu einer der Selbstlosigkeit verpflichteten Moral taugt angesichts solcher Probleme nicht als Leitbild für den Bau einer freiheitlichen Gesellschaft. Deren innere Ordnung folgt dem Prinzip der Subsidiarität, und das bedeutet auch: Hilfe beruht auf Gegenseitigkeit. Die Rechte und Pflichten eines jeden werden ihm entsprechend seiner Leistungskraft zugemessen. Jeder ist gefordert, aber niemand wird überfordert. Hilfe wird auf der Grundlage einer verläßlichen Wechselbeziehung gegeben. Und der Zusammenhang zwischen der eigenen Anstrengung und der dafür geleisteten Unterstützung durch die anderen bleibt gewahrt.

Heute stehen wir vor der Aufgabe, für das vereinte Deutschland einen Weg in das neue Jahrhundert zu weisen, der die Energien einer globalisierten Wirtschaft für die Weiterentwicklung des Wohlstands nutzt – und zwar für alle. Vieles spricht dafür, daß an die Stelle ehemals materieller Belohnungen, die eine Marktordnung um den Preis oft mühsamer Anstrengung bereithält, jetzt zusätzliche immaterielle Vergütungen treten müssen, weil die Faszination der Wohlstandsmehrung als Anreiz für bestimmte Verhaltensweisen inzwischen verblaßt ist. Im Gegenzug hat die Frage nach der moralischen Verläßlichkeit einer Gesellschaftsordnung, die auf Wettbewerb aufbaut, an Bedeutung gewonnen.

Wie nun vermag eine Ordnung der Freiheit moralisch erwünschtes Verhalten zu stützen? Zweifellos auch durch Erziehung, Gesetzeszwang und Kontrolle. Vor allem aber stützt eine Ordnung der Freiheit moralisches Verhalten, indem sie die unmittelbare Erfahrung von Glück, Lebenssinn, Erfüllung und Wohlbefinden vermittelt. Ihr Geheimnis liegt darin, daß sie Altruismus und Egoismus miteinander verbindet. Es kommt demnach darauf an, eine Markt- und Wettbewerbsordnung als das zu entdecken, was sie von Anfang an war: Nämlich die freiheitliche Alternative zum fürsorglichen und bevormundenden Vater Staat, der zwar Bequemlichkeit verspricht, dafür aber Einengung beschert und Unterordnung fordert.

Eine Markt- und Wettbewerbsordnung ist jedoch noch mehr als die Erfüllung von Selbstentfaltungswünschen: Sie ist eine moralische Institution, eine Regel für die Gestaltung von Beziehungen zwischen Menschen unter dem Gesichtspunkt rechtmäßiger und zulässiger Bedingungen, indem sie nämlich nur demjenigen Erfolg verspricht, der die Erwartungen anderer erfüllt – und gerade damit seinem eigenen Interesse folgt. Gemeinwohl und Eigeninteresse werden miteinander verknüpft. Diese Verbindung ist nicht das Ergebnis geheimnisvoller Kräfte, sondern erwächst aus der Ordnung des Marktes, nämlich seinen auf Ausgleich bedachten Regeln. Die sittliche Leistung einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung besteht darin, daß sie die persönliche Vorteilnahme eben nur in Abstimmung mit anderen ermöglicht.

Für die CDU bedeutet dies die Rückbesinnung auf das Leitbild der sozialen Marktwirtschaft. *Erhards* Modell verbindet vermehrte Eigenverantwortung und freiheitliche Lebensordnung mit einer sozialen Abfederung der Markt- und Wettbewerbsordnung. Somit werden die zum gesellschaftlichen Umbau notwendigen Kräfte freigesetzt, ohne daß den Menschen das Gefühl der Sicherheit genommen wird.

Viele fürchten heute, daß ein ungezügelter Kapitalismus die Oberhand gewinnt. Diese Furcht ist nicht grundlos. Gerade deshalb muß heute daran erinnert werden, daß eine Ordnung des Marktes vor allem den Sinn hat, vor den Verwundungen eines ungezügelten Kapitalismus zu schützen. Eine Marktordnung ist ein Regelwerk, mit dem gerade verhindert wird, daß der Stärkere den Schwächeren an die Wand spielt. Diese Seele des Marktes ist der Wettbewerb. Er verhindert

ungezügelte Rücksichtslosigkeit und grenzt die Macht des Starken ein. Je mehr Wettbewerb herrscht, um so größer ist der Nutzen des Marktes für die Schwächeren in einer Gesellschaft. Gerade sie können dann am ehesten Vorteile erwarten. Ein Beispiel aus jüngster Zeit kann das verdeutlichen: Seit bei den Kommunikationsdiensten in Deutschland die Monopole abgeschafft wurden, kann jeder für bezahlbare Kosten weltweit Dienstleistungen anbieten und abrufen. Aus einem Privileg weniger wurde eine Chance für jedermann. Nicht wenige Zwanzigjährige haben heute diese Chance ergriffen und genutzt.

Angst wäre ein schlechter Ratgeber angesichts der großen Veränderungen, die wir erleben. Gerade deshalb lohnt es sich vor Augen zu führen, dass soziale Marktwirtschaft eben dieses Ziel verfolgt: Den Menschen frei zu machen für eine Ordnung des Wettbewerbs, weil niemand Angst haben muß, am Ende ausgegrenzt zu werden. Und wenn ihm diese Gefahr einmal droht, kann er sich darauf verlassen, trotzdem am Reichtum der Gesellschaft weiter Anteil zu haben, indem ihm die Hilfe zur Selbsthilfe nicht verweigert wird.

Christoph Böhr ist Landesvorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz und Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag Rheinland-Pfalz.

Andreas M. Rauch

Katholisches Engagement in Berlin

1. Fehlende katholische Prägung

Katholisch ist Berlin nie gewesen. Dies mag geschichtliche Wurzeln haben. Noch zu Zeiten des Imperium Romanum, als unter Kaiser *Konstantin* das Christentum Staatsreligion wurde, stand das Gebiet an der Spree ebensowenig unter dem Einfluß Roms wie einige Jahrhunderte später unter dem christlichen Kaiser *Karl dem Großen* oder etwa zur Zeit der missionierenden Slawenapostel *Cyrillus* und *Methodius*. Um so leichter konnte sich in den Wirren der Reformation der Protestantismus in und um Berlin festsetzen. Bis heute ist eine protestantisch-preußische Prägung Berlins geblieben. Der tolerante Preußenkönig *Friedrich der Große* wollte aber auch der katholischen Minderheit in Berlin ein Zuhause geben, nachdem Preußen inzwischen viele katholische Gebiete zusammengeraubt hatte; so entstand die dem Pantheon in Rom nachempfundene St. Hedwigs-Kathedrale. Die Schloßkirche und das heute mit Wiederaufbau-Überlegungen bedachte Schloß waren architekonischer Ausdruck der Verbindung von Staat und evangelischer Kirche in der Wilhelminischen Ära.

Der einst starke evangelische Einfluß wurde nach Ende des I. Weltkrieges deutlich gedämpft. In der Weimarer Republik war Berlin vor allem der gesellschaftliche Anziehungspunkt für lebenslustige, freiheitsliebende Menschen, die sich von keinem etwas vorschreiben lassen wollten - und dies ist bis heute so geblieben. Die Enklave West-Berlin - in den Jahren 1949-1989 großzügig von Bundeszuschüssen aus Bonn unterstützt - förderte die Existenz zahlreicher kultureller und autonomer Gruppen, die bis in die Gegenwart bestimmend sind für das Lebensgefühl vieler Berliner. Das durch den Zusammenbruch des NS-Regimes hervorgerufene Vakuum Ost-Berlins wurde

rasch mit ebenso totalitären, diesmal sozialistischen Inhalten ausgefüllt. Die sogenannte sozialistische Architektur in Ost-Berlin mit ihren grauen Plattenbauten und breitangelegten Verkehrswegen läßt auch jetzt noch Seelenlosigkeit und Kirchenferne spürbar werden, da sie weder auf ein (Alt-)Stadtzentrum, geschweige denn eine Kirche ausgerichtet ist.

2. Geringe kirchliche Substanz

Im heutigen Erscheinungsbild Berlins bilden Kirchen und Religionsgemeinschaften einRandphänomen. Rund vierzig Prozent der Berliner sind überhaupt keiner Religionsgemeinschaft zugeordnet - auch eine Erbe aus DDR-Zeiten; weitere knapp vierzig Prozent gehören einer evangelischen Kirche an. Etwa sechs Prozent der Berliner sind Muslime; rund 0,4 Prozent umfaßt die jüdische Religionsgemeinschaft in Berlin.[1] Rund zehn Prozent der Berliner sind formal der katholischen Kirche zugehörig. Beteiligen sich in den alten Bundesländern durchschnittlich 17 Prozent der Katholiken aktiv am Gemeindeleben, so sind es in Berlin schätzungsweise halb so viele. Eine Katholikin, die wegen der Verlagerung ihres Arbeitsplatzes in der Bundestagsverwaltung von Bonn nach Groß-Glienicke umzog, berichtet: „Anfänglich gab es hier zwei Mal im Monat eine kleine Meßfeier in einer Turnhalle. Inzwischen dürfen wir einmal die Woche in der evangelischen Kirche Messe feiern.“ Nimmt durch Zuzug in den Grüngürtel Berlins die Zahl der Katholiken leicht zu, ist ein entgegengesetzter Trend in der Innenstadt zu beobachten. Der Pfarrer von St. Adelbert, *Peter Wehr*, bis Sommer 1999 Domvikar, erzählt, daß seine Pfarrei wegen anhaltenden Mitgliederschwundes wohl nächstes Jahr geschlossen wird. In Berlins Gemeinden, aber auch bei Veranstaltungen, ist eine gewisse Überalterung zu erkennen. Es sind vor allem Katholiken jenseits der fünfzig, die es in die Gemeinden oder zu katholischen Einrichtungen zieht.

Ein junger Katholik: „Kirche wird bei der jüngeren Generation in Berlin häufig nicht als Bereicherung und Hilfestellung für den Alltag, sondern als Einschränkung und Bevormundung erfahren oder einfach mit Desinteresse wahrgenommen. Schließlich hat Berlin viel zu bieten.“ Eine Ursache für diese Entwicklung ist darin zu suchen, daß Berlin unter die „Bremer Klausel“ fällt, was bedeutet, das es hier keinen staatlichen Religionsunterricht und in der Regel auch keine Schulgottesdienste an staatlichen Schulen gibt; der Religionsunterricht liegt ganz in der Verantwortung der katholischen Kirche, und die Stadt Berlin stellt allenfalls hierfür die Infrastruktur wie etwa Klassenräume. Kommunion- und Firmunterricht in Kirchengemeinden kann dies nicht kompensieren. So fehlt vielen jungen Erwachsenen in Berlin ein Grundwissen darüber, was Religion und Kirche überhaupt ist. Einige kirchliche Feiertage wie z.B. Fronleichnam sind in Berlin kein gesetzlicher Feiertag. Ergänzend ist zu erwähnen, daß der Katholizismus in Berlin multinational ist; beispielsweise gibt es einen bedeutenden Anteil von katholischen Polen in der Stadt. Hinzu kommen spezifisch soziologische Merkmale der Metropole Berlin. Jeder zweite Berliner ist ein „Single“; nur rund 40 Prozent der Stadtbevölkerunglebt in Ehe und Familie. Es gibt schätzungsweise ebenso viele eheliche wie nichteheliche Lebensgemeinschaften. Einen großen Einfluß auf das Berliner Stadtleben übt die sogenannte „Gay community“ aus. Ganze Straßenzüge sind mit der Regenbogenfahne dieser Bewegung beflaggt.

3. Die CDU und die Kirchen

Im Oktober 1999 zog der Deutsche Bundestag nach Berlin um. Das hat zur Folge, daß nicht nur Ministeriale und Lobbyisten sich neu orientieren müssen; auch die Bundestagsabgeordneten müssen lernen, sich in Berlin zurecht zu finden und zu organisieren. Hinzu kommt bei der CDU eine Neustrukturierung nach dem Ende der Ära von *Helmut Kohl* und *Wolfgang Schäuble*. Der neugekürte CDU-Fraktionschef im Deutschen Bundestag, der Sauerländer und Katholik *Friedrich Merz* sprach es am 4. Mai 2000 bei einemVortrag vor dem Bund Katholischer

Unternehmer (BKU) in Köln deutlich aus: „In der CDU steht uns ein Neubeginn in vielfältiger Hinsicht bevor. Es geht nicht nur darum, einen Neu-Anfang nach Helmut Kohl und der Spendenaffäre zu suchen. Die Partei muß sich neu ordnen, die CDU-Bundesgeschäftsstelle muß mit verringerter personeller und finanzieller Präsenz ihren Platz in der Bundespolitik und Berlin finden. ... Zu den derzeit schwierigen Rahmenbedingungen der CDU gehört ihr fehlender Rückgriff auf Ministerien und Bundeseinrichtungen. Ich habe die Hoffnung, daß notwendige Zuarbeit durch Institutionen wie den BKU und andere kirchliche Einrichtungen, die ihren Sitz noch in Berlin finden werden, kompensiert werden kann. Dies habe ich auch gegenüber Bischof Lehmann zum Ausdruck gebracht.“[2]

Mit der Wahl von *Merz* zum Fraktionsvorsitzenden kam es zu personellen Umschichtungen in der CDU. Mit der Benennung von *Maria Böhmer* als stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende schien auch der Bereich Kirchen und Religionsgemeinschaften an sie zu gehen. *Hermann Kues* setzte sich aber durch und ist weiterhin zuständig für die Kirchen innerhalb der CDU/CSU-Fraktion. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war, daß *Kues* über starke Wurzeln in den alten Bundesländern verfügt und dort bei kirchlichen Einrichtungen hinreichend bekannt ist. *Christa Reichard*, die in ihrem Werdegang Parallelen zu *Angelika Merkel* aufweist, dient als Ansprechpartnerin in kirchlichen Fragen vor allem für die neuen Bundesländer.

Für *Hermann Kues* liegt gegenwärtig eine große Herausforderung darin, Vereinbarkeiten zwischen Modernisierung und menschlichem Maß, zwischen einer Gesellschaft im Zeichen von Globalisierung und traditionellen christlichen Werten zu finden. *Kues:* „Die Diagnose von der ‚nachchristlichen‘ Zeit ist übertrieben, denn in unserer Kultur sind viele religiöse Bindungen wirksam. ... Die CDU hat jedoch die Christen noch nie für sich gepachtet. Die CDU wollte mit dem Adjektiv ‚christlich‘ nie abstreiten, daß es auch in anderen Parteien aktive Christen gibt. Dennoch hat sie sich, anders als andere Parteien, öffentlich zu dieser Orientierung bekannt. Noch immer wählen konfessionell gebundeneWähler überdurchschnittlich häufig die CDU, aber die Bindung konfessioneller Milieus an eine bestimmte Partei wird eindeutig schwächer.“[3] Für *Kues* gibt es keine direkten Anweisungen für die Lösung konkreter politischer Herausforderungen, die sich aus dem Glauben ableiten. „Die Zehn Gebote und die Bergpredigt geben für die allermeisten Probleme nur eine Art Möglichkeitsraum vor. ... Das christliche Element in der Politik zu suchen kann deshalb nicht bedeuten, es in einem bestimmten Parteiprogramm abbilden zu wollen. Es geht vielmehr um ein Bemühen um Verantwortlichkeit in der Politik. Für Christen besteht die Verantwortbarkeit nicht nur vor den Menschen, sondern auch vor Gott.“[4]

4. Kardinal-Höffner-Kreis

Innerhalb der CDU/CSU-Fraktion ist der Kardinal-Höffner-Kreis (KHK) zu nennen, der sich auch mit kirchlichen Fragestellungen befaßt. Dieser Kreis geht auf eine Initiative des früheren Bundesministers *Norbert Blüm* zurück, der als rheinischer Katholik eine besondere Affinität zu Kardinal *Höffner* hatte. Zudem erfreuen sich die Publikationen des Bischofs und Sozialethikers nicht nur in Deutschland, sondern auch in Mittel- und Osteuropa großer Anerkennung. Über den Verein „Ordo socialis“ ist *Höffners* „Christliche Gesellschaftslehre“ mittlerweile in zwölf Übersetzungen erhältlich, u.a. dank der Zusammenarbeit mit der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung, dem BKU und dem Kolpingwerk. Seit einigen Jahren hat *Georg Brunnhuber* die Leitung des KHK übernommen. In der Regel lädt *Brunnhuber* in halbjährlichem Abstand zu Vorträgen mit prominenten Kirchenvertretern ein, zuletzt mit Weihbischof *Dick*, Erzbischof *Dyba*, Prälat *Gatz*, dem Apostolischen Nuntius Erzbischof *Lajolo* und Prälat *Jüsten*. Der KHG dient dem Informationsaustausch zwischen Politik und Kirche, aber auch der Beratung bei so heiklen Fragen wie Schwangerschaftskonfliktberatung/Donum vitae.

Anläßlich des Heiligen Jahres 2000 führte der KHK vom 27. - 30. April eine Delegationsreise nach Rom durch, an der neben Weihbischof *Dick* und dem Erfurter Uni-Rektor *Wolfgang Bergsdorf* 17 Bundestagsabgeordnete teilnahmen. Neben einer Audienz beim Heiligen Vater fanden Gespräche mit dem Präsidenten des Rates von *Justitia et Pax*, Erzbischof *Francois Xavier Nguyen van Thuan* und seinem Sekretär Bischof *Diarmuid Martin* statt. Themen waren u.a. die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, die Behandlung von Menschenrechtsthemen[5] und die Zusammenarbeit der Parlamentarier mit der Deutschen Kommission *Justitia et Pax* und anderen Institutionen, die sich aus dem katholischen Umfeld in Berlin ansiedeln.

5. Weitere katholische Aktivitäten im politischen Berlin

Seit dem Regierungsumzug nach Berlin ist die Beziehung zwischen Kirche und Politik nicht einfacher geworden. Zur örtlichen Distanz kommt das Auseinanderdriften von Kirche und Gesellschaft, welches auch Auswirkungen auf das Verhältnis von Kirche und Politik hat. Der Umzug nach Berlin ist auch zum Symbol für das Ende der Selbstverständlichkeit christlicher Präsenz in Politik und Gesellschaft geworden. Denn mit dem Austausch des politischen Führungspersonals nach der Bundestagswahl 1998 und nach dem Berlin-Umzug hat sich die Gewichtsverteilung zwischen den Konfessionen, mehr aber noch zwischen kirchlich Gebundenen und Konfessionslosen verändert. Politisch geraten beide Kirchen in eine Minderheitenposition, die sich durch die eingangs skizzierte Situation in Berlin noch verschärft. Positionen, die sich aus kirchlicher Sicht als unaufgebbar darstellen, verlieren im gesellschaftlichen Alltag ihre Relevanz, werden abgeschliffen oder sind schlicht gar nicht mehr den politisch Verantwortlichen vermittelbar. Gleichgültigkeit, nicht öffentlicher Widerspruch wird zum geläufigen Reaktionsmuster auf kirchliche Äußerungen.

Um diesem Trend auf der politischen Ebene in Berlin entgegenzuwirken, wurde der *Politische Club* bei der Katholischen Akademie Berlin gegründet. Katholische Bundestagsabgeordnete wollen künftig über die Parteigrenzen hinweg für eine christlich orientierte Politik zusammenarbeiten. Dies bezeugen *Wolfgang Thierse* (SPD), *Christa Nickels* (Grüne), *Hermann Kues* (CDU) und *Jörg van Essen* (FDP) in einem gemeinsam verfaßten Grundsatzpapier. Die vier Bundestagsabgeordneten zählen zu den Initiatoren des „Politischen Clubs“, dem 30 katholische Parlamentarier angehören und der viermal im Jahr zu Problemen von Kirche und Politik tagt. Dem Politischen Club gehören auch *Hans Langendörfer* (Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz), *Hans Joachim Meyer* (Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken), *Ernst Pulsfort* (Geistlicher Rektor der Katholischen Akademie Berlin), *Burkhard Reichert* (Referent für Kirchenfragen bei der SPD) und *Susanna Schmidt* (Direktorin der Katholischen Akademie Berlin) an.[6] *Hans Langendörfer*: „Unterhalb des Verfassungsrechts hat sich ja die Beziehung zwischen Kirche und Staat deshalb sehr gewandelt, weil der ‚Staat‘ nicht mehr der Staat von gestern ist. Andererseits werden kategorische Verbindlichkeiten, an denen die Kirche unbeirrt festhält, von vielen Menschen auch unter neuen Bedingungen als hilfreiche Orientierung empfunden. Hierzu gehören insbesondere der unbedingte Lebensschutz und das entschiedene Eintreten für die Rechte der Schwachen.“[7]

Neben dem „Politischen Club“ gibt es das „Foyer für Gespräche zwischen Kirche, Gesellschaft, Politik“ in Berlin. Die Foyerarbeit wird ehrenamtlich geführt und personell durch das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken (ZdK) betreut, welches neben der Katholischen Akademie Berlin, der Norddeutschen Provinz der Jesuiten und dem Katholischen Büro eine der Trägereinrichtungen des Foyers ist. Die Funktion des Katholischen Büros im Trägerkreis des Foyers beschränkt sich auf eine „beratende Mitwirkung“. Die Gesprächsrunden des Foyers z.B. zum Thema islamischer Religionsunterricht an staatlichen Schulen mit in der Regel 15-

20 gezielt eingeladenen Gästen aus Parlament, Ministerien, Wissenschaft und Journalismus, bieten im Austausch mit Verantwortlichen aus dem kirchlichen Leben die Gelegenheit, aktuelle Fragen und längerfristige Probleme der Politik vor dem Hintergrund der katholischen Soziallehre und kirchlicher Positionen zu erörtern.

Zur Intensivierung seiner politischen Vorfeldarbeit hat das *ZdK* in Berlin ein Büro eingerichtet, dessen Hauptaufgabe darin besteht, politische Entwicklungen zu beobachten, Kontakte zu knüpfen sowie Begegnungen und Gespräche zu initiieren. Darüber hinaus soll das Büro als Anlaufstelle fungieren für das Gespräch mit den Künsten und der zeitgenössischen Kultur. Mit derzeit zwei Mitarbeitern sind seine Wirkungsmöglichkeiten allerdings begrenzt. Ebenfalls mit einer Dienststelle ist die Bischöfliche Aktion *Misereor* (Leiter: *Volker Kasch*) in Berlin vertreten, die sich vor allem mit entwicklungspolitischen Themen befaßt. *Misereor* finanziert sich als Zuwendungsempfänger des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und durch Spenden. Aufgrund seiner zahlreichen Auslandsprojekte sucht *Misereor* den direkten Kontakt zum Auswärtigen Amt, welches seinen ersten Dienstsitz in Berlin hat. *Misereor* baute seine Berliner Dienststelle aus, um bei wichtigen Parlaments- und Ausschußsitzungen sowie im parlamentarischen Umfeld präsent zu sein.

Für das Verhältnis von Staat und Kirche ist das *Katholische Büro* unter seinem Leiter Prälat *Karl Jüsten* zuständig, welches am 1. März 2000 seine Arbeit in Berlin aufgenommen hat. In der Arbeit des Katholischen Büros spielen juristische Fragen, etwa im Zusammenhang mit dem Steuerrecht, eine große Rolle. *Jüsten* beklagt, daß das Katholische Büro personell etwas abgespeckt nach Berlin kam; lediglich eine Europa-Referentenstelle sei ihm wegen der zusätzlichen Europa-Verantwortlichkeit bewilligt worden. Für *Jüsten* gehört es zu den Aufgaben seines Büros, Entwicklungen zu beobachten, Kontakte zu knüpfen sowie Begegnungen und Gespräche zu initieren in Zusammenarbeit mit anderen kirchlichen Trägern und den Stellen der Berliner Ortskirche. *Karl Jüsten*: „Es gibt objektive Kriterien für sittliches Handeln. Das gesellschaftliche Ethos darf nicht zur Frage einer Charakterangelegenheit reduziert werden."[8] Neben dem Katholischen Büro Berlin gibt es noch das *Katholische Militärbischofsamt*, welches für die katholische Seelsorge in der Bundeswehr verantwortlich ist und grundsätzliche Fragen zwischen katholischer Kirche und Bundesverteidigungsministerium behandelt. Der derzeitige Militärbischof ist Erzbischof *Johannes Dyba*.

Eine weitere Einrichtung der katholischen Hauptstadtpäsenz ist die *Katholische Akademie Berlin*, die allerdings auch für die neuen Bundesländern zuständig ist und personell wie finanziell bei weitem nicht so gut ausgestattet ist wie etwa die Katholische Akademie in Bayern. Trotzdem sind die Veranstaltungen der Akademie auch im politischen Berlin sehr geschätzt. Das Katholische Zentrum in der Hannoverschen Straße unweit vom Bahnhof Friedrichstraße mit der Akademie als zentralen Bestandteil ist kein Katholiken-Ghetto: In der Tagungsstätte finden Beratungen der CDU-Bundesgeschäftsstelle ebenso wie Umweltfachtagungen von Bündnis 90/Die Grünen und Sitzungen sowie Anhörungen des Spenden-Untersuchungsausschusses statt.

Desweiteren leistet der *Deutsche Caritasverband* (DCV) als größter deutscher Wohlfahrtsverband einen Beitrag zur Verankerung der katholischen Kirche im politischen Berlin. Am 12. Mai weihte der Präsident des DCV, Prälat *Hellmut Puschmann*, die neuen Räume der DCV-Hauptvertretung im Katholischen Zentrum in Berlin-Mitte ein. Zu den Aufgaben der Hauptvertretung Berlin gehören die Kontaktpflege zu den in Berlin ansässigen Ministerien und Dienststellen sowie zu Parlament und Parteien. Die DCV-Hauptvertretung Berlin hat eine klassische Schnittstellenfunktion. Dem Leiter der DCV-Hauptvertretung, Direktor *Heribert Mörsberger*, stehen drei Fachreferenten zur Verfügung.

Eine weitere wichtige Einrichtung ist der *Katholische Familienbund*, der seine Bundesgeschäftsstelle in Berlin hat und dessen Sprecher *Georg Kardinal Sterzinsky* ist. Gerade angesichts der Umbrüche in der bundesdeutschen Gesellschaft gilt es - so *Sterzinsky* - das Leitbild der Familie als Grundpfeiler der Gesellschaft zu bewahren. Erwähnung finden soll auch die *Romano-Guardini-Stiftung*, die seit 1987 von Berlin aus vor allem im kulturellen Bereich wirkt, Mittel der Europäischen Union erhält und Kontakte nach Osteuropa pflegt. Die Guardini-Stiftung engagiert sich vor allem in den Bereichen Bildende Kunst, Film und musikalischen Darbietungen. Mit der Präsentation von Gegenwartskunst (Künstlerhaus), Förderung des internationalen Dialoges zwischen Künstlern und Wissenschaftlern sowie mit Kontemplation und Gottesdienst steht die Stiftung in der geistigen Tradition des Theologen und Philosophen *Romano Guardini* (1885-1968). Außerdem ist die *Freie Universität Berlin* zu nennen, an der es eine Professur für Biblische Katholische Theologie und für Katholisch-Systematische Theologie gibt. Das reicht natürlich nicht aus, und langfristig ist die Einrichtung einer Kath.-Theologischen Fakultät anzustreben, auch wenn die Chancen hierfür derzeit nicht gut sind. Im Modus der Überlegung befindet sich gegenwärtig die Idee, einen Sozialethik-Lehrstuhl an der *Humboldt-Universität* einzurichten.

6. Weitere Planungen

Darüber hinaus bestehen Überlegungen, eine Berliner Außenstelle des *Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz* einzurichten, in der u.a. Pressearbeit für die in Berlin ansässigen Journalisten geleistet wird. Die Deutsche Kommission *Justitia et Pax* soll nach Berlin verlegt werden. Es erfolgen derzeit Prüfungen, wie in zwei weiteren zentralen Handlungsfeldern kirchlicher Arbeit in Berlin eine Neugründung bzw. eine Umgründung von bestehenden Institutionen sinnvoll erscheint: Anknüpfend an die Tradition des Guardini-Lehrstuhls sowie angesichts der wachsenden geistigen und kulturellen Ausstrahlung Berlins sollen weitere Akzente der Präsenz der Kirche im Raum von Wissenschaft, Kunst und Kultur gesetzt werden - z.B. in Form von Sachmittelhilfen. Der interreligiöse und interkulturelle Dialog soll verstärkt werden, da der Dialog der Religionen und Kulturen in Berlin vor besonderen Herausforderungen steht, was insbesondere den christlich-jüdischen und den christlich-islamischen Dialog betrifft. Es wird daran gedacht, hierfür die Katholische Akademie Berlin personell und finanziell zu stärken.

Die Chance von Einrichtungen im kirchlichen Umfeld in Berlin besteht gegenwärtig darin, durch Expertengespräche und prominente Referenten zu aktuellen politischen Themen Interesse im politischen Berlin zu wecken. In Berlin werden zahlreiche Einladungen versendet, die jedoch in der Regel lediglich das Einzelinteresse eines Verbandes oder eines Wirtschaftsunternehmens wiederspiegeln. Eine Marktlücke ist gegenwärtig bei allgemein-politischen und grundsätzlichen Themen zu beobachten, bei denen Grundsätze des Gemeinwohls im Vordergrund stehen. Diese Marktlücke ist auch deshalb entstanden, weil bislang die politischen Stiftungen nur in sehr reduziertem Umfang nach Berlin umgezogen und zudem von Sparmaßnahmen betroffen sind. Wer hier in den nächsten Monaten durch attraktive und interessante Einladungen sich einen Namen macht, hat die Chance, einen bedeutenden Personenkreis im politischen Berlin anzusprechen.

7. Ausblick

Katholisches Engagement in der Bundeshauptstadt Berlin vermag einen Beitrag zu leisten, daß die Kirchen mit maßgeblichen gesellschaftlichen Gruppen im Gespräch bleiben, gesellschaftliche Probleme nach Vorstellungen christlicher Wertüberzeugung gelöst, kirchliche Einrichtungen erhalten und die Kirchensteuer gesichert wird. Dieses Engagement hat aber auch viel mit Ernüchterung zu tun. Es ist deshalb nachvollziehbar, daß sich die Deutsche Bischofskonferenz

entschlossen hat, mit ihrem Sekretariat und ihren Zentralstellen fürs erste in Bonn zu bleiben. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof *Karl Lehmann*: „Das politische Zentrum eines Landes ist nicht zugleich auch das kirchliche Zentrum. Das heißt, es wäre falsch, wenn die Kirche den Eindruck erwecken würde, als müsse sie alle ihre Aktivitäten mit den politischen Vorgängen abstimmen. Die katholische Kirche ist mit dem Katholischen Büro offiziell in Berlin vertreten. Dieses Katholische Büro ist der Ansprechpartner für Bundesregierung, Parlamentund, Parteien. Das heißt, wir sind im politischen Berlin präsent. ... Ob auch andere Einrichtungen der Deutschen Bischofskonferenz oder der katholischen Kirche insgesamt nach Berlin umziehen sollen, darüber kann man unter Nützlichkeitserwägungen sprechen; nicht aber unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Kirche und Politik. Das ist davon nicht abhängig. Einige Einrichtungen der katholischen Kirche mehr oder weniger in Berlin können ohnehin keine ‚breite kirchliche Präsenz' schaffen. Es erscheint sinnvoll, die weitere Entwicklung in Ruhe zu beobachten ..."[9]

Anmerkungen

1) Das Statistische Landesamt Berlin hat 1997 eine Gruppe von 199.000 Muslimen und 12.000 Juden in Berlin erfaßt; die Gesamtbevölkerung lag bei 3,398 Mio.
2) Friedrich Merz bei den rheinischen Diözesangruppen des Bundes Katholischer Unternehmer in der Kölner Industrie- und Handelskammer am 3. Mai 2000; vgl. Tobias Asmuth: Daheim ist es auch für Merz am schönsten. In: FAZ, 27. April 2000.
3) Hermann Kues: Thesen zum Referat „Das C in der Politik" beim Treffen der CDA Gladbach am 14. April 2000.
4) Kues, ebd.
5) o.V.: 164 000 Christen starben 1999 wegen ihres Glaubens. Weltweit werden religiöse Überzeugungen unterdrückt - Von systematischer Verfolgung kann aber keine Rede sein, in: Die Welt, 19.1. 2000.
6) Vgl. Sabine Höher: Manifest für eine christliche Politik, in: Rheinischer Merkur, 23. April 2000, S. 37.
7) Hans Langendörfer: Und was sagt die Kirche dazu?, in: Rheinischer Merkur, 23. April 2000, S. 37
8) Zitiert aus: Andreas M. Rauch: Sittlichkeit soll Politik bestimmen, in: Deutschlandmagazin, 5/2000, S. 45.
9) Der Autor im Interview mit Bischof Lehmann im Juli 2000 anläßlich einer Themenausgabe von „Das Parlament" zu „10 Jahre Deutsche Einheit".

Dr. Andreas M. Rauch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der CDU-Bundestagsabgeordneten Christa Reichard (Dresden) und Lehrbeauftragter an der christlichen Universität Potchefstroom in Südafrika.

Ireneusz Stolarczyk

Nach dem Vorbild Mönchengladbach

Die KOSS in der Diözese Tarnów (Polen)

Die politisch-gesellschaftlichen Wandlungen in Osteuropa haben die Aufmerksamkeit auf das Bedürfnis gelenkt, die wiedergewonnene Freiheit verantwortlich zu nutzen. Die Freiheit verlangt Werte und Grundsätze, die es nicht erlauben, die Freiheit in eine für den Menschen unheilvolle und ihn schließlich knechtende Mutwilligkeit umzuwandeln, sondern dazu beitragen, politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen zu bauen, welche die Achtung der Menschenwürde sichern. Im Blick auf dieses Ziel ist es wichtig, organisierte Zentren zu gründen, in denen man durch die integrale Erkenntnis der menschlichen Natur eine umassende Antwort auf die Frage nach der menschenwürdigsten Gestalt des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens finden kann. Solche Zentren erfreuen sich besonders in Polen eines großen öffentlichen Interesses.

Mit dem Beschluß von Bischofs *Józef Zycinski* - des damaligen Ordinarius der Tarnower Diözese - ist vor zwei Jahren mit finanzieller Unterstützung von *Renovabis* die *Katholische Zentralstelle für Sozialstudien* (Katolicki Osrodek Studiów Spolecznych - KOSS) in Lipnica Murowana entstanden. Diese Institution, inspiriert durch die Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle (KSZ, Mönchengladbach), entfaltet ihre wissenschaftliche Tätigkeit im Strukturrahmen des Theologischen Instituts in Tarnów. Das ist die Hauptform der KOSS-Aktivitäten. Die KOSS geht folgenden Aufgaben nach: eine tiefere Erkenntnis der Glaubenslehre durch das Studium der Philosophie und Theologie, Reflexion und Vermittlung der kirchlichen Gesellschaftslehre und der christlichen Sozialethik, Integration der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Erforschung der polnischen Kultur und Geschichte sowie die Vorbereitung auf gesellschaftliches Engagement durch praktische Übungen. Um die obengenannten Ziele zu realisieren, führt die KOSS ein regelmäßiges dreijähriges Studium sowie entsprechende Unterrichtseinheiten in Gestalt von thematischen Blöcken durch. Das reguläre Studium ist für eingeschriebene Studenten, die thematischen Blöcke hingegen sind für Gasthörer bestimmt.

Ins erste Studienjahr können nur Personen aufgenommen werden, die ein staatliches Reifezeugnis besitzen. Diese Anforderung betrifft nicht die Gasthörer, die am - den einzelnen Themenblöcken gewidmeten - Unterricht teilnehmen wollen. Nach Testierung aller mit dem Programm vorgesehenen Vorlesungen und Übungen bekommt der Student ein Abschlußdiplom der KOSS. Dieses Diplom berechtigt dazu, in jenen katholischen Vereinen und Bewegungen Vorlesungen zu halten und Spezialunterricht zu erteilen, die die Thematik der christlichen Gesellschaftslehre aufgreifen. Im dritten Semester können die KOSS-Absolventen im Theologischen Institut in Tarnów auch das Magisterstudium zwecks Erlangung eines wissenschaftlichen Grades fortsetzen.

Neben dem Vorlesungsbetrieb werden durch die KOSS Kurse und Symposien über aktuelle und grundsätzliche sozialethische Themen organisiert. Ein Vorbild für diese Tätigkeit ist die langjährige Erfahrung der KSZ geworden, und vor allem die von ihr, d.h. von Prof. *Anton Rauscher* organisierten internationalen Symposien. Das erste KOSS-Symposium hat das Thema behandelt: „Das gesellschaftliche Engagement der Katholiken“. Die Vortragenden betonten, daß im Dynamismus des Alltags, in der Zeit von lauten Fragen und seichten Antworten die Erwartung richtiger Lösungen, kluger Vorschläge und dauerhafter Beziehungen immer größer würde. Das betrifft das persönliche wie das gesellschaftliche Leben. Immer häufiger wendet sich die Aufmerksamkeit dem glaubwürdigen Zeugnis des eigenen Handelns zu und fragt nach der Übereinstimmung von Glauben und Leben. Dieses Zeugnis ist Ausdruck der Verantwortlichkeit: für getroffene Entscheidungen und Handlungen, für präsentierte Einstellungen, geäußerte Meinungen und Anschauungen. Die Spaltung zwischen Glauben und Alltagsleben wird für „den wichtigsten Fehler

unserer Zeiten“ gehalten (*Christifideles laici*, Nr. 59). Hingegen bereichert das vom Licht des Glaubens inspirierte Engagement auch das gesellschaftliche Leben.

Ein weiteres Symposium beschäftigte sich mit dem Thema „Die Jugendkriminalität als eine gesellschaftliche Herausforderung“. Die Behauptung ist schwer zu widerlegen, daß die Kriminalität zwei grundsätzliche Tendenzen zeigt: einerseits sinkt - was erhebliche Unruhe erzeugt - das Alter der Täter, andererseits wächst die Brutalität der Delikte. Immer mehr wird über die wachsende Jugendkriminalität diskutiert und man fordert, konkrete Maßnahmen gegen sie zu ergreifen. Was aber kann und soll in dieser Situation getan werden?

Die Vielfältigkeit der Faktoren, die auf die Jugendkriminalität Einfluß nehmen, macht auf die Tatsache aufmerksam, daß jede Vorbeugung gegenüber diesem Problem mit dem Engagement verschiedener Gesellschaftsgruppen - je nach ihren Möglichkeiten und Kompetenzen - verbunden sein muß. In diesem Sinne kann man sagen, daß die Jugendkriminalität eine gesellschaftliche Herausforderung ist, die in erster Linie an Eltern, aber auch an alle Erziehungs- und Lehranstalten und sogar an die Staatsverwaltung gerichtet ist. Die Referenten dieser Tagung haben auch die Notwendigkeit der Einführung positiver Vorbildhandlungen unterstrichen - etwa durch die Heranbildung eines günstigen Familien-, Altersgenossen- und Kulturmilieus, in dem die junge Persönlichkeit Möglichkeiten zu ihrer vollen Entwicklung finden kann. Hinsichtlich der vorgeschlagenen Werthierarchie, der Erfahrungen und Möglichkeiten wurde hier besonders die verantwortliche Aufgabe und Rolle der Kirche ins Spiel gebracht.
Die Resultate der genannten Symposien wurden in der wissenschaftlichen Schriftenreihe der KOSS publiziert, die sich hierbei wiederum die „grünen Hefte“ der Mönchengladbacher KSZ, also die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ zum Vorbild nahm. Diese Hefte wurden an alle mit der entsprechenden Thematik befaßten Adressaten verschickt.
Es ist auch bemerkenswert, daß die KOSS eine reiche Bücher- und Artikelsammlung aus dem Bereich der katholischen Gesellschaftslehre sammeln will. Die den Erfahrungen der KSZ nachgebildete Initiative soll den Zugang zur Fachliteratur allen ermöglichen, die in der Gesellschaftslehre der Kirche nach Beweggründen für gesellschaftliches Handeln suchen. KOSS plant auch die wissenschaftliche Partnerschaft mit verwandten Zentren im In- und im Ausland. Das Ziel solcher Kontakte sollen Erfahrungsaustausch und schöpferische Zusammenarbeit sein.

Dr. Ireneusz Stolarczyk leitet die „Katholische Zentralstelle für Sozialstudien“ (Katolicki Osrodek Studiów Spolecznych - KOSS) in Lipnica Murowana, Polen.

Stefan Raabe

Demokratie braucht politische Bildung

Die politische Bildung, so ist allenthalben zu lesen, steckt in einer Krise. Hinsichtlich der Ursachen und Deutungen der Krise gehen die Meinungen auseinander. Liegt es an der politisch-moralischen Polarisierung (Parteilichkeit) oder an der subjektorientierten Pädagogisierung (Betroffenheit), daß der politischen Bildung das Politische als etwas Objektives, in das durch Lernen einzudringen sei, abhanden gekommen ist? Befindet sich die politische Bildung in

den neuen Bundesländern nicht in einer ähnlichen Situation wie nach 1945, als die potentiellen Erzieher selbst zunächst demokratisch zu erziehende waren? Wie verhält es sich mit den Langzeitwirkungen staatssozialistischer Sozalisierung? Gerade im neuen Osten der Republik greift Rechtsradikalismus um sich. Die Anstrengungen politischer Bildungsarbeit zielen darauf, über Politik als bedeutende Wirklichkeit unseres Lebens aufzuklären, zu vernunftgeleiteter politischer Urteilsbildung beizutragen und dadurch das demokratische Gedankengut in unserer Gesellschaft zu verwurzeln. Worauf basiert dieses demokratische Gedankengut jedoch, woher gewinnt es seine Überzeugung? Woher kommen die grundlegenden ethischen Kategorien politischer Urteilsbildung? Welche Rolle spielt hierbei die christliche Sozialethik? Ein formales demokratisches Regelsystem und relativer materieller Wohlstand bringen alleine noch keine tragenden ethischen Wertvorstellung hervor. Wie ist schließlich überhaupt eine sachgerechte Urteilsbildung in der Unübersichtlichkeit globaler Zusammenhänge möglich? Zwei aktuelle Handbücher geben in sehr übersichtlicher Weise fundierte Grundinformationen über Praxis und Theorie politischer Bildung, wenngleich sie viele Fragen offenlassen:

Wolfgang Sander (Hrsg.), Handbuch politische Bildung. Wochenschauverlag, Schwalbach/Ts 1997, 569 Seiten

Der Herausgeber ist Professor für Poltikdidaktik in Jena. Sein Werk gliedert sich in sechs Kapitel. *Sander* bietet zunächst eine knappe Einführung zum Stand der Theorieentwicklung. Im zweiten Kapitel werden die verschiedenen Zugangsweisen zum komplexen Bereich der Politik erörtert: exemplarisches Lernen, Problemorientierung, Kontroversität, Teilnehmer- und Handlungsorientierung sind hier wichtige Stichwörter. Kapitel drei stellt die wichtigsten Praxisfelder politischen Lernens von der Erziehung im Vorschulalter bis hin zur Erwachsenenbildung vor. Der inhaltlichen Frage, was in der politischen Bildung gelernt werden soll, ist das vierte Kapitel gewidmet. Hier finden sich Beiträge zu den Themengebieten Institutionenkunde, Werteerziehung, Wirtschaft, Recht, Geschichte, Umwelt, Frieden, Medien, Europa sowie zum interkulturellen und geschlechtsspezifischen Lernen. Die Methoden politischer Bildungsarbeit sind Gegenstand des fünften Kapitels. Quellen- und Projektarbeit, spielerische und forschende Ansätze, kreativ-ästhetische Zugänge und Formen selbstgesteuerten Lernens werden vorgestellt. Der Band schließ mit einem Überblick über die bildungspolitischen Rahmenbedingungen, wobei insbesondere der Beitrag über die Entwicklungen in den neuen Bundesländern seit der Wende 1989 Interesse verdient.

Bei der Lektüre des Handbuches fällt auf, daß Begriffe wie christliche Sozialethik, katholische Soziallehre oder das Themenfeld Kirche, Religion, Christentum überhaupt nicht vorkommen. Ist das innerhalb der politischen Bildung nicht relevant oder bloß nicht im Blick? Die christlichen Kirchen als nach wie vor nicht unbedeutende Träger politischer Jugend- und Erwachsenenbildung und ihre Theoriekonzepte sind jedenfalls völlig ausgeblendet. Demokratie muß in jeder Generation neu erworben werden, zumal in Deutschland angesichts der jüngsten Geschichte.[3] Damit gewinnt die politische Jugendbildung einen besonderen Stellenwert. Wer heute mit Jugendlichen zu tun hat oder sich über dieses Gebiet informieren möchte, wird hier viele Informationen, Anregungen und Orientierungshilfen finden:

Benno Hafeneger (Hrsg.), Handbuch politischer Jugendbildung. Wochenschauverlag, Schwalbach/Ts 1997, 359 Seiten

Es gibt allerdings zu denken, wenn der Herausgeber, Erziehungswissenschaftler an der Universität Marburg, gleich im Vorwort feststellt, die politische Jugendbildung sei nach ihrer Erfolgsgeschichte in der Bundesrepublik heute von einem Bedeutungs- und Aufmerksamkeitsverlust betroffen. Welche Folgen wird

dies für die Zukunft des Staates haben? Vor diesem Problemhintergrund will das Handbuch einen bilanzierenden und orientierenden Beitrag leisten. Es gliedert sich in drei Kapitel: In einer Standortbestimmung geht es zunächst um die Lebensphase Jugend, um die Geschichte der außerschulischen politischen Jugendbildung sowie um ihre Strukturen, Institutionen und Fördergrundsätze. Sodann werden Lernorte, Lernwege und Lernfelder behandelt. Verschiedene Autoren befassen sich mit der Situation in den neuen Bundesländern, mit Ausbildung und Erwerbsarbeit, Geschlechterfrage, Ökologie, Migration, regionalen Anknüpfungsmöglichkeiten, Medien, beruflicher und sozial-kultureller Kompetenz sowie mit Theaterarbeit, Körper und Bewegung. Schließlich beschäftigen sich zwei abschließende Beiträge mit der politisch-historischen Bildung „Nach Auschwitz" und mit den Zukunftsperspektiven politischer Jugendbildung. Sollte es zu einer Neuorientierung anhand jugendlicher Bedürfnisse kommen, wofür manches spricht, ist zu klären, wie dabei die objektiven Sachverhalte und Wertgehalte von Politik in der Bildung zum Tragen kommen können.

Bei beiden Handbüchern gefällt besonders die Nutzerfreundlichkeit. Ein System von Erschließungshilfen vom kommentierten Inhaltsverzeichnis über lexikalische Lesestichworte bis hin zu Randstichworten und Registern erleichtert die Orientierung und den gezielten Zugriff. Für die politische Bildungsarbeit bieten sie sowohl theoretisch als auch praktisch nützliche Anregungen und Informationen.

Stefan Raabe ist Referent für soziale und politische Bildung im Erzbistum Berlin.

Besprechungen

Glück nach Thomas von Aquin

Die klassische Ethik basiert auf dem Streben des Menschen nach Gelingen seiner Existenz im ganzen (*eudaimonia*, *beatitudo*, *felicitas*). Das Christentum hingegen lädt die Menschen ein, von sich selbst abzusehen, dem Nächsten zu dienen, „das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit" zu suchen. *Thomas von Aquin* versuchte eine Synthese beider fundamentalethischer Ansätze, welche insbesondere von der reformatorischen Theologie (und ent-theologisiert von *Immanuel Kant*) als unmöglich erachtet wurde. Seither steht mit dem sog. „Eudämonismus" auch die *beatitudo*-Lehre des *Thomas* in der theologischen wie philosophischen Kritik.

Jener Konfrontation widmet sich

Rochus Leonhardt: Glück als Vollendung des Menschseins. Die beatitudo-Lehre des Thomas von Aquin im Horizont des Eudämonismus-Problems. Walter de Gruyter, Berlin-New York 1998, 322 S. (Arbeiten zur Kirchengeschichte 68).

Die Rostocker Dissertation möchte ausdrücklich „das von *Kühn* und anderen in Gang gebrachte Gespräch der evangelischen Theologie mit *Thomas* fortsetzen" (Vorwort). Dazu werden im ersten Kapitel die kantische Bestreitung der ethischen Relevanz des Glücks (1.1), die Position *Luthers* (1.2) und katholische Stimmen zum Eudämonismus-Problem (1.3) zusammengefaßt, insbesondere die Debatte um den Liebesbegriff des *Thomas*. Die reformatorische *Thomas*-Kritik hat neben dem Verdacht der Werkgerechtigkeit immer

wieder theologische Defizite angemahnt, insbesondere eine Aufweichung des Liebesgebotes und eine unangemessene Verhältnisbestimmung von Gott und Mensch.

Leonhardts Hauptthese ist: Der im Eudämonismus-Vorwurf vorausgesetzte Glücksbegriff trifft das *beatitudo*-Verständnis des *Thomas* kaum, denn er resultiert aus spezifisch neuzeitlichen anthropologischen und ontologischen Vorentscheidungen.

So ist es unumgänglich, zunächst die mittelalterliche, dann die thomanische Rezeption der aristotelischen Ethik, zumal des *eudaimonia*-Begriffes, in Gegenüberstellung mit der augustinischen Tradition zu betrachten (2.1 und 2.3). Aus den frühen Kommentaren und Synthesen des *Thomas* ergibt sich, daß *beatitudo* bzw. *felicitas* für *Thomas* grundsätzlich eine eschatologische Größe ist. Die streng theologische Prägung des Begriffs deutet Glücksverlangen als Streben nach Teilhabe an der Selbsterkenntnis Gottes, wobei die aristotelische *eudaimonia* als *beatitudo imperfecta* integriert wird (2.2).

Das größte Kapitel (2.4) widmet sich der *beatitudo*-Lehre der S*umma Theologiae*. *Leonhardt* wendet sich gegen ein radikales protestantisches Denken, welches die teleologische Struktur des thomanischen Denkens nicht als Folge der Geschöpflichkeit, d.h. nicht in ihrem theologischen Charakter sieht. In einem Mangel an Schöpfungstheologie gilt ihr der natürliche Mensch als nicht hinterfragtes Datum, sie fürchtet im „Eudämonismus“ eine Herabsetzung von Gottes Gnade zum Mittel menschlicher Bedürfnisbefriedigung und denunziert die „Restgnade“, welche dem Menschen zur Erlangung des Letztzieles hilft, als „Zusatzausstattung“. *Leonhardt* formuliert eine Art Partizipationslehre, in dem Sinn, daß das Handeln Gottes „sich *in der Selbstbewegung des Menschen* als imago Dei aktualisiert.“ Der Summa Theologiae geht es um die Selbstverwirklichung des Menschen, genau insofern „sie dem Menschen von Gott her bestimmt ist, der diese Bestimmung in seinem Heilshandeln realisiert.“ (215)

Ein abschließender Teil 3 konfrontiert die thomanische *beatitudo*-Lehre mit den spezifisch neuzeitlichen Entwicklungen (nach *Robert Spaemann* und *Hans Blumenberg*) und, auf nur fünf Seiten, mit *Kant* (der kategorische Imperativ als eine philosophische Umformulierung christlicher *caritas*-Ethik). Am Ende konstruiert *Leonhardt* eine Möglichkeit, bei *Luther* eine legitime *cooperatio* des Menschen mit dem Heilswillen Gottes und eine entsprechende Selbstliebe auszumachen. Den Lex-Traktat der S.Th. erwähnt er bisweilen, aber welche Bedeutung für die thomanische Ethik es hat, eine allumfassende, von Gottes Willen und Setzungsmacht ausgehende Verbindlichkeit und Bestimmung zu denken, wird nicht erläutert - obwohl sich gerade hier zusätzliche Anhaltspunkte für die These des Autors ergeben hätten. *Leonhardt* erwähnt *Wolfgang Kluxens* und *Hermann Klebers* Deutung des *beatitudo*-Traktates als philosophische Ethik, doch leider setzt sich seine theozentrische Interpretation damit nicht im Detail auseinander. Sein Argumentationsziel ist, den Eudämonismus-Vorwurf zurückzuweisen, indem er darstellt, daß der Glücksbegriff des *Thomas* primär theologisch geprägt ist.

Er nähert sich der Theorie der Partizipation an und vertritt eine protestantische Möglichkeit, *Thomas* genuin und legitim theologisch zu deuten - ein wichtiger Versuch, eine Brücke zu bauen, nachdem der Aquinate nach wie vor großes Gewicht im katholischen Denken besitzt.

Auch mit vielen lateinischen Zitaten bleibt das Werk leicht lesbar. Neben Registern von Stellen und Personen enthält der Anhang eine Reihe hervorragender Übersichten zur Argumentationsstruktur des *Thomas* und ihrer Entwicklung.

Markus Riedenauer

Scholastische Wirtschaftsethik

Das vorliegende Werk befaßt sich mit dem Wechsel, mit dem Commerz des Geldes und mit den Banken im spanischen goldenen Zeitalter:

Abelardo del Vigo Gutierrez, Cambistas, mercaderes y banqueros en el Siglo de Oro espanol. BAC, Madrid 1997, 498 S.

Es versteht sich als Fortsetzung der verschiedenen Forschungsarbeiten, die der Verfasser, Ordinarius für Moraltheologie an der theologischen Fakultät in Burgos (Spanien), über Wirtschaft und Wirtschaftsethik auf dem Gebiet des Handels, der Preise, des Lohnes, der Schätzungspreise und der Monopole bei den Moraltheologen des spanischen goldenen Zeitalters veröffentlicht hat. Es handelt sich um eine Forschungsarbeit, die direkt aus den Quellen schöpft, die teils handschriftlich, teils gedruckt auf Latein und auf Spanisch vorliegen.

Das Buch besteht aus drei Teilen. Der erste Teil präsentiert den Kontext. Darin wird das geschichtliche, politische, wirtschaftliche und ideologische Klima beschrieben, in dem die damaligen spanischen Moraltheologen gelehrt und geschrieben haben. Der zweite erklärt die Methode, die dreißig behandelte Autoren benutzen, von denen eine kurze Lebensbeschreibung vorliegt. Der dritte ist der wichtigste und umfassendste Teil. Darin wird der Reihe nach folgendes dargelegt: 1. die allgemeinen Prinzipien, die den Geldwechsel, den Wert und Preis bestimmen; 2. die Bedingungen des Wechsels als moralischer Akt; 3. die Faktoren, die den gerechten Preis entscheiden; 4. die Gründe, die den gerechten Gewinn beim Geldwechsler verändern; 5. die Umstände, die den freien Wechselmarkt, den Wechsel selbst, den nationalen und internationalen Geldwechsel sowie die Aufgabe und Moral der Banken und Banquiers beeinträchtigen.

Solche Summen der Moraltheologie aus der spanischen Scholastik sind nicht nur ein Depot der Lehre, sondern auch eine Fundgrube von Daten, die sehr geeignet sind, um das Blühen und die Entwicklung der wirtschaftlichen und finanziellen Einrichtungen in der behandelten Epoche kennenzulernen. Die großen Moraltheologen *Vitoria, Soto, Cano, Palacios, Azpilicueta, Mercado, Bañez, Mo1ina* usw. kennen sich bestens aus mit dem Wechselkurs der wichtigen Geldmärkte nicht nur in Spanien, sondern auch in Lissabon, Flandern, Lyon, Rom und Frankfurt. Der entscheidende Beitrag aber von all diesen Moraltheologen auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Wirtschaftsethik liegt meines Erachtens in ihren Grundeinsichten, die lauten: 1. der Vorrang der Personen über die Dinge, das Geld und die Güter; 2. die teleologische Auffassung von der Wirtschaft; 3. das Prinzip der gerechten Mitte; 4. die soziale Funktion des Reichtums und des Geldes; 5. die Orientierung alles menschlichen Handelns auf das Allgemeinwohl gegenüber dem *homo oeconomicus* der späteren klassischen Wirtschaft des Liberalismus; 6. die Bejahung der Konkurrenz als regierendes Gesetz der Wirtschaft, aber nicht als absolutes Prinzip; 7. die permanente Synthese von Gerechtigkeit und Nächstenliebe; 8. die Liebe, die Verteidigung und die Option für die Armen. Zusammenfassend, ein grundlegender Humanismus.

Es steht außer Zweifel, daß diese ethisch-wirtschaftlichen Prinzipien noch vollkommene Geltung genießen gerade heute, da so viele Menschen und Völker um der Allmacht des Geldes und um der Unregelmäßigkeit der Kredite wegen so sehr leiden. Wenn die nachfolgende klassische Wirtschaft solche Prinzipien in Betracht genommen hätte, wäre vielleicht der liberale Kapitalismus aus dem 19. Jahrhundert nicht so negativ auf der menschlichen Ebene in seinen Folgen gewesen, die *Karl Marx* denunziert und die leider heute noch bei so vielen Entwicklungsländern festzustellen sind.

Aus dem Gesagten kann man klar ersehen, daß dieses Werk einen echten Dienst leisten und eine große Hilfe sein kann: 1. für die Professoren der Wirtschaftsethik und der Geschichte der Moraltheologie; 2. für die Interessenten an der Geschichte des goldenen spanischen Zeitalters; 3. für die Fachprofessoren der Rechts- und Wirtschaftsgeschichte und für die Fachleute der Geschichte der wirtschaftlichen Wissenschaften; 4. im allgemeinen für all die, die die spanische Wirtschaft und die Wirtschaftsethik in den Anfängen der Neuzeit auf diesem konkreten Gebiet des Wechsels, der Banken und des Kommerzes kennenlernen wollen.

Jesús Gamarero

Östereichischer Kapitalismus

Josef Kardinal Höffner (Christliche Gesellschaftslehre, 1983[4]), *Oswald von Nell-Breuning* (Soziallehre der Kirche, 1983[3]) und *Arthur F. Utz* (Sozialethik in 4 Bänden, 1964-94) - zweifellos keine namenlosen Exponenten christlicher Gesellschaftslehre - waren sich wohl einig: Der Österreichische Sozialhirtenbrief von 1925 gehört nicht zu den unverzichtbaren Ecksteinen im Gebäude der katholischen Soziallehre. Wer in diesen Manualen das Dokument der Bischöfe aus der Alpenrepublik zu finden meint, der sucht vergeblich. Geschrieben und vergessen also?

Eine zweifellos andere Meinung muß Grundlage der an der Gregoriana in Rom erstellten und ausgezeichneten Dissertation gewesen sein, die unter Begleitung von *Johannes N. Schasching*, dem österreichischen Nestor der modernen Soziallehre, erarbeitet wurde. Vergessenes einfach mit falschem Glanz präsentieren, ein solches Vorhaben hätte dieser Doktorvater sicher nicht als einen „wertvollen Beitrag zum Werden und Verstehen der katholischen Soziallehre“ beurteilt.

Markus L. Schlagnitweit: Der Kapitalismus zwischen Freispruch und Verdammung. Der österreichische Sozialhirtenbrief von 1925 im Spannungsfeld von Realität und Utopie, Geyer Edition, Wien/Salzburg 1995, 344 S.

Geschickt, mag der kritisch prüfende Leser anmerken, findet sich zunächst sehr ausführlich der historische Hintergrund entfaltet. Gefällig zu lesen und ausgesprochen informativ, so sieht sich jeder Interessierte unversehens hineingezogen in die sozioökonomische wie ideologische Landschaft der ersten österreichischen Republik. Wer aber meint, damit vollends auf der historischen Schiene vom sozialethischen Gleis abgelenkt zu werden, der sei spätestens im zweiten Teil eines Besseren belehrt.
Bemerkenswerterweise gesteht der Autor ein, das eigentliche Ziel des Dokumentes - die Schlichtung der Wiener u.a. Richtungsstreitigkeiten - sei verfehlt geblieben. Verbindungslinien zur Entwicklung im Deutschen Reich, vor allem aber die dezidierte Entfaltung der genuin östereichischen Umstände, des Solidarismusgedankens wie auch der wirksamen Strömungen sind so als Schwerpunkt der Arbeit begründet. Thema ist weniger der Hirtenbrief als solcher, vielmehr seine Entstehungs- und Wirkungsgeschichte.

Den neugierig gemachten Populärhistoriker wird die folgende tiefgehende Quellenanalyse abspenstig machen. Dennoch finden wir gerade hier die herausragende originelle These. Anhand von zahlreichen Schriften sehen wir die von *Erika Weinzierl* geprägte und bis dato herrschende Meinung zur Genese des Hirtenbriefes widerlegt. Die Rolle von *Ferdinand Frodl* findet sich erheblich relativiert. *Schlagnitweit* sieht in *Sigismund Waitz* den Haupt-, in *Johannes Messner* einen Mitverfasser, in *Ignaz Seipel* den bedeutendsten Gutachter und Kritiker (S. 131). Nun dürfen sich die zeitweise ausgeklinkten Leser wieder einhaken. Im Blick auf die Folgezeit werden wir mit einer nur scheinbar paradoxen Beurteilung des Briefes konfrontiert: Ziel verfehlt, geringes Echo, dennoch große Wirkung. Die auch nach dem Bischöflichen Schreiben von 1925 sich um das rechte Verhältnis der Katholiken zu Kapitalismus und Sozialismus rankenden Meinungsverschiedenheiten werden nicht als dessen Entwertung verstanden. Mit seinen Forderungen nach auch gesetzlichen Reformen im Sinne eines Sozialrealismus solidaristischer Prägung sei der Hirtenbrief den späteren Kölner Richtlinien wie auch insgesamt seiner Zeit weit voraus. Das damalige Übergewicht der gesinnungsethischen Kräfte, welches sich in der berufsständischen Ordnung und der *Dollfuß*-Diktatur deformiert wiederfand, sei ein entscheidender Grund für das Scheitern des Hirtenbiefes in seiner Zeit. Diese Verurteilung der Gesinnungsethik anhand der nachfolgenden Auswüchse läßt sicher noch viel Raum für weitere kontroverse Diskussionen auch in unserer Zeit. „Alter Wein von 1925“ - Entstehung, Inhalt, Wirkung

sind aktueller als erwartet. Jungen spritzigen Wein finden wir im neuen Schlauch - bis 1995 gereift in Rom und Wien.

Elmar Nass

Geschichte der Volkswirtschaft

Jeder Mensch hat eine persönliche Geschichte, erlebt Entwicklungen, ordnet sie und möchte daraus lernen, wie Fehler der Vergangenheit auf dem Hintergrund aktueller Herausforderungen umgangen werden können. Ähnliches gilt für die Wissenschaft, besonders aber auch für die Wirtschaftswissenschaft, ist doch die Ökonomie entscheidender Teil unseres Lebens, weil jeder Mensch - gewollt oder ungewollt ist dabei sekundär - als Konsument und/oder Produzent am Marktgeschehen partizipiert. Aus der Geschichte zu lernen heißt also, das Leben in der Zukunft besser zu gestalten und aus Fehlern die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Genau diesem Grundsatz folgt der Hildesheimer Lehrstuhlinhaber für Allgemeine Wirtschaftslehre und Direktor des Instituts für Arbeit-Wirtschaft-Technik, *Gerhard Kolb*, in seinem Buch:

Gerhard Kolb, Geschichte der Volkswirtschaftslehre. Dogmenhistorische Positionen des ökonomischen Denkens, Vahlen, München 1997, 195 S.

Aus wirtschaftshistorischer Sicht zeichnet er kompetent die wichtigsten Entwicklungslinien der Ökonomie von der Antike bis zur Postmoderne nach, nennt eine Reihe großer Namen, verdeutlicht Hintergründe und erklärt damit wichtige Zusammenhänge. Auf Unnötiges verzichtet er, komprimiert die Tendenzen und stellt sie in den Kontext heutiger Volkswirtschaftslehre und praktischer Ausprägung dieser. Bei nur 166 Textseiten (und einem Gesamtumfang von 195 Seiten) wird der Leser zur absoluten Aufmerksamkeit gedrängt, andererseits geht der Autor selbst eine Gradwanderung und gewichtet ständig, was wissenswert ist und was vernachlässigungsswürdig erscheint. Daß dabei an einigen Stellen nur „Highlights“ angerissen werden können, ist selbstverständlich. In acht Kapiteln wird der Leser an die Hand genommen, um den Gang durch die historische Entwicklung der Volkswirtschaft zu bestehen. Er „begegnet“ rund 500 Personen dabei und muß Schlag(-wörter) auf Schlag(-wörter) verkraften, wie z.B. „Schule von Salamanca“, „Prädestinationslehre“, „Keynesianismus“, „Neoliberalismus“. Große Namen wie *Smith, Marx, Keynes, Hayek* werden genannt, aber nur kurz kommt ihre jeweilige bahnbrechende Leistung zur Sprache, an einigen Stellen auch zu kurz. Das fordert nicht nur höchste Aufmerksamkeit, sondern auch einen Grundstock an profundem Wissen vom Leser selbst. Kommen die vergangenen Tendenzen vergangener Jahrhunderte hervorragend zu Sprache und werden jeweils übersichtlich in den Gesamtkontext einge-

ordnet, bleiben aktuelle Trends rudimentär oder ganz unerwähnt, wie z.B. der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften *Amartya Sen*.

Hingegen brilliert das Buch mit ausgezeichneten Registern und aktuellen Literaturhinweisen sowie klarer Sprache des Autors - und deshalb ist es eine Fundgrube für jeden Interessierten. In Anbetracht der Diskussion um Ökosteuern in Deutschland und die Zukunft der Volkswirtschaften in einer immer „globalisierteren“ Welt kann das Buch von *Gerhard Kolb* allen empfohlen werden, die mehr wissen möchten vom Woher, um das Wohin der Wirtschaft gezielt zu bewältigen. Denn das Wissen der Herkunft und die Erhellung der Wurzeln machen es möglich, die anstehenden sozialen wie volkswirtschaftlichen Fragen nicht im luftleeren Raum zu beantworten, sondern als ordnungstheoretische Aufgabe in ihrer Komplexität zu lösen.

J. Michael Schnarrer